



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

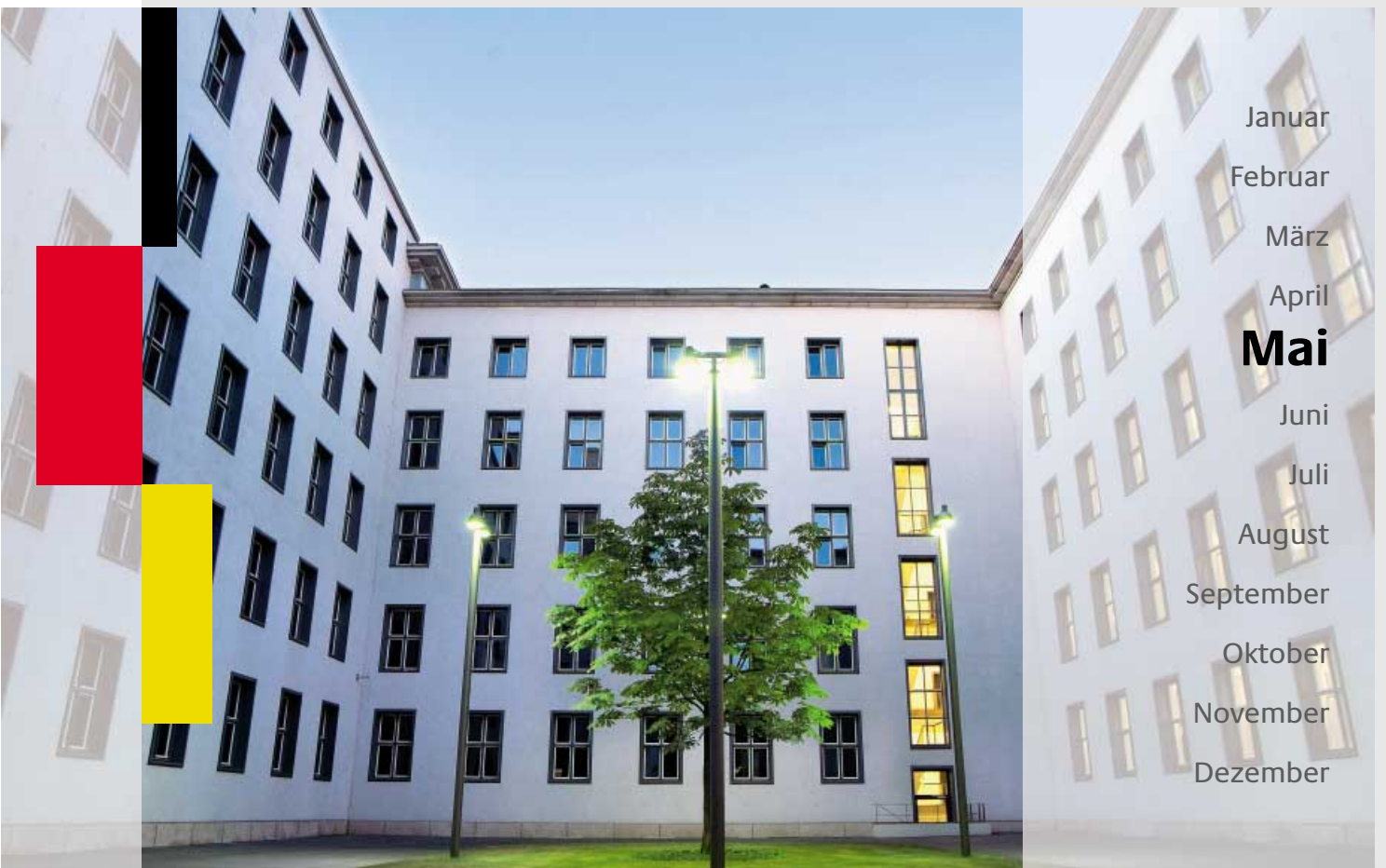
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF

Mai 2006

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	31
Analysen und Berichte	33
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006	35
Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2006	41
Steuerpolitik der großen Koalition – erstes Etappenziel ist erreicht	53
Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
Die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich: Ergebnisse einer aktuellen Studie der OECD	69
G 7-Treffen und Frühjahrstagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank	75
Statistiken und Dokumentationen	77
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	103
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vom 8. bis 11. Mai 2006 hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ die Steuereinnahmen für 2006 und die Folgejahre geschätzt. Die Steuereinnahmen 2006 werden, verglichen mit der Steuerschätzung November 2005, für alle Gebietskörperschaften um 8,1 Mrd. € höher ausfallen. Dies ist insbesondere auf die erfreuliche Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern (Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer) zurückzuführen. In den Jahren 2007 bis 2009 kommt es als Folge der steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung zu deutlichen Mehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung für die mittlere Frist vom Mai 2005. Die jetzt prognostizierten Mehreinnahmen entbinden die Politik jedoch nicht von der Notwendigkeit, die Konsolidierung entschlossen fortzusetzen. Denn ein Großteil der Mehreinnahmen war bereits im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2006 sowie des Finanzplans bis 2009 erwartet und eingeplant worden. Abstriche bei der Konsolidierung würden demnach das Ziel gefährden, ab 2007 sowohl die Regelgrenze des Art. 115 Grundgesetz als auch die Maastricht-Grenze für das gesamtstaatliche Defizit einzuhalten. Zur Erinnerung: Die Nettokreditaufnahme allein des Bundes soll 2007 im Vergleich zum laufenden Jahr um 16 Mrd. € sinken.

Auch die aktuelle Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt zeigt deutlich die weiterhin angespannte finanzpolitische Lage. Im 1. Quartal 2006 standen den Ausgaben des Bundes in Höhe von 74,6 Mrd. € Einnahmen in Höhe von 47,3 Mrd. € gegenüber. Daraus ergibt sich ein Finanzierungssaldo des Bundes von – 27,3 Mrd. €. Damit fällt der Saldo zwar um 7,5 Mrd. € geringer aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, aber es ist zugleich offenkundig, dass die Unterdeckung der laufen-



den Ausgaben fortbesteht. Im April betrug der Finanzierungssaldo – 28,8 Mrd. €. Rückschlüsse auf das Jahresergebnis lassen sich aus der Entwicklung zum gegenwärtigen Zeitraum allerdings noch nicht ziehen.

In den zurückliegenden Jahren haben die öffentlichen Haushalte erhebliche Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite erzielt. Dem standen jedoch gleichzeitig deutlich rückläufige Einnahmen gegenüber. Unter diesen Bedingungen hätte allein durch die Fortsetzung der restriktiven Ausgabenpolitik keine Perspektive bestanden, die 3-%-Grenze bei der Maastricht-Defizitquote spätestens 2007 zu unterschreiten, geschweige denn einen kontinuierlichen Abbau der Defizite zu erreichen. Die Anhebung der Umsatzsteuer ist daher unerlässlich, um die gesamtstaatliche Einnahmenquote zu stabilisieren.

Die zentrale Aufgabe der Finanz- und Wirtschaftspolitik besteht heute darin, die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu verbinden mit Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Auch die Steuerpolitik muss ihren Beitrag zum Erfolg dieser Strategie leisten. Wir entwickeln das Steuersystem so, dass zum einen dauerhaft sichere Einnahmen generiert werden und zum anderen die wirtschaftliche Entwicklung gefördert und die Attraktivität des Standortes Deutschland im internationalen Wettbewerb gesteigert wird. Und schließlich muss die Besteuerung transparent sein sowie eine sozial ausgewogene Lastenverteilung sicherstellen.

Betrachtet man die Belastungen typischer Arbeitnehmerhaushalte mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen im Vergleich der OECD-Länder, so ergibt sich für Deutschland ein differenziertes Bild. Vergleichsweise günstig stellt sich danach die Situation für verheiratete Alleinverdiener dar. Hier nimmt Deutschland einen mittleren Rang ein. Eine relativ hohe Steuer- und Abgabenbelastung ergibt sich demgegenüber für alleinstehende Durchschnittsverdiener. Bei einer Betrachtung im Zeitablauf zeigt sich allerdings, dass sich in Deutschland die Belastung der meisten Haushaltstypen im Jahr 2005 im Vergleich zu 2000 um 1 ½ bis 2 Prozentpunkte verringert hat.

Vom 21. bis 23. April 2006 fanden in Washington das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 7 sowie die Früh-

jahrstagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank statt. Der Aufschwung der Weltwirtschaft dürfte nach Einschätzung des IWF auch im Jahr 2007 anhalten. Risiken werden u. a. in den hohen und volatilen Ölpreisen gesehen. Diskutiert wurden insbesondere Maßnahmen zur Überwindung der weltweiten Leistungsbilanz-Ungleichgewichte, aber auch wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Reform des IWF und Entwicklungsländerthemen.



Dr. Thomas Mirow

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	31

Finanzwirtschaftliche Lage

Der am 22. Februar 2006 vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf 2006 befindet sich in den parlamentarischen Beratungen. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006

(voraussichtlich im Laufe des Monats Juli) richtet sich die vorläufige Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

Entwicklung des Bundeshaushalts

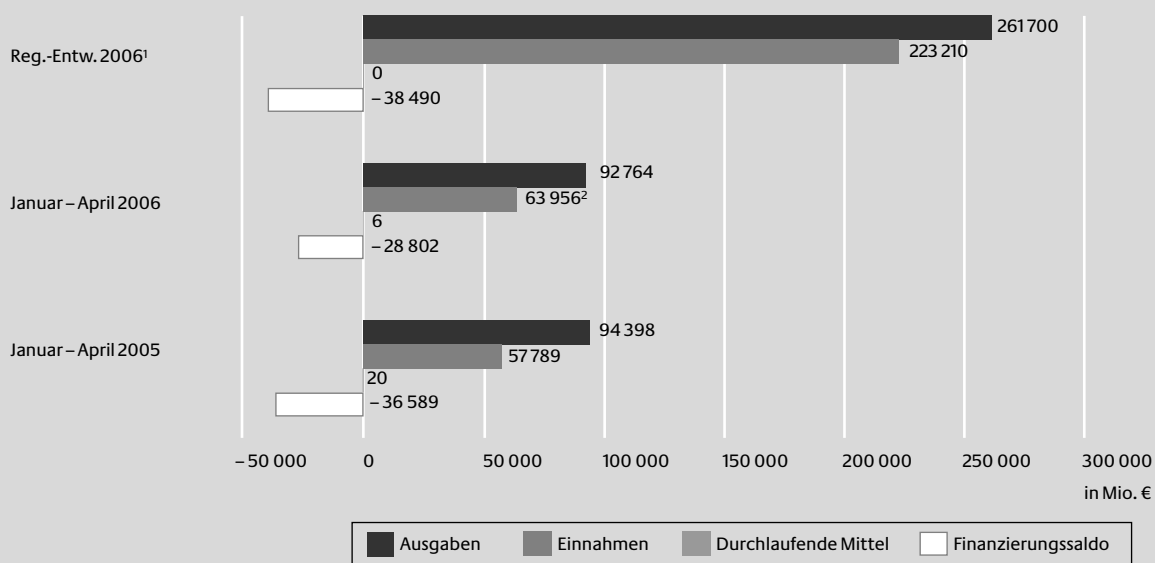
	Reg.-Entw. ¹ 2006	Ist-Entwicklung ² Januar bis April 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,7	92,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	– 1,7
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	64,0 ³
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,3	10,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	192,5	53,6 ³
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,2	8,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 38,5	– 28,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 25,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	– 0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 38,3	– 2,9

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Buchungsergebnisse.

³ Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland noch keine Abrechnung der im März und April abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland noch keine Abrechnung der im März und April abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich April beliefen sich auf 92,8 Mrd. €. Sie lagen damit nominal um 1,6 Mrd. € (– 1,7 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die rückläufige Ausgabenentwicklung ist dabei ausschließlich auf die im Jahr

2006 geringere Inanspruchnahme von Betriebsmitteldarlehen durch die Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen. Ohne diesen Faktor liegen die Ausgaben des Bundes um 1,2 Mrd. € (+ 1,3 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Reg.-Entw. ¹ 2006	Ist-Entwicklung Januar bis April 2006		Ist-Entwicklung Januar bis April 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	48 006	15 817	17,1	15 057	16,0	5,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	1 760	1,9	1 593	1,7	10,5
Verteidigung	27 768	27 712	8 857	9,5	8 454	9,0	4,8
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 672	2 685	2,9	2 683	2,8	0,1
Finanzverwaltung	2 899	3 390	914	1,0	971	1,0	– 5,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 445	3 303	3,6	3 366	3,6	– 1,9
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	245	0,3	234	0,2	4,7
BAföG	1 049	1 090	466	0,5	493	0,5	– 5,5
Forschung und Entwicklung	6 666	7 237	1 792	1,9	1 858	2,0	– 3,6
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 442	48 844	52,7	51 124	54,2	– 4,5
Sozialversicherung	75 898	74 772	30 033	32,4	30 271	32,1	– 0,8
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	2 796	3,0	–
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 295	12 820	13,8	10 425	11,0	23,0
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	9 206	9,9	8 042	8,5	14,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	1 308	1,4	1 000	1,1	30,8
Wohngeld	1 085	1 000	203	0,2	297	0,3	– 31,6
Erziehungsgeld	2 873	2 830	937	1,0	963	1,0	– 2,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	1 004	1,1	1 193	1,3	– 15,8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	914	244	0,3	262	0,3	– 6,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 650	430	0,5	614	0,7	– 30,0
Wohnungswesen	1 262	1 131	373	0,4	550	0,6	– 32,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 193	2 322	2,5	2 342	2,5	– 0,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	868	154	0,2	254	0,3	– 39,4
Kohlenbergbau	1 645	1 582	1 582	1,7	1 400	1,5	13,0
Gewährleistungen	1 355	1 400	146	0,2	288	0,3	– 49,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 854	2 143	2,3	2 168	2,3	– 1,2
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	1 045	1,1	906	1,0	15,3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	2 011	2,2	1 964	2,1	2,4
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	1 527	1,6	1 486	1,6	2,8
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	387	0,4	363	0,4	6,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 759	17 651	19,0	17 500	18,5	0,9
Zinsausgaben	37 371	37 991	17 405	18,8	17 261	18,3	0,8
Ausgaben zusammen	259 849	261 700	92 764	100,0	94 398	100,0	– 1,7

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben insgesamt im Bundeshaushalt ist weiterhin mit Risiken behaftet.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 64,0 Mrd. € um 6,2 Mrd. € (+ 10,7 %). Die Entwicklung der Einnahmen beruht sowohl auf der weiterhin insgesamt positiven Entwicklung der Steuereinnahmen (+ 8,3 %) als auch auf den auf Grund von Einmaleffekten im Vorjahresvergleich gestiegenen Verwaltungseinnahmen (+ 25,1 %). Die Steuereinnahmen profitieren vor allem von der im Vorjahresvergleich fortgesetzt positiven Entwicklung der Unternehmensgewinne und der veran-

lagten Einkommensteuer sowie von geringeren EU-Abführungen. Das Ergebnis der Steuereinnahmen ist jedoch noch vorläufig, da zum Monatsabschluss April des Bundes das Saarland die Abrechnung der im März und April abgelieferten Gemeinschaftsteuern streikbedingt noch nicht vorgenommen hat.

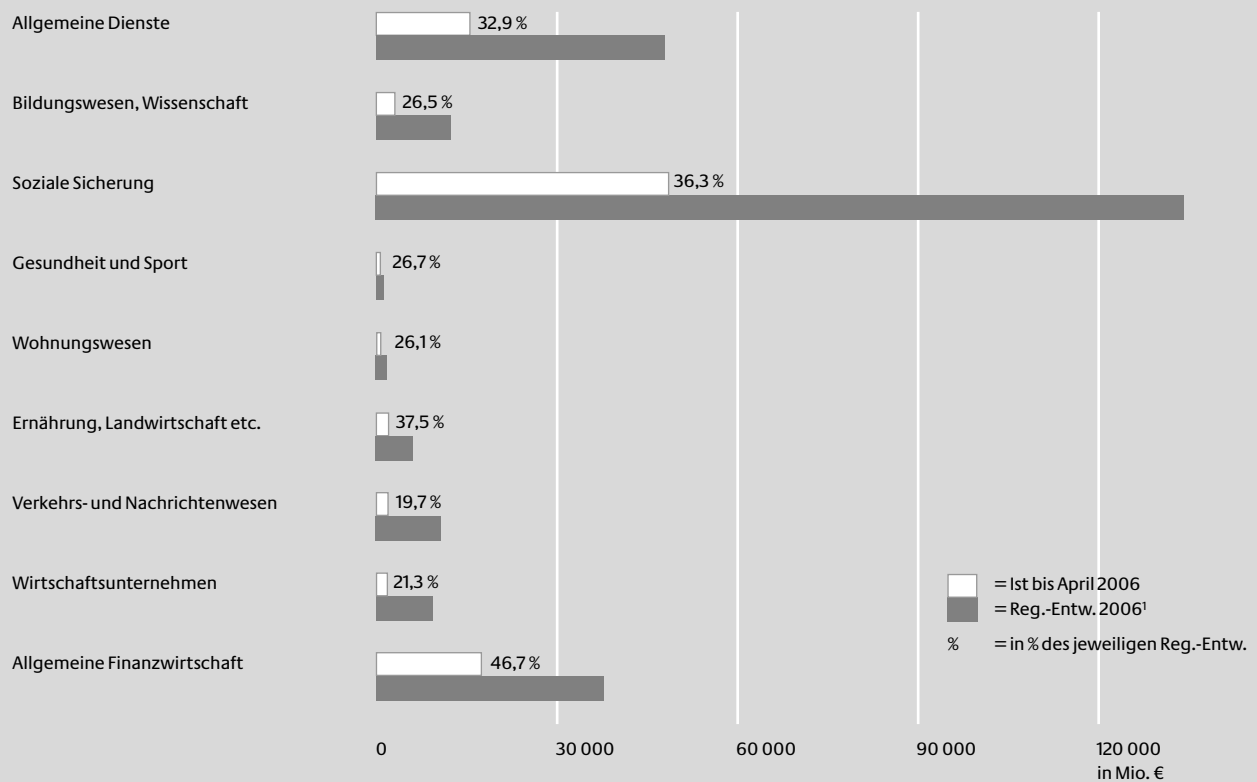
Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von 28,8 Mrd. € sowie den einzelnen Positionen der Finanzierungsübersicht lassen sich keine belastbaren Vorhersagen zum weiteren Jahresverlauf ableiten. Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist auch mit dem Ergebnis einschließlich April noch gering.

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Reg.-Entw. ¹ 2006	Ist-Entwicklung Januar bis April 2006		Ist-Entwicklung Januar bis April 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	236 088	239 667	87 779	94,6	86 876	92,0	1,0
Personalausgaben	26 372	26 245	9 081	9,8	8 983	9,5	1,1
Aktivbezüge	19 891	19 827	6 695	7,2	6 584	7,0	1,7
Versorgung	6 481	6 418	2 385	2,6	2 399	2,5	- 0,6
Laufender Sachaufwand	17 712	18 068	4 894	5,3	4 077	4,3	20,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 475	397	0,4	347	0,4	14,4
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	2 159	2,3	1 638	1,7	31,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 167	2 338	2,5	2 093	2,2	11,7
Zinsausgaben	37 371	37 991	17 405	18,8	17 261	18,3	0,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	154 274	156 970	56 240	60,6	56 414	59,8	- 0,3
an andere Bereiche	13 921	13 764	4 176	4,5	4 103	4,3	1,8
darunter:	140 353	143 206	52 062	56,1	52 340	55,4	- 0,5
Unternehmen	13 474	16 716	4 732	5,1	4 424	4,7	7,0
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	11 314	12,2	11 943	12,7	- 5,3
Sozialversicherungen	90 219	92 089	34 768	37,5	34 683	36,7	0,2
Sonstige Vermögensübertragungen	360	394	159	0,2	141	0,1	12,8
Investive Ausgaben	23 761	23 216	4 984	5,4	7 522	8,0	- 33,7
Finanzierungshilfen	16 516	16 249	3 841	4,1	6 499	6,9	- 40,9
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 748	2 779	3,0	2 657	2,8	4,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	2 913	617	0,7	3 406	3,6	- 81,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	446	0,5	435	0,5	2,5
Sachinvestitionen	7 246	6 967	1 144	1,2	1 023	1,1	11,8
Baumaßnahmen	5 779	5 495	831	0,9	755	0,8	10,1
Erwerb von beweglichen Sachen	961	936	191	0,2	187	0,2	2,1
Grunderwerb	506	536	122	0,1	81	0,1	50,6
Globalansätze	0	- 1 183	0		0		
Ausgaben insgesamt	259 849	261 700	92 764	100,0	94 398	100,0	- 1,7

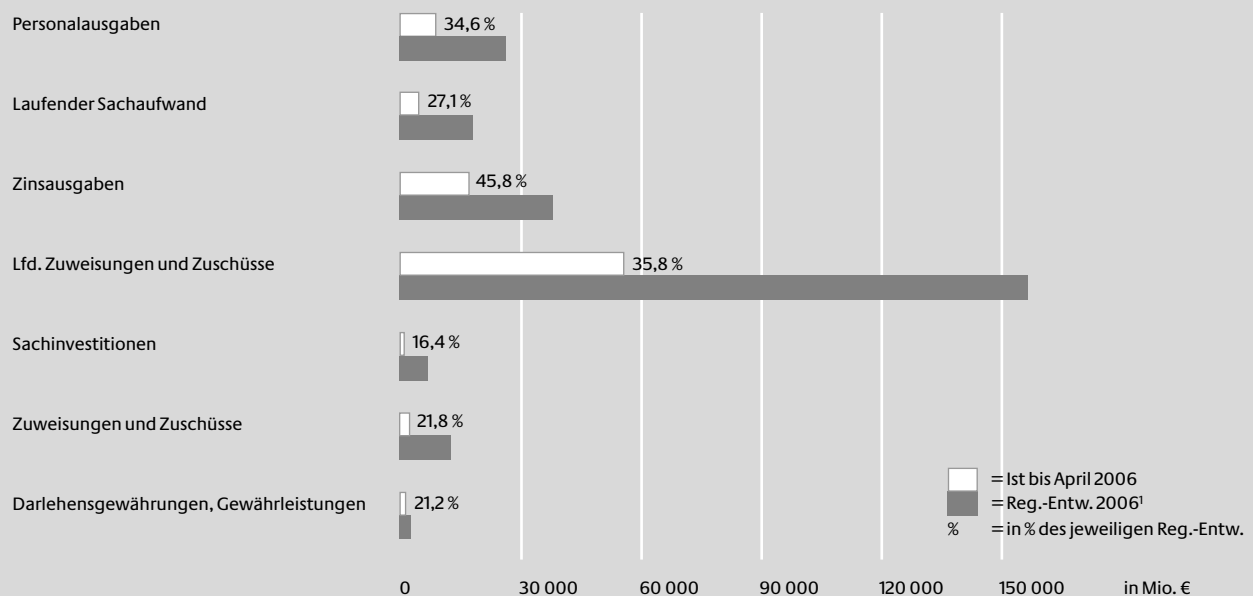
¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis April 2006



¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2006



¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Reg.-Entw. ¹ 2006	Ist-Entwicklung Januar bis April 2006 ²		Ist-Entwicklung Januar bis April 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 149	192 514	53 634	83,9	49 541	85,7	8,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	150 514	44 571	69,7	41 790	72,3	6,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	73 664	19 493	30,5	17 825	30,8	9,4
davon:							
Lohnsteuer	50 541	53 405	14 515	22,7	14 486	25,1	0,2
veranlagte Einkommensteuer	4 150	4 032	-968	-1,5	-1 991	- 3,4	- 51,4
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	4 880	1 754	2,7	1 951	3,4	- 10,1
Zinsabschlag	3 076	3 072	1 594	2,5	1 576	2,7	1,1
Körperschaftsteuer	8 166	8 275	2 599	4,1	1 803	3,1	44,1
Steuern vom Umsatz	74 149	75 531	24 854	38,9	23 762	41,1	4,6
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 319	223	0,3	203	0,4	9,9
Mineralölsteuer	40 101	39 983	7 640	11,9	7 563	13,1	1,0
Tabaksteuer	14 273	14 600	4 062	6,4	3 745	6,5	8,5
Solidaritätszuschlag	10 315	10 333	3 315	5,2	3 153	5,5	5,1
Versicherungsteuer	8 750	8 730	4 304	6,7	4 358	7,5	- 1,2
Stromsteuer	6 462	6 600	1 992	3,1	1 879	3,3	6,0
Branntweinabgaben	2 151	2 189	556	0,9	544	0,9	2,2
Kaffeesteuer	1 003	990	287	0,4	332	0,6	- 13,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 515	- 3 701	- 5,8	- 3 654	- 6,3	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 16 600	- 5 781	- 9,0	- 6 605	- 11,4	- 12,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 1 355	- 2,1	- 1 348	- 2,3	0,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 2 386	- 3,7	- 2 351	- 4,1	1,5
II. Sonstige Einnahmen	38 260	30 696	10 322	16,1	8 248	14,3	25,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 845	2 913	4,6	765	1,3	280,8
Zinseinnahmen	400	348	146	0,2	121	0,2	20,7
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	2 599	4,1	2 884	5,0	- 9,9
Einnahmen zusammen	228 409	223 210	63 956	100,0	57 789	100,0	10,7

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland noch keine Abrechnung der im März und April abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

Vorläufiger Bericht über die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2006 (ohne Saarland)

Wegen des andauernden Streiks bei den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar kann, wie es bereits für den März 2006 der Fall war, zurzeit kein vollständiger Bericht über die Steuereinnahmen des Monats April 2006 erstellt werden. Angesichts des geringen Anteils des Saarlands am Gesamtaufkommen wurde trotzdem wieder ein Monatsergebnis ohne die von den Landesbehörden des Saarlands verwalteten Steuern ermittelt, um so einen ersten Überblick über die Einnahmensituation zu ermöglichen.

Zur Entwicklung der Steuereinnahmen im April 2006 gegenüber April 2005 (jeweils ohne Saarland):

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im April 2006 um + 10,3 %. Während die gemeinschaftlichen Steuern um + 15,0 % zulegten, reduzierte sich das Auf-

kommen der Bundessteuern um – 1,6 % und der Ländersteuern um – 1,5 %.

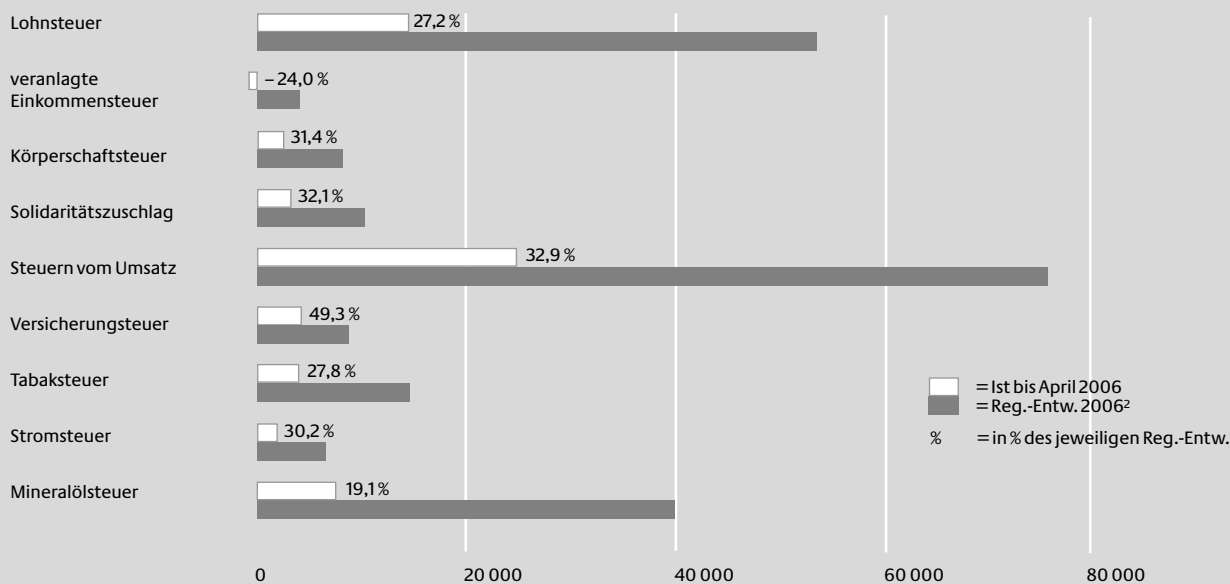
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen gegenüber dem Vorjahr um + 8,5 %.

Bei der Lohnsteuer setzte sich der Aufwärtstrend der Vormonate (März 2006: + 1,5 %) in leicht gedämpfter Form mit einem Plus von 0,5 % gegenüber dem April des Vorjahres weiter fort.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um gut + 0,7 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis, was vollständig mit einem außergewöhnlich starken Rückgang der Arbeitnehmererstattungen im April 2006 (rund – 0,9 Mrd. € im Vorjahresvergleich) erklärt werden kann. Dieser Effekt wiederum dürfte seine Begründung in einem geringeren Arbeitsvolumen in den Veranlagungsstellen der Finanzämter gegenüber dem Vorjahr haben, da Ostern im Jahr 2006 in den April fiel und in 2005 in den März.

Die positive Entwicklung bei der Körperschaftsteuer mit einem Plus von gut 0,8 Mrd. € spiegelt die anhaltend gute Gewinnsituation der Unternehmen wider.

Die Steuereinnahmen¹ des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2006



¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland noch keine Abrechnung der im März und April abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde die Negativentwicklung der vergangenen Monate mit einem Zugewinn gegenüber dem April 2005 von + 4,9 % unterbrochen. Da die großen Dax-Konzerne für die Folgemonate hohe Gewinnausschüttungen angekündigt haben, besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass im Jahresverlauf eine weitere Aufwärtsentwicklung folgen wird.

Das in den Vormonaten zu beobachtende Auf und Ab beim Zinsabschlag setzte sich weiter fort. Nach einem starken Plus im März (+ 15,7 %) folgte ein Rückgang um – 4,3 % im April 2006, allerdings auf einer starken Vorjahresbasis.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im April 2006 deutlich um + 13 %. Während die kräftigen Mehreinnahmen bei der Einfuhrumsatzsteuer (+ 22,5 %) in dieser Form zu erwarten waren, da sie lediglich die Entwicklung der Vormonate, die auf einem starken Anstieg der Importe aus Nicht-EU-Staaten beruht, fortschrieben, überraschte das Ergebnis bei der Umsatzsteuer (+ 9,8 %). Eine deutliche Belebung der Inlandsnachfrage kann daraus aber nicht abgeleitet werden, da eine vergleichbare Entwicklung bei den Daten zu den Einzelhandelsumsätzen nicht erkennbar ist. Eine Begründung für das positive Resultat liegt vielmehr in der relativ schwachen Vorjahresbasis.

Bei den reinen Bundessteuern war im April ein Rückgang von – 1,6 % zu verzeichnen. Für das Plus bei der Mineralölsteuer (+ 0,4 %) war die leicht positive Entwicklung bei Benzin- und Dieselmotorkraftstoffen verantwortlich. Die Zugewinne bei der Tabaksteuer (+ 2,3 %) dürften wie in den Vormonaten auf die Wirkung der letzten Steuersatzerhöhung im September 2005 zurückzuführen sein. Ebenfalls positiv entwickelte sich die Versicherungssteuer (+ 2,4 %), während die Rückgänge bei Stromsteuer (– 26,4 %) und Branntweinsteuer (– 24,9 %) den größten Teil zum schwachen Ergebnis der Bundessteuern beitrugen.

Der Aufkommensrückgang bei den reinen Ländersteuern (– 1,5 %) hielt sich nur durch die kräftigen Zuwächse bei der Erbschaftsteuer (+ 8,9 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 29,1 %) in Grenzen. Letzterer spiegelt weiterhin die Folgen der vorgezogenen Immobilienerwerbe wider, die zum Jahresende 2005 zur Sicherung des Anspruchs auf Eigenheimzulage getätigt wurden. Für die weitere Entwicklung der Grunderwerbsteuer bleibt abzuwarten, inwieweit Veräußerungen von Immobilienpaketen an Investmentgesellschaften zu einem dynamischen Aufkommen beitragen. Starke Verluste stellten sich im April 2006 vor allem bei der Kraftfahrzeugsteuer (– 9,7 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 31 %) ein.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr (ohne Saarland) ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2006	April ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern		
Lohnsteuer ²	9 412,7	0,5
veranlagte Einkommensteuer	– 197,6	–
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 258,1	4,9
Zinsabschlag	455,9	– 4,3
Körperschaftsteuer	26,9	–
Steuern vom Umsatz	11 049,2	13,0
Gewerbesteuerumlage	564,1	5,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	520,0	15,3
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	23 089,3	15,0
Bundessteuern		
Mineralölsteuer	3 160,5	0,4
Tabaksteuer	1 275,3	2,3
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	155,5	– 24,9
Versicherungsteuer	512,2	2,4
Stromsteuer	499,5	– 26,4
Solidaritätszuschlag	687,2	12,4
sonstige Bundessteuern	98,9	– 1,4
Bundessteuern insgesamt	6 389,0	– 1,6
Ländersteuern		
Erbschaftsteuer	311,7	8,9
Grunderwerbsteuer	434,9	29,1
Kraftfahrzeugsteuer	701,0	– 9,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	132,6	– 31,0
Biersteuer	57,3	– 6,5
sonstige Ländersteuern	24,0	– 28,5
Ländersteuern insgesamt	1 661,5	– 1,5
EU-Eigenmittel		
Zölle	329,5	21,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	197,5	17,2
BNE-Eigenmittel	961,4	18,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 488,4	18,8
Bund³	14 241,6	8,5
Länder³	14 072,8	11,5
EU	1 488,4	18,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 666,4	9,0
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	31 469,2	10,3

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ April-Ergebnisse für gemeinschaftliche Steuern, Ländersteuern sowie Solidaritätszuschlag und Versicherungsteuer ohne Saarland (wegen Streik in den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar keine Daten verfügbar).

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im April leicht gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende März bei 3,76 % lag, notierte Ende April bei 3,78 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,82 % Ende März auf 2,85 % Ende April. Die Europäische Zentralbank hatte am 2. März 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 8. März liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte seitdem bei 2,50 %, der

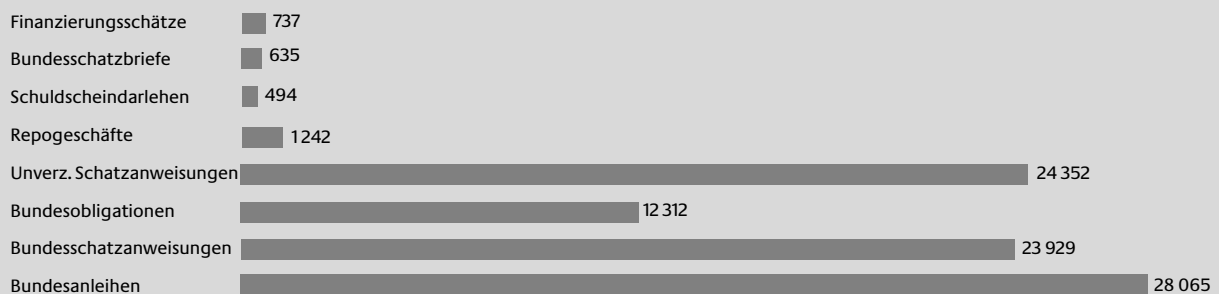
Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,50 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,50 %.

Die europäischen Aktienmärkte bewegten sich im April in unterschiedliche Richtungen; während der Deutsche Aktienindex von 5970 auf 6010 Punkte stieg, fiel der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 von 3854 auf 3840 Punkte (Monatsendstände).

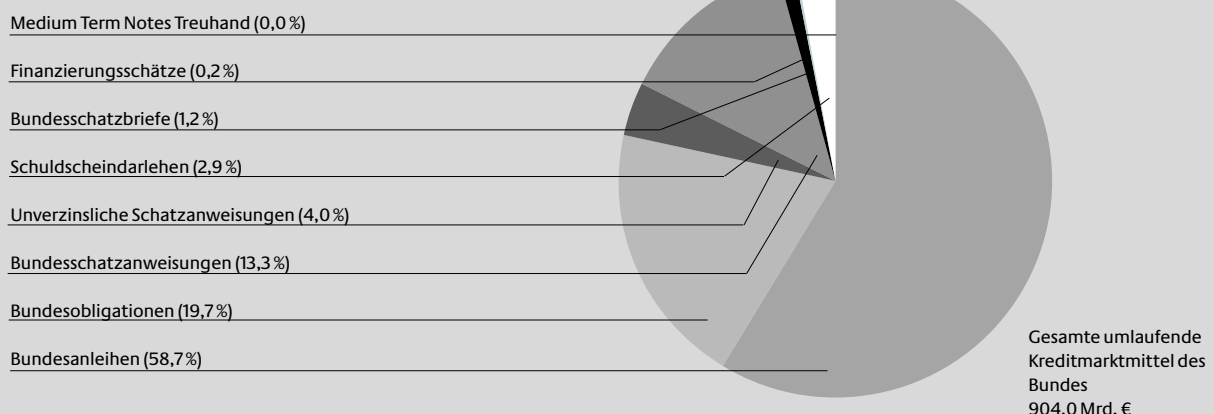
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im März 2006 auf

Kreditaufnahme des Bundes bis April 2006 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. April 2006



8,6 % (nach 7,9 % im Februar). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Januar bis März 2006 lag mit 8,1 % über dem Wert des Vergleichszeitraums von Dezember 2005 bis Februar 2006 (7,7 %; Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 10,7 % im Februar auf 11,5 % im März. Das niedrige Zinsniveau im Euroraum hat unverändert stimulierende Wirkung auf das Geldmengen- und Kreditwachstum. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate ebenfalls von 3,8 % im Februar auf 4,5 % im März.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich April 2006 91,8 Mrd. €. Davon wur-

den 82,7 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund erstmals mit einer inflationsindexierten Anleihe über 5,5 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. April 2006 um 0,94 % auf 904,0 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 51 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2006 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	7,3	–	–	7,3
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,5	0,0	0,6	1,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,0	0,3	0,6	0,9
MTN Treuhand	–	–	–	–
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	13,8	6,3	22,2	42,3

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	2,3	0,1	1,3	3,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2006 auf rund 42,3 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und sei-

ner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2006 auf rund 3,7 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2006

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137131 WKN 113 713	Aufstockung	19. April 2006	2 Jahre fällig 14. März 2008 Zinslaufbeginn: 10. März 2006 erster Zinstermin: 14. März 2007	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141489 WKN 114148	Aufstockung	26. April 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Neuemission	17. Mai 2006	10 Jahre fällig 4. Juli 2016 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137149 WKN 113 714	Neuemission	21. Juni 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 13. Juni 2006 erster Zinstermin: 13. Juni 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141489 WKN 114 148	Aufstockung	28. Juni 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 5 Mrd. €
			2. Quartal 2006 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114908 WKN 111 490	Neuemission	10. April 2006	6 Monate fällig 18. Oktober 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114916 WKN 111 491	Neuemission	15. Mai 2006	6 Monate fällig 15. November 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114924 WKN 111 492	Neuemission	12. Juni 2006	6 Monate fällig 13. Dezember 2006	ca. 6 Mrd. €
			2. Quartal 2006 insgesamt	ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Konjunkturerholung setzte im 1. Quartal nach einer Stagnation im Schlussquartal 2005 wieder ein.
- Dabei gingen zunehmend Impulse von der Binnennachfrage aus: Neben den Ausrüstungsinvestitionen trug auch der private Konsum zur Belebung bei. Dies bestätigt die Erwartungen der Frühjahrsprojektion an eine an Breite gewinnende wirtschaftliche Erholung in diesem Jahr.
- Die Arbeitsmarktsituation bleibt zunächst gleichwohl angespannt, wenn auch in einzelnen Dienstleistungsbereichen bereits eine Beschäftigungsausweitung zu verzeichnen ist.
- Abgesehen von der Energieverteuerung verläuft die Entwicklung der Verbraucherpreise äußerst moderat.

Die deutsche Wirtschaft ist mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um preis-, saison- und kalenderbereinigt 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gut in dieses Jahr gestartet, nachdem sie in den letzten drei Monaten des Vorjahres noch stagniert hatte. Laut der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes haben erneut die Ausrüstungsinvestitionen, anders als im Vorquartal aber auch der Außenhandel und die Privaten Konsumausgaben positiv zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Damit hat sich die Basis der wirtschaftlichen Belebung bereits in den ersten Monaten dieses Jahres weiter verbreitert, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung dürfte sich im Jahresverlauf noch beschleunigen. Dies wurde auch in der Ende April vorgelegten Frühjahrsprojektion der Bundesregierung unterstellt, die im Jahresdurchschnitt von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von real 1,6 % ausgeht. Die zunehmend positive konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich allmählich auch etwas in der Situation der öffentlichen Finanzen wider. So setzten die Lohnsteuereinnahmen im April ihren Aufwärtstrend, wenn auch etwas schwächer als im Vormonat, mit einem Anstieg um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr fort (Angaben beziehen sich streik-

bedingt erneut auch für März auf die Steuereinnahmen ohne die vom Saarland verwalteten Steuern). Auch die Steuern vom Umsatz stiegen mit 13,0 % kräftig an. Im Gegensatz zu den Vormonaten nahm erstmals das Umsatzsteueraufkommen wieder zu, und zwar deutlich um 9,8 % gegenüber dem Vorjahr. Dies dürfte jedoch weniger auf eine deutliche Belebung der Inlandsnachfrage als vielmehr auf die relativ schwache Vorjahresbasis zurückzuführen sein. Der ebenfalls starke Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer (+ 22,5 %) ist einerseits der dynamischen Entwicklung der Wareneinfuhr, andererseits aber auch den weiter gestiegenen Energiepreisen geschuldet.

Auf einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal hatte bereits die über Monate ständig verbesserte Stimmung von Unternehmen und Verbrauchern hingedeutet. Ebenso war die Entwicklung der Industrieindikatoren weiter aufwärts gerichtet, wenn auch aufgrund der Streiks im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen die Daten zu den Auftragseingängen nur in grober Annäherung berechnet werden konnten und zu den Umsätzen überhaupt keine Informationen für die letzten beiden Monate des Quartals vorliegen.

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.05	4.Q.05	1.Q.06	3.Q.05	4.Q.05	1.Q.06
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 140	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,9
jeweilige Preise	2 247	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,2
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 684	+ 1,5	- 0,9	+ 0,0	-	+ 1,3	+ 1,7	-
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	- 0,5	- 0,4	-	- 0,6	- 0,7	-
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	555	+ 6,0	- 1,9	+ 0,9	-	+ 4,9	+ 8,3	-
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 468	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,2	-	+ 2,1	+ 0,8	-
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	- 0,4	- 0,3	-	- 0,3	- 0,6	-
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 3,2	+ 0,8	+ 1,8	-	+ 3,9	+ 1,5	-
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/	2005 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3- Monats- durch- schnitt			3- Monats- durch- schnitt		
in jeweiligen Preisen			Feb 06	Mrz 06		Feb 06	Mrz 06	
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 4,4	- 3,2	+ 5,1	+ 17,4	+ 18,1	+ 16,3
Waren-Importe	626	+ 8,7	+ 4,7	- 1,6	+ 8,0	+ 23,9	+ 28,3	+ 23,6
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2000 = 100) ^{2,3}	110,1	+ 4,4	-	-	-	-	-	-
Inland ^{2,3}	101,8	+ 2,6	-	-	-	-	-	-
Ausland ^{2,3}	123,6	+ 6,9	-	-	-	-	-	-
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	- 1,0	-	- 7,8	+ 1,0	-	- 2,1
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)²								
Industrie ^{2,3}	103,8	+ 2,9	+ 1,0	- 2,4	+ 0,5	+ 6,3	+ 3,9	+ 4,6
Industrie ^{2,3}	106,4	+ 3,8	+ 0,7	- 1,4	+ 0,9	+ 6,7	+ 4,7	+ 5,2
Bauhauptgewerbe ²	76,1	- 5,3	+ 2,0	- 14,5	- 8,7	+ 3,6	- 1,8	- 2,8
Auftragseingang (Index 2000 = 100)								
Industrie ^{2,3}	108,7	+ 5,3	-	-	-	-	-	-
Inland ^{2,3}	98,2	+ 2,0	-	-	-	-	-	-
Ausland ^{2,3}	121,8	+ 8,8	-	-	-	-	-	-
Bauhauptgewerbe ²	72,5	- 2,6	+ 2,0	-	+ 0,9	+ 12,3	-	+ 9,0
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	102,2	+ 1,0	- 1,0	- 2,0	- 0,6	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,6
Großhandel (ohne Kfz.)	106,4	+ 2,8	+ 1,0	- 1,1	- 1,4	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,8
Arbeitsmarkt	2005 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Feb 06	Mrz 06	Apr 06	Feb 06	Mrz 06	Apr 06
Erwerbstätige, Inland	38,78	- 0,2	+ 5	- 15	-	- 49	- 38	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 2	+ 30	- 40	- 241	- 289	- 262
Preisindizes	2005 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Feb 06	Mrz 06	Apr 06	Feb 06	Mrz 06	Apr 06
2000 = 100								
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 6,4	+ 5,5	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,7	+ 0,5	-	+ 5,9	+ 5,9	-
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,0
ifo-Geschäftsklima								
saisonbereinigte Salden								
Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)	Sep 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05	Jan 06	Feb 06	Mrz 06	April 06
Klima	+ 2,3	+ 7,9	+ 6,6	+ 10,0	+ 15,7	+ 17,1	+ 20,5	+ 22,5
Geschäftslage	+ 1,5	+ 6,6	+ 5,1	+ 7,8	+ 11,9	+ 14,3	+ 21,0	+ 26,3
Geschäftserwartungen	+ 3,1	+ 9,1	+ 8,1	+ 12,3	+ 19,6	+ 19,8	+ 20,1	+ 18,8

¹ Rechenstand: 22. Februar 2006.² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Detailergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal werden zwar erst am 23. Mai 2006 bekannt gegeben. Die derzeit vorhandenen Konjunkturindikatoren lassen aber folgende Entwicklungstendenzen bei einzelnen Nachfrageaggregaten erkennen:

Der Impuls durch den Außenbeitrag dürfte nur schwach positiv ausgefallen sein. Das legt die überaus kräftige Entwicklung der Wareneinfuhr nahe, die diejenige der Warenausfuhr übertraf: Der Wert der importierten Waren ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um saisonbereinigt 8,0 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, der der Exporte um 5,1 %. Ein Teil der dynamischen Importsteigerung geht auf die gestiegenen Einfuhrpreise, insbesondere für Energieträger, zurück. Gleichzeitig dürfte aber auch die kräftige Zunahme der Exporte dazu beigetragen haben. Inwiefern eine höhere Binnen- nachfrage hieran einen Anteil hatte, lässt sich aufgrund fehlender Daten zu den Auftrags- eingängen und Umsätzen in der Industrie schwer einschätzen. Die Warenausfuhr profitierte im 1. Quartal neben der verbesserten deutschen Wettbewerbsfähigkeit von der dynamischen Entwicklung der Weltwirtschaft sowie dem fortgesetzten Recycling der Petrodollars. Diese positiven Einflussfaktoren für deutsche Exporte dürften in den kommenden Monaten bestehen bleiben, so dass angesichts der in den vergangenen Monaten überdurchschnittlichen Zunahme ausländischer Auftragseingänge und der weit über ihrem langjährigen Durchschnitt liegenden ifo-Exportorerwartungen von anhaltend kräftigen Exportimpulsen auszugehen ist. Begünstigt wird dies dadurch, dass die deutsche Exportwirtschaft in den letzten Jahren und bis zuletzt – insbesondere gegenüber den mengenmäßig wichtigsten Handelspartnern innerhalb des Euroraums – in erheblichem Maße an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen hat. Die verbesserte Wettbewerbsposition deutscher Exporteure steht nicht zuletzt mit der deutlichen Lohnzurückhaltung im Zusammenhang, die sich wahrscheinlich fortsetzen dürfte.

Die außenwirtschaftliche Dynamik prägt damit immer noch wesentlich die heimische Industrieproduktion, die im 1. Quartal saisonbereinigt um 0,9 % zugenommen hat. Aber auch die Binnennachfrage dürfte mittlerweile verstärkt

durch die Exporte angestoßen worden sein. Der recht kräftige Zuwachs der Herstellung von Investitionsgütern im 1. Quartal (saisonbereinigt + 1,3 % gegenüber dem Vorquartal) legt nahe, dass diese zum weiteren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen beigetragen hat. Die Ausweitung der Vorleistungsgüterproduktion um 0,8 % zeigt an, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Jahresverlauf fortsetzen dürfte. Diese Erwartung widerspricht nicht dem wohl temporären Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im März, zu dem auch die Streiks in der Metall- und Elektroindustrie beigetragen haben könnten. Vor dem Hintergrund von Nachholeffekten sowie der hohen Auftragsbestände in den Industrieunternehmen, der nach wie vor aufwärts gerichteten Nachfrage nach Industriegütern – sie stieg nach vorläufigen Berechnungen um 1,0 % im 1. Quartal – sowie der unverändert positiven Stimmung der Unternehmen gemäß ifo-Geschäftsklimaindex ist für den weiteren Jahresverlauf aber mit einer günstigen Produktionsentwicklung zu rechnen.

Die kalte Witterung dürfte dagegen zu einem deutlich negativen Impuls der Bauinvestitionen in den ersten drei Monaten dieses Jahres geführt haben. Dies zeigen die Daten zur Produktion im Bauhauptgewerbe, die im 1. Quartal außerordentlich stark zurückging (saisonbereinigt – 8,7%). Angesichts der in der Tendenz günstigen Nachfrageentwicklung in diesem Wirtschaftsbereich sowie der weiter deutlich verbesserten Stimmung, insbesondere, was die Lageeinschätzung betrifft, ist aber weiterhin mit einer Erholung der bislang krisengeschüttelten Branche im Verlauf dieses Jahres zu rechnen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die Privaten Konsumausgaben nach ihrem deutlichen Rückgang im Schlussquartal 2005 in den ersten drei Monaten dieses Jahres positiv zur wirtschaftlichen Belebung beigetragen. Woher diese Erholung gekommen ist, stellt sich nicht so deutlich dar: So legten die Einzelhandelsumsätze zwar ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen um real 0,5 % gegenüber dem Vorquartal zu, jedoch war inklusive Kraftfahrzeuge und Tankstellen im ersten Vierteljahr eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen (real – 0,6 %). Es sollte allerdings berücksichtigt werden, dass die Einzelhandelsumsätze durch

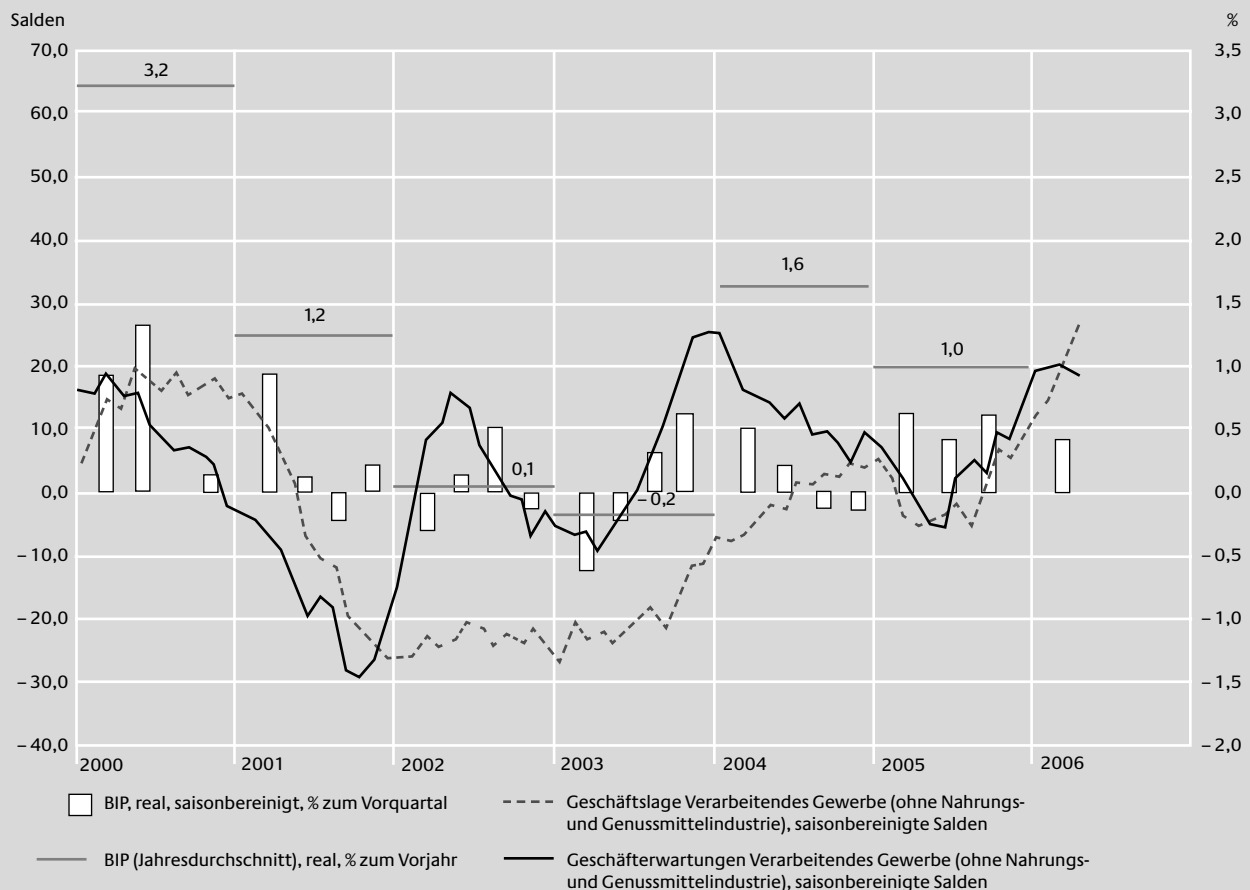
das Statistische Bundesamt in der Vergangenheit immer wieder zum Teil kräftig revidiert wurden. Durchweg positive Signale gehen derzeit von den Stimmungsindikatoren aus: Der GfK-Konsumklimaindex zeigte eine im Verlauf des Quartals zunehmende Anschaffungsneigung der Verbraucher an, und die Stimmung der Einzelhändler verbesserte sich tendenziell.

Ausgehend von der zunehmenden Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr eine leichte Entlastung am Arbeitsmarkt: Im Jahresdurchschnitt wird mit einer Zunahme der Erwerbstätigenzahlen (rund + 30 000 Personen) und einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen (rund – 180 000) gerechnet. Das Wiedereinsetzen der wirtschaftlichen Erholung im 1. Quartal sowie die gute Stimmung der Wirtschaft und der Verbraucher können jedoch nicht über die weiterhin angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt hinwegtäuschen. So ging zwar die saison-

bereinigte Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vormonat um 40 000 Personen zurück. Aber im März hatte die ungewöhnlich kalte und schneereiche Witterung den Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit nach oben verzerrt, spiegelbildlich ist der Rückgang im April überzeichnet. Dennoch gab es im Durchschnitt der beiden Monate einen leichten Rückgang (– 5 000 Arbeitslose). Nach Ursprungszahlen waren im April 4,79 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 262 000 weniger als vor einem Jahr; die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 11,5 % ab (West 9,7 %, Ost 18,5 %). Beim Vorjahresvergleich sind allerdings Basiseffekte aus 2005 im Zusammenhang mit Hartz IV zu berücksichtigen.

Der Beschäftigungsabbau hat sich auch im März per saldo weiter fortgesetzt. So verminderte sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland im März saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 15 000 Personen,

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



wenngleich die ungewöhnlich kalte Witterung im März hierzu auch beigetragen haben dürfte.

Risiken für die konjunkturelle Erholung in Deutschland sind in einer Fortsetzung der Energiepreiserhöhungen zu sehen, die die Kaufkraft der Verbraucher dämpfen. So stieg der Verbraucherpreisindex im April um 2,0 % gegenüber dem Vorjahr, nachdem er im März unter der 2 %-Marke gelegen hatte. Verantwortlich für die Zunahme der Jahresteuerrate war der Anstieg der Energiepreise, der rein rechnerisch über die Hälfte der Preissteigerung gegenüber April 2005 erklärt. Kraftstoffe kosteten 11,8 % und leichtes Heizöl 21,4 % mehr als vor einem Jahr. Auch Gas (+ 19,6 %), Strom (+ 3,8 %) und Umlagen

für Zentralheizung und Fernwärme (+ 19,6 %) verteuerten sich erheblich. Ohne Haushaltsenergie und Kraftstoffe hätte die Teuerungsrate nur bei 0,9 % gelegen. Der Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe, insbesondere für Erdöl und Mineralölerzeugnisse spiegelt sich deutlich stärker in den Import- und den Erzeugerpreisen wider. Der Importpreisindex erhöhte sich im März um 5,5 % im Vergleich zum Vorjahr; ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuerrate 3,2 %. Der Erzeugerpreisindex erhöhte sich im März um 5,9 % und damit ebenso stark wie im Februar; ohne Energie wäre er lediglich um 1,2 % gestiegen.

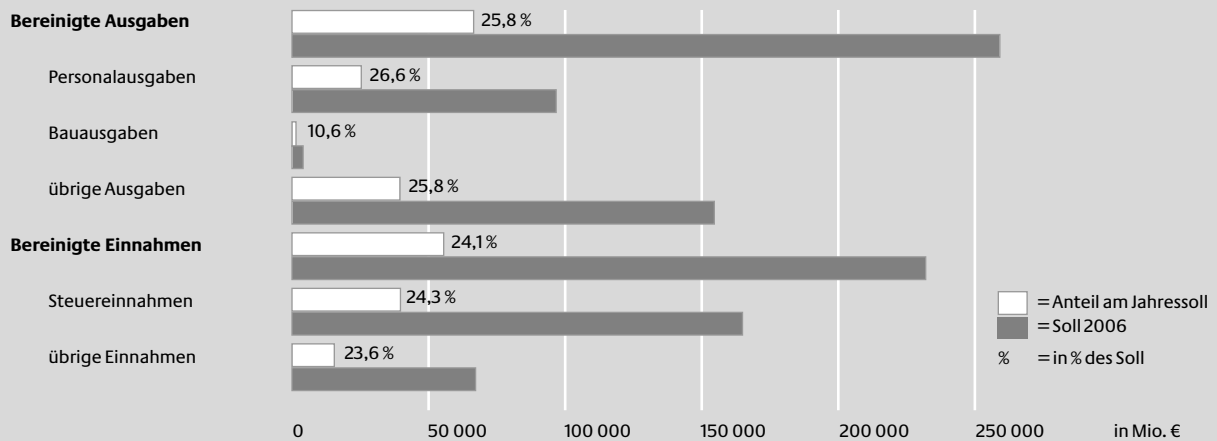
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich März 2006 vor.

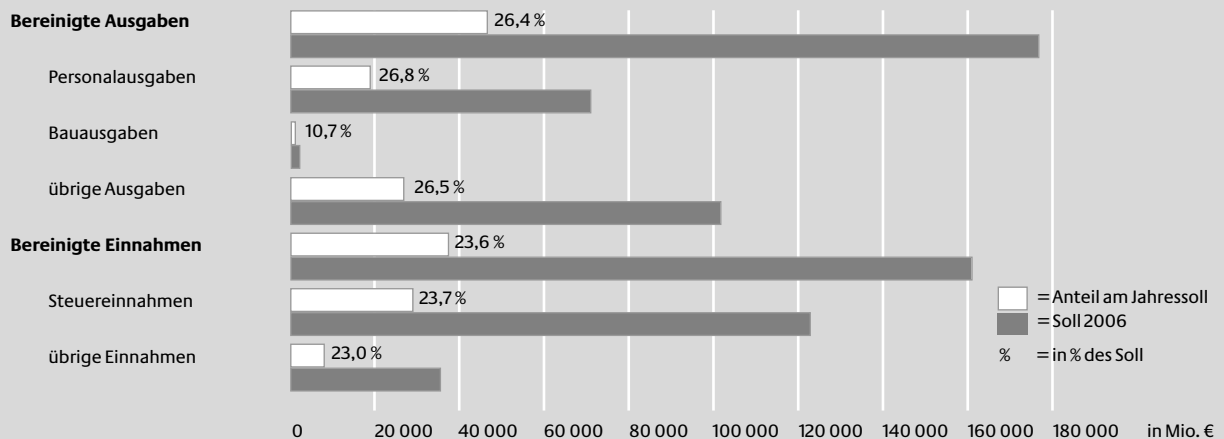
Die Haushaltsentwicklung in den ersten Monaten eines Jahres besitzt erfahrungsgemäß nur

eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellung zu den Haushaltsplanungen (s.S. 103 ff) haben daher lediglich informativsten Charakter.

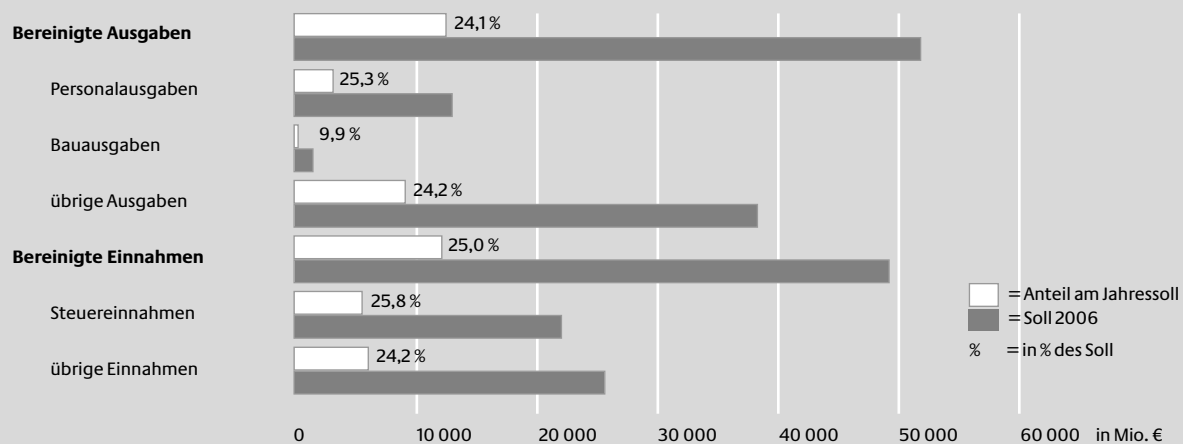
Länder insgesamt¹



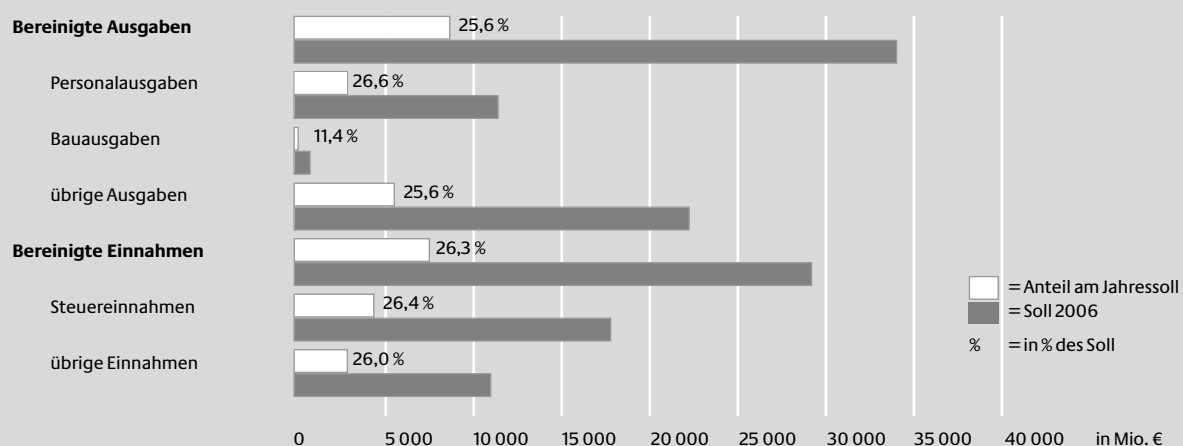
Flächenländer West¹



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 5. Mai 2006 in Brüssel

Vorbereitung des Europäischen Rates

Die Minister nahmen den Beitrag des ECOFIN-Rats zur Revision der „EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“ an, die der Europäische Rat am 15./16. Juni 2006 vornehmen wird. Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde vom Europäischen Rat in Göteborg im Juni 2001 als längerfristige und umfassendere Ergänzung zur Lissabon-Strategie ins Leben gerufen. Grundsatz der Strategie ist die Verbesserung von Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und internationaler Verantwortlichkeit.

Die Kernbotschaften des ECOFIN-Beitrags stehen mit Haltung der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie in Einklang:

- stärkere Fokussierung und Verknüpfung der Ziele (Nutzung von Synergieeffekten, Verbindung umwelt- und wirtschaftspolitischer Ziele),
- stärkere Implementierung von Wirksamkeits- sowie Kosten-Nutzen-Analysen,
- Einbindung der Nachhaltigkeitsstrategie in die nationalen Reformprogramme sowie
- Vermeidung einer Schaffung neuer Prozesse (Vermeidung von Überregulierung).

Neben dem ECOFIN-Rat werden auch andere Ratsformationen ihren Beitrag zur Revision der EU-Nachhaltigkeitsstrategie einbringen. Eine erneute Überprüfung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist in fünf Jahren anvisiert.

EU-Gesamthaushaltsplan 2007

Die Kommission präsentierte ihren Vorentwurf zum Haushaltsplan 2007. Der ECOFIN-Rat hatte im März 2006 Schlussfolgerungen zu den Leitlinien des Haushaltes 2007 angenommen. Die Leitlinien sollten der Kommission als Wegweiser zur Erstellung ihres Haushaltsentwurfs dienen:

- Einhaltung der Obergrenze gemäß Interinstitutioneller Vereinbarung 2007 bis 2013,
- Schaffung von Haushaltsspielräumen für unvorhergesehene Ereignisse (z. B. Tsunami) sowie
- Begrenzung der Zahlungsermächtigungen.

Der Vorentwurf der Kommission für 2007 sieht ein Gesamtvolumen von 116,4 Mrd. € vor. Das entspricht einer Steigerungsrate von 3,9 % gegenüber dem Vorjahr (2006: 112,1 Mrd. €). Gemessen an der Wirtschaftsleistung der EU erreichen die Ausgaben 0,99 % des Bruttonationaleinkommens (2006: 1,00 %). Die inhaltlichen Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs 2007 liegen bei der Förderung von Wachstum und Innovationen sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Rat nahm die Präsentation der Kommission zur Kenntnis.



Integrierter interner Kontrollrahmen

Die Kommission stellte dem ECOFIN-Rat ihren „Aktionsplan zur Schaffung eines integrierten internen Kontrollrahmens“ vor. Mit dem Kontrollrahmen wird das Ziel verfolgt, dem Europäischen Rechnungshof die Abgabe einer positiven Zuverlässigkeitserklärung im Haushaltsentlastungsverfahren zu ermöglichen. Wie in den letzten zehn Jahren hatte der Rechnungshof auch in 2006 der Kommission für die Ausführung des EU-Haushalts seine Zuverlässigkeitserklärung wegen einer zu hohen Fehlerquote nicht erteilt. Der Aktionsplan der Kommission sieht folgende Maßnahmenkomplexe vor:

- Vereinfachung und gemeinsame Kontrollgrundsätze,
- Erklärungen zur Mittelverwaltung und Zuverlässigkeit der Rechnungsprüfung,
- Einführung des „Single-Audit-Prinzips“ (Austausch von Prüf- und Kontrollergebnissen bei angemessenem Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kontrolle) sowie
- sektorspezifische Ermittlung von Defiziten bei der Haushaltskontrolle.

Der ECOFIN-Rat nahm die Präsentation der Kommission zur Kenntnis. Die zukünftige finnische Präsidentschaft kündigte an, die Arbeit an der Implementierung eines integrierten internen Kontrollrahmens fortsetzen zu wollen.

Mehrwertsteuer-Paket

Der ECOFIN-Rat führte eine Orientierungsdebatte zum von der österreichischen Präsidentschaft vorgeschlagenen „Mehrwertsteuer-Paket“. Im Paket enthalten sind insbesondere ein

- Richtlinienvorschlag zur Änderung des Orts der Dienstleistung für „Business-to-Business“- und „Business-to-Consumers“-Umsätze. Vorgesehen ist der Übergang vom Ursprungs- zum Bestimmungslandprinzip,
- Richtlinienvorschlag zur Schaffung einer „Einzigen Anlaufstelle“ (one-stop-shop). Im Konzept der „Einzigen Anlaufstelle“ ist eine Erklärungsspflicht für alle EU-Umsätze von EU-Unternehmen im jeweiligen Sitzstaat (bzw. von Nicht-EU-Unternehmen im Identifizierungsmitgliedstaat) vorgesehen, der diese an die betroffenen Verbrauchsmitgliedstaaten weiterleitet,
- Vorschlag für die Verlängerung der umsatzsteuerlichen Regelungen zum elektronischen Geschäftsverkehr ab 1. Juli 2006. Die bisherige Regelung zur Besteuerung von Anbietern aus Drittstaaten läuft am 30. Juni aus.

Die Debatte gab kein geschlossenes Meinungsbild. Während sich viele Mitgliedstaaten

mit dem vorgeschlagenen Paket einverstanden zeigten, äußerten einige auch Bedenken. Staatssekretär Dr. Mirow lehnte eine von der Präsidentschaft für den Juni-ECOFIN anvisierte Annahme des Mehrwertsteuer-Pakets wegen inhaltlicher und verfahrenstechnischer Bedenken ab, sprach sich aber für eine gesonderte Verlängerung der Richtlinie für den elektronischen Geschäftsverkehr aus. Der ECOFIN-Rat beauftragte den Ausschuss der ständigen Vertreter, die Arbeit am Mehrwertsteuer-Paket fortzusetzen. Das Thema wird im Juni-ECOFIN erneut aufgegriffen.

Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu öffentlichen Aufträgen

Der französische Botschafter präsentierte dem ECOFIN-Rat einen Vorschlag Frankreichs, im Rahmen der laufenden Verhandlungen zur Revision des WTO-Beschaffungsübereinkommens („Government Procurement Agreement“) die völkerrechtliche Grundlage für die Einführung einer europäischen KMU-Quote in das europäische Vergaberecht zu schaffen. Damit sollten – nach dem Vorbild der USA – bei der Vergabe öffentlicher Aufträge KMU bestimmte Auftragsvolumina vorbehalten werden.

Der französische Vorschlag fand keine Unterstützung. Die Kommission signalisierte jedoch Bereitschaft zur Prüfung etwaiger konkreter Vorschläge, sah allerdings grundsätzliche europarechtliche Schwierigkeiten.

Finanzdienstleistungen

Der französische Botschafter sprach sich für eine vertiefte Integration im Bereich des Wertpapierhandels („Clearing & Settlement“) aus. Staatssekretär Dr. Mirow bestätigte die Bereitschaft Deutschlands, an diesen Arbeiten mitzuwirken, machte zugleich aber deutlich, dass Deutschland eine europäische Richtlinie für diesen Bereich nicht befürwortet.

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 6./7. Juni 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 9./10. Juni 2006 – Finanzministertreffen der G 8 in St. Petersburg
- 15./16. Juni 2006 – Europäischer Rat in Brüssel
- 10./11. Juli 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat
- 22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss
- 17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 9. bis 11. Mai 2006 – Steuerschätzung
- 1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Mitte/Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2007

- bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- Ende Juni/Anfang Juli 2006 – Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinettt
- 5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss
- 11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006



Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006	35
Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2006	41
Steuerpolitik der großen Koalition – erstes Etappenziel ist erreicht	53
Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
Die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich: Ergebnisse einer aktuellen Studie der OECD	69
G 7-Treffen und Frühjahrstagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank	75

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006

1	Steuerrechtsänderungen	35
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	36
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	36
4	Bundshaushalt und Finanzplanung	37
5	Fazit	37

Vom 8. bis 11. Mai 2006 fand in Saarbrücken auf Einladung des saarländischen Ministeriums der Finanzen die 127. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2006 bis 2010.

1 Steuerrechtsänderungen

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ schätzt die Steuereinnahmen grundsätzlich auf der Basis des geltenden Rechts. Nach ausführlicher Diskussion hat sich der Arbeitskreis jedoch entschlossen, in Abweichung von diesem Grundsatz die im noch nicht endgültig verabschiedeten Haushaltsbegleitgesetz 2006 enthaltenen Erhöhungen von Umsatz- und Versicherungsteuer bereits zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen haben erhebliche makroökonomische Auswirkungen, die in der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung bereits berücksichtigt sind. Da mit einer baldigen Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes zu rechnen ist, die genannten Maßnahmen in der dort enthaltenen Form zwischen Bundestag und Bundesrat nicht strittig sind und ihre fiskalischen Auswirkungen somit abgeschätzt werden können, erschien dem Arbeitskreis die Einbeziehung sachgerecht.

Für das Jahr 2006 wurden gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2005 die finanziellen Auswirkungen der folgenden Rechtsänderungen einbezogen:

- Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen,
- Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage,
- Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung,
- Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen.

Darüber hinaus wurde für die Jahre 2007 bis 2010 – neben den bereits angesprochenen Maßnahmen aus dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 – die Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes berücksichtigt.

- Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm,

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Die Annahme zur Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2006 wurde gegenüber der Steuerschätzung vom November 2005 von +1,8 % auf +2,0 % leicht angehoben (vgl. Übersicht 1, S. 38). Hinter dieser relativ kleinen Veränderung verbergen sich jedoch stärkere Veränderungen bei den für die Steuerschätzung maßgeblichen Aggregaten: Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen steigen kräftiger als bisher angenommen. Wegen erwarteter Vorzieheffekte aufgrund der Anhebung der Umsatzsteuer zum 1. Januar 2007 ist auch mit einem deutlicheren Zuwachs bei der modifizierten letzten inländischen Verwendung zu rechnen. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird hingegen voraussichtlich weniger stark zunehmen als im November unterstellt.

Für das Jahr 2007 wurde die Annahme für das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von +2,9 % auf +2,3 % reduziert. Sowohl der Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern als auch der Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wird in diesem Jahr geringer ausfallen als bei der letzten Mittelfristschätzung im Mai 2005 angenommen. Spiegelbildlich zum Vorzieheffekt im Jahr 2006 wird auch die modifizierte letzte inländische Verwendung wesentlich schwächer wachsen als vor Jahresfrist angenommen.

In den Folgejahren erreicht das geschätzte nominale Bruttoinlandsprodukt mit +2,7 % nicht ganz den im Mai 2005 angenommenen Zuwachs von +2,9 %. Während die Gewinnentwicklung deutlich günstiger eingeschätzt wird, wird der private Verbrauch etwas und die Lohnentwicklung deutlich hinter den Annahmen vom Mai vergangenen Jahres zurückbleiben.

Mit den getroffenen Annahmen trägt die Bundesregierung der Koalitionsvereinbarung Rechnung, die vorsieht, „dass auf der Basis zurückhaltend geschätzter Eckwerte eine vorsichtige Einnahme- und Ausgabenplanung des Bundeshaushalts und der übrigen öffentlichen Kassen einschließlich der Sozialversicherungen vorgenommen wird.“

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Die Schätzergebnisse sind im Detail den Übersichten 2 und 3 zu entnehmen. Danach steigen die Steuereinnahmen ausgehend von 452,1 Mrd. € im Jahr 2005 bis auf 537,5 Mrd. € im Jahr 2010 an (vgl. Übersicht 2, S. 38). Alle Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) verzeichnen Einnahmezunahmen.

Erfreulich entwickeln sich die Einnahmen in diesem Jahr: Gegenüber der letzten Steuerschätzung vom November 2005 ist mit Mehreinnahmen von insgesamt +8,1 Mrd. € zu rechnen (vgl. Übersicht 3, S. 39). Dieser Zuwachs ergibt sich fast ausschließlich aus der dynamischen Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag). Auch im kommenden Jahr rechnet der Arbeitskreis mit einem Zuwachs gegenüber der letzten Schätzung. Ohne Berücksichtigung der Steuerrechtsänderungen fallen die Steuereinnahmen um +2,9 Mrd. € höher aus als bisher erwartet. In den folgenden Jahren machen sich die abgesenkten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte im Schätzergebnis bemerkbar. Die Schätzabweichung beläuft sich auf –4,0 Mrd. € in 2008 und –6,6 Mrd. € in 2009.

4 Bundeshaushalt und Finanzplanung

Die vorgezogene Bundestagswahl des vergangenen Jahres hatte eine Verzögerung der Einbringung des Bundeshaushalts 2006 zur Folge. Auch der Finanzplan 2005 bis 2009 wurde später als üblich vom Kabinett beschlossen. Die Ansätze für die Steuereinnahmen aus den Steuerschätzungen vom Mai 2005 bzw. November 2005 entsprachen daher nicht mehr dem aktuellen Stand. Sie wurden sowohl im Entwurf des Bundeshaushalts 2006 als auch im Finanzplan 2005 bis 2009 durch einen Korrekturbetrag ergänzt, der sich aus einer internen Steuerschätzung des BMF ergab. Dieser Korrekturbetrag umfasst sowohl die Schätzabweichung als auch Änderungen bei den EU-Abführungen. Stellt man die Korrekturbeträge aus der internen Steuerschätzung der Summe aus Schätzabweichung und Änderung der EU-Abführungen aus der Mai-Steuerschätzung gegenüber, so ergibt sich das der Übersicht 4 (siehe S. 40) zu entnehmende Bild. Gegenüber dem bisherigen Stand der Finanzplanung kann der Bund nach der Mai-Steuerschätzung nur für die Jahre 2006 und 2007 mit leichten Mehreinnahmen rechnen. Für das Jahr 2008 wurde die interne Steuerschätzung bestätigt und im Jahr 2009 wurde der Ansatz für die Steuereinnahmen des Bundes sogar leicht abgesenkt.

5 Fazit

Die Steuereinnahmen entwickeln sich am aktuellen Rand erfreulich. Hierfür ist insbesondere die sehr gute Gewinnsituation der Unternehmen verantwortlich. Die Einnahmeerwartungen des Bundes haben sich gegenüber dem bisherigen Stand der Finanzplanung durch die neue Steuerschätzungen aber nur marginal verändert – teils etwas verbessert, teils etwas verschlechtert.

Im Vergleich zum Ergebnis des Bundes stellt sich die Lage für Länder und Kommunen günstiger dar. Der Bund leidet unter dem Sonderproblem einer schwachen Entwicklung bei der Mineralölsteuer, die infolge der gestiegenen Kraftstoffpreise und des dadurch induzierten Verbrauchsrückgangs mittelfristig bei weitem nicht das bisher erwartete Aufkommen erbringen wird. Die Ländersteuern verzeichnen hingegen moderate Zuwächse. Die Kommunen profitieren von der ausgesprochen guten Entwicklung bei der Gewerbesteuer. Im Gegensatz zu Bund und Ländern ist die Schätzabweichung für die Gemeinden in allen Jahren mit einer Größenordnung von + 2 ½ Mrd. € deutlich positiv.



Übersicht 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben für die Steuerschätzung Mai 2006 im Vergleich zur jeweils letzten Steuerschätzung – Veränderungen in % –

	2006		2007		2008		2009		2010	
	Nov 2005	Mai 2006	Mai 2005	Mai 2006	Mai 2005	Mai 2006	Mai 2005	Mai 2006	Mai 2005	Mai 2006
BIP nominal % gegenüber Vorjahr	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	–	+ 2,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme % gegenüber Vorjahr	+ 0,8	+ 0,4	+ 2,6	+ 0,7	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,5	–	+ 1,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen % gegenüber Vorjahr	+ 4,3	+ 6,0	+ 4,3	+ 3,2	+ 4,3	+ 5,8	+ 4,3	+ 5,6	–	+ 5,5
Modifizierte letzte inländische Verwendung % gegenüber Vorjahr	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	–	+ 1,9

Stand: 15. Mai 2006

Übersicht 2: Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

	Ist	Schätzung				
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
1. Bund (Mrd. €)	190,2	193,9	210,2	216,3	222,7	227,8
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	1,7	1,9	8,5	2,9	2,9	2,3
2. Länder (Mrd. €)	180,4	186,0	195,3	200,5	205,5	211,2
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	0,3	3,1	5,0	2,7	2,5	2,8
3. Gemeinden (Mrd. €)	59,8	62,9	63,8	65,8	69,0	72,6
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	6,0	5,2	1,5	3,1	4,8	5,2
4. EU (Mrd. €)	21,7	22,8	24,6	24,7	24,2	25,9
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	10,5	4,8	8,1	0,4	-2,0	7,0
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	452,1	465,5	494,0	507,4	521,3	537,5
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	2,1	3,0	6,1	2,7	2,7	3,1

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Tabelle 3: Abweichungen der Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2006 von den Ergebnissen der Steuerschätzung November bzw. Mai 2005 (in Mrd. €)

2006	Ergebnis November 2005	Abweichung insgesamt	Abweichungen davon:			Ergebnis Mai 2006
			Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
Bund³	190,7	3,1	- 0,8	1,2	2,7	193,9
Länder³	182,6	3,4	- 0,7	-	4,1	186,0
Gemeinden³	60,7	2,2	- 0,3	-	2,5	62,9
EU	23,5	- 0,7	-	- 1,2	0,4	22,8
Steuereinnahmen insgesamt	457,4	8,1	- 1,7	0,0	9,8	465,5

2007	Ergebnis Mai 2005	Abweichung insgesamt	Abweichungen davon:			Ergebnis Mai 2006
			Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
Bund³	196,9	13,3	14,4	0,8	- 1,8	210,2
Länder³	188,1	7,2	5,9	-	1,3	195,3
Gemeinden³	61,9	1,9	- 0,9	-	2,8	63,8
EU	24,8	- 0,1	-	- 0,8	0,7	24,6
Steuereinnahmen insgesamt	471,7	22,3	19,4	0,0	2,9	494,0

2008	Ergebnis Mai 2005	Abweichung insgesamt	Abweichungen davon:			Ergebnis Mai 2006
			Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
Bund³	203,0	13,3	17,4	1,5	- 5,5	216,3
Länder³	194,6	6,0	7,6	-	- 1,6	200,5
Gemeinden³	64,5	1,3	- 1,4	-	2,6	65,8
EU	25,7	- 0,9	-	- 1,5	0,6	24,7
Steuereinnahmen insgesamt	487,8	19,6	23,6	0,0	- 4,0	507,4

2009	Ergebnis Mai 2005	Abweichung insgesamt	Abweichungen davon:			Ergebnis Mai 2006
			Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
Bund³	211,0	11,7	18,7	0,2	- 7,2	222,7
Länder³	199,3	6,1	8,8	-	- 2,6	205,5
Gemeinden³	66,8	2,1	- 0,7	-	2,8	69,0
EU	24,0	0,3	-	- 0,2	0,5	24,2
Steuereinnahmen insgesamt	501,1	20,2	26,8	0,0	- 6,6	521,3

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ 2006ff.: Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm.

Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen.

Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage.

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen.

2007ff.: Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (nur Anhebung USt-Normalsatz um drei Prozentpunkte und Anhebung VersSt-Regelsatz um drei Prozentpunkte).

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Übersicht 4: Korrekturbetrag Steuereinnahmen des Bundes (Schätzabweichung und Änderung EU-Abführungen)

	Mrd. €			
	2006	2007	2008	2009
Steuerschätzung Mai 2006	+ 3,9	- 1,0	- 4,0	- 7,0
Interne Steuerschätzung BMF Januar 2006	+ 2,4	- 2,1	- 4,1	- 6,6
Differenz	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	- 0,4

Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2006

1	Eckwerte des Bundeshaushalts 2006	41
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	46
3	Entwicklung der Einnahmen	50
4	Ausblick	51

1 Eckwerte des Bundeshaushalts 2006

Der Haushaltsentwurf 2006 wurde am 22. Februar 2006 vom Bundeskabinett beschlossen und befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 im Bundesgesetzblatt (voraussichtlich im Laufe des Monats Juli 2006) richtet sich die Haushaltsführung des Bundes nach den Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

Ausgaben. Mit 75,4 Mrd. € lagen die Ausgaben des Bundes um 0,8 Mrd. € (1,1 %) unter

dem Vorjahresergebnis. Die Ausgabenminderung ist auf die geringere Inanspruchnahme von Liquiditätshilfen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) zurückzuführen. Hierbei spielt auch die Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialversicherungsbeiträge eine Rolle, wodurch die BA in 2006 dreizehn anstelle von zwölf Monatsraten erhält. Ohne Berücksichtigung des geringeren Betriebsmitteldarlehens an die BA liegen die Bundesausgaben um 1,2 Mrd. € (1,6 %) über dem Vorjahresniveau.

Die investiven Ausgaben des Bundes, einschließlich des zur Verfügung gestellten Betriebsmitteldarlehens an die BA, beliefen sich auf 4,3 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahresquartal

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ²			in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	261,7	74,6	75,4	- 0,8	- 1,1
2. Einnahmen	223,2	47,3	40,6	+ 6,7	+ 16,4
– Steuereinnahmen	192,5	38,2	35,2	+ 3,0	+ 8,6
– Verwaltungseinnahmen	30,7	9,1	5,4	+ 3,6	+ 67,0
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	- 38,5	- 27,3	- 34,8	+ 7,5	- 21,5
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo einschließlich Kassenmittel	38,3	27,4	34,9	- 7,5	- 21,5
Münzeinnahmen	0,2	- 0,03	- 0,1	+ 0,0	- 48,8
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	23,2	4,3	6,0	- 1,6	- 27,5

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

ergibt sich ein Rückgang der investiven Ausgaben um 1,6 Mrd. € oder 27,5 %. Wie bei den Gesamtausgaben ist der Rückgang allerdings auch hier ausschließlich auf den geringeren Abruf beim Betriebsmitteldarlehen durch die BA zurückzuführen; rechnet man diesen Sonderfaktor heraus, liegen die investiven Ausgaben um 0,35 Mrd. € (10,1 %) über dem Vorjahresquartalswert.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 47,3 Mrd. € um 6,7 Mrd. € (+ 16,4 %). Die Entwicklung der Einnahmen beruht sowohl auf der insgesamt positiven Entwicklung der Steuereinnahmen (+ 8,6 %) als auch auf den im Vorjahresvergleich gestiegenen Verwaltungseinnahmen. Sie lagen im März um + 67,0 % über dem Vorjahresergebnis. Hier wirken sich der Bundesbankgewinn und vorzeitige Einnahmen aus Gewährleistungen aus dem Ausland positiv aus. Die Steuereinnahmen profitieren vor allem von der fortgesetzt positiven Entwicklung der Unternehmensgewinne und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum geringeren Eigenmittelabführungen an die EU.

Defizit. Mit – 27,3 Mrd. € liegt der Finanzierungssaldo des Bundes in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um 7,5 Mrd. € unter

dem Vorjahreswert von – 34,8 Mrd. €. Aus der aktuellen unterjährigen Entwicklung lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein Rückschluss auf das Jahresergebnis ziehen.

In der nachfolgenden Tabelle 2 werden die wesentlichen Differenzen zwischen den Ausgaben im 1. Quartal 2006 und dem entsprechenden Ergebnis für Januar bis März 2005 dargestellt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenänderungen

Generell ist anzumerken, dass unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabenänderungen oftmals buchungstechnischer Art sind. Gründe hierfür sind ein späterer oder früherer Eingang der Buchungsbelege oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Kohlekompromiss 1997 lief im Jahr 2005 aus. In 2006 wird die aufgelaufene „Bugwelle“ aus Zahlungsverpflichtungen des Kohlekompromisses 1997 beglichen. Die Anschlussregelung zum Kohlekompromiss sieht vor, die Kohlehilfen ab 2006 nachschüssig im Folgejahr auszusahlen. Ob es zu Rückzahlungen infolge gestiegener Weltmarktpreise kommen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ²	in %
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Förderung des Kohlenbergbaus	1,7	1,6	1,3	+ 0,3	+ 26,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,0	1,4	1,2	+ 0,2	+ 16,4
Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen nach Art. 104a GG	0,8	0,2	0,1	+ 0,1	+ 164,5
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Arbeitsmarktpolitik	38,7	10,5	12,0	– 1,5	– 12,3
Zinsen	38,0	15,3	15,5	– 0,2	– 1,3
Wohnungswesen	1,1	0,3	0,5	– 0,2	– 37,2
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	0,8	1,5	– 0,7	– 46,0
Abführung Bundesbank	3,0	2,9	0,7	+ 2,2	+ 322,7

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr ergeben sich infolge beschleunigter Umsetzung von Vorhaben der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit, die im Vorjahr wegen der vorläufigen Haushaltsführung verspätet begonnen wurden.

Investitionsprogramm Ganztagschulen. Für ein Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden seit 2003 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4,0 Mrd. €. Durch dieses Programm werden die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote vom Bund unterstützt.

Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktausgaben sind von der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 (Hartz IV) geprägt. In diesem Bereich sind Vergleiche mit dem Vorjahr oder auch im weiteren Jahresverlauf unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten nur von geringer Aussagekraft, da das Jahr 2005 von organisatorischen Startschwierigkeiten geprägt war, die auch die Ausgabenentwicklungen beeinflussten. Zudem werden noch im Laufe des Jahres mehrere gesetzliche Maßnahmen umgesetzt, die zu einer Konsolidierung und Optimierung im Bereich der Grundsicherung führen.

Während sich bei den Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende ein Mehrbedarf zeigt, geht der über den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) bestrittene Finanzbedarf für das Arbeitslosengeld I zurück. Unter dem Strich zeigen sich im 1. Quartal 2006 Minderausgaben für den Bereich Arbeitsmarktpolitik.

Zinsen. Zinszahlungen sind unabhängig von der Entwicklung des Bundeshaushalts zu betrachten, da sich die Zinszahlungstermine unterjährig nicht gleichmäßig auf bestimmte Monate oder Quartale verteilen. Aus diesem Grund kann durch einen Vergleich einzelner Quartalswerte kein Rückschluss auf die längerfristige Entwicklung der Zinsausgaben gezogen werden.

Wohnungswesen. Die Minderausgaben resultieren aus dem Auslaufen der Zinszuschüsse an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO₂-Minderung im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms.

Abführung Bundesbank. Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Der Gewinnanstieg ist vor allem auf den höheren Netto-Zinsertrag und auf den deutlich niedrigeren Bedarf an Abschreibungen auf Devisen und Wertpapiere zurückzuführen, für den vor allem der niedrigere Eurokurs ursächlich war.

Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2006

Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle. Die steuerliche Förderung von Wohneigentum nach dem Eigenheimzulagengesetz wird ab dem 1. Januar 2006 eingestellt. Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage wird der Abbau nicht mehr gerechtfertigter steuerlicher Subventionen fortgesetzt.

Steuerliches Sofortprogramm zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte. Ziel der Bundesregierung ist es, ungerechtfertigte Steuervergünstigungen abzubauen. Ein ganzes Paket steuerlicher Änderungen trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Maßnahmen verbreitern die Steuerbasis und konsolidieren die öffentlichen Haushalte. Sie tragen gleichzeitig zur Rechtsvereinfachung und zu mehr Steuergerechtigkeit bei. Das Sofortprogramm beinhaltet im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- Die Steuerbefreiung für Abfindungen wegen einer vom Arbeitgeber veranlassten oder gerichtlich ausgesprochenen Auflösung des Dienstverhältnisses wird aufgehoben. Die Abfindungszahlungen gelten künftig in vollem Umfang als steuerpflichtiger Arbeitslohn. Ebenso entfällt die Steuerfreiheit für Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen auf Grund gesetzlicher Vorschriften, beispielsweise nach dem Beamten- oder Soldatenversorgungsgesetz.
- Für Arbeitnehmer entfällt der bisherige Steuerfreibetrag für Zahlungen des Arbeitgebers aus Anlass einer Heirat oder der Geburt eines Kindes in Höhe von jeweils 315 €.
- Die degressive Abschreibung für Mietwohnungsneubau wird zurückgeführt. Hierbei handelt es sich ebenfalls um eine nicht mehr

zeitgemäße Steuersubvention, da die Wohnraumversorgung in Deutschland inzwischen über dem eigentlichen Bedarf liegt.

Der Abschreibungssatz wird einheitlich auf 2 % für den Abschreibungszeitraum von 50 Jahren festgelegt.

- Die Regelung zur Abziehbarkeit von Steuerberatungskosten als Sonderausgaben wurde aufgehoben. Steuerberatungskosten, die Betriebsausgaben oder Werbungskosten darstellen, können weiterhin geltend gemacht werden.



Beschränkung der Verlustverrechnung bei Steuersparmodellen. Immer mehr Steuerpflichtige mit höheren Einkommen versuchen, ihre Steuerbelastung durch Zeichnung von so genannten Steuerstundungsmodellen zu reduzieren. Dabei handelt es sich um Fonds in Form von Personengesellschaften, die ihren Anlegern in der Anfangsphase hohe Verluste zuweisen. Diese Investitionen werden häufig nur wegen des damit verbundenen steuerlichen Vorteils getätigt und führen damit nicht nur zu einer Fehlleitung des Kapitals, sondern auch zu erheblichen Steuerausfällen. Durch die Neuregelung der Verlustverrechnung wird diese Förderung volkswirtschaftlich fragwürdiger Steuersparmodelle beendet. Zukünftig können die Verluste nur noch mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden.

Haushaltsbegleitgesetz 2006. Die öffentlichen Haushalte befinden sich derzeit in einer außerordentlich ernsten Lage. Die laufenden Ausgaben übersteigen die regelmäßig fließenden Einnahmen dramatisch. Für den Bundeshaushalt ergibt sich aus dieser Situation ein erheblicher struktureller Handlungsbedarf.

Die Bundesregierung wird die finanzielle Handlungsfähigkeit mit einem Mix aus wachstums- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen, einer entschlossenen Konsolidierung sowie strukturellen Reformen sichern. Dabei wird die Konsolidierung des Haushalts im Wesent-

lichen durch das Haushaltsbegleitgesetz sichergestellt, das parallel zum Bundeshaushalt 2006 auf den Weg gebracht wurde. Das Haushaltsbegleitgesetz 2006 befindet sich noch in der parlamentarischen Beratung. Es folgt eine Übersicht der mit dem Regierungsentwurf beabsichtigten Maßnahmen:

- Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes. Die jährliche Sonderzahlung des Bundes für Besoldungs- und Versorgungsempfänger wird für die Jahre 2006 bis 2010 halbiert; für die Mitglieder der Bundesregierung sowie Parlamentarischen Staatssekretäre wird die jährliche Sonderzahlung abgeschafft.
- Stufenweise Kürzung bzw. Abschaffung der Bankzulage bei der Deutschen Bundesbank.
- Der allgemeine Umsatzsteuersatz und der Regelsatz der Versicherungsteuer werden zum 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zum 1. Januar 2007 um zwei Prozentpunkte auf 4,5 % gesenkt. Diese Absenkung wird vom Bund mit dem Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunktes unterstützt. Zu diesem Zweck wird die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern so geändert, dass dem Bund der entsprechende Anteil des Aufkommens als Vorab zur Verfügung gestellt wird. Die Bundesagentur für Arbeit erhält diesen Betrag als regelgebundenen Zuschuss. Gleichzeitig wird die bisherige Defizithaftung des Bundes auf ein zinsloses Darlehen umgestellt.
- Die Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen wird auf einen Grundlohn von 25 € pro Stunde begrenzt.
- Der Pauschalbeitragssatz für geringfügig Beschäftigte wird von derzeit 25 % auf 30 % angehoben.
- Der allgemeine Bundeszuschuss zur Rentenversicherung wird im Jahr 2006 um 170 Mio. € und ab dem Jahr 2007 um 340 Mio. € vermindert.
- Die pauschalen Zuweisungen des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung werden 2007 auf 1,5 Mrd. € abgesenkt und laufen danach aus.
- Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II werden auf 40 € herabgesetzt.

- Der schrittweise Übergang der knappschaftlichen Rentenversicherung zu erstatten den Verwaltungskosten der knappschaftlichen Krankenversicherung vom Bund auf die knappschaftliche Krankenversicherung wird beschleunigt.
- Die den Ländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes zustehenden Mittel werden dynamisiert und neu festgesetzt.

Über Änderungen oder Ergänzungen dieses Maßnahmenpakets, die im Rahmen der Ausschussberatungen empfohlen wurden, wird im Rahmen der derzeit laufenden parlamentarischen Beratung des Haushaltsbegleitgesetzes entschieden.

25 Mrd.-€-Impulsprogramm. Zur Stärkung besonders zukunftssträchtiger Bereiche legt die Bundesregierung ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € bis 2009 auf. Folgende Bereiche werden gefördert:

- Förderung von Forschung und Entwicklung mit 6 Mrd. €,
- Impulse für Mittelstand und Wirtschaft mit 9,3 Mrd. €,
- Erhöhung der Verkehrsinvestitionen mit 4,3 Mrd. €,
- Förderung der Familien mit 3 Mrd. €,
- Haushalt als Arbeitgeber mit 2,5 Mrd. €.

Arbeitsmarktreformen. Mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den so genannten Hartz-Gesetzen – sind grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen worden. Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetz wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitssuchende – zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt ganzheitlich durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder von einem der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System verbessert. Im Laufe des Jahres treten zum Teil im Koalitionsvertrag beschlossene

gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die zu einer Optimierung und Fortentwicklung der Grundsicherung beitragen und zu einer Dämpfung der Ausgaben führen werden.

Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern. Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

Neuregelung des Wohngeldes. Auch diese Neuregelung steht im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Ab 2005 wird das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit zukünftig hauptsächlich Personen mit geringen eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes ändert sich nichts. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften (z. B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft zukünftig ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z. B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwändigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wurden die Weichen gestellt, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig finanzierbar zu halten.

Als wichtige Maßnahme wurde ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor in die Renten Anpassungsformel eingeführt. Er berücksichtigt

bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Ein Rückgang dieses Quotienten führt zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg zu stärkeren Rentenerhöhungen. Der Nachhaltigkeitsfaktor bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Rentenanpassung ein. Ergänzend dazu hat das Bundeskabinett am 1. Februar 2006 die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab dem Jahre 2012 von 65 auf 67 Jahre beschlossen. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt.

Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit. Mit dem neuen Sozialgesetzbuch II (SGB) – „Hartz-IV-Gesetz“ – sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Bundeshaushalt verlagert worden. Im Gegenzug hat die BA einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II überwechseln, und nach den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.

Ein Vorjahresvergleich ist bei der ersten Quartalszahlung des Aussteuerungsbetrages nicht sinnvoll, da die erste Quartalszahlung zum 15. Februar 2005 gemäß § 11 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2005 auf 1,45 Mrd. € pauschaliert war.

2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 (siehe S. 47) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung werden im Regierungsentwurf 2006 auf 134,4 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 51,4 % an den Gesamtausgaben.

Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 (siehe S. 48) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste werden im Regierungsentwurf 2006 auf 48,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,3 % an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 5 (siehe S. 48) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Im Regierungsentwurf 2006 werden hierfür 12,4 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,6 % an den Gesamtausgaben.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 6 (siehe S. 49) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Reg- Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ²			in %	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	77,4	24,7	24,8	- 0,1	- 0,5
– Bundeszuschuss an die allgemeine RV	37,5	12,6	12,5	+ 0,05	+ 0,4
– zusätzlicher Zuschuss	17,5	5,8	5,8	+ 0,03	+ 0,5
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,4	2,8	2,9	- 0,1	- 2,7
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,5	0,2	0,2	- 0,0	- 10,2
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche RV	6,8	2,2	2,3	- 0,1	- 6,2
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	0,8	0,8	+ 0,04	+ 4,8
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondernversorgungssysteme in die RV	1,5	0,5	0,5	+ 0,02	+ 4,0
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	4,2	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	1,0	1,0	- 0,01	- 1,0
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	0,6	0,6	+ 0,001	+ 0,2
– Krankenversicherung	1,1	0,3	0,3	- 0,001	- 0,4
– Unfallversicherung	0,2	0,1	0,1	-	-
Arbeitsmarktpolitik	38,7	10,5	12,0	- 1,5	- 12,3
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit (BA)	-	0,5 ³	2,5 ³	- 2,0	- 78,7
– Arbeitslosenhilfe	-	- 0,02	1,6	- 1,6	- 100,9
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,6	0,3	0,2	+ 0,1	+ 51,2
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	38,3	9,7	7,6	+ 2,1	+ 27,3
Erziehungsgeld	2,8	0,7	0,7	- 0,02	- 2,5
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,04	0,01	+ 0,03	+ 247,8
Wohngeld	1,0	0,2	0,2	- 0,1	- 35,8
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,1	0,1	+ 0,02	+ 12,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,9	0,8	0,9	- 0,2	- 16,1

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

³ Unterjährig gewährte und im Haushaltsverfahren des Bundes gebuchte Betriebsmitteldarlehen an die BA; Rückschluss auf Zuschussbedarf der BA nicht möglich.

Nachrichtenwesen werden im Regierungsentwurf 2006 auf 10,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1 % an den Gesamtausgaben.

Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 7 (siehe S. 49) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschafts-

förderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung werden im Regierungsentwurf 2006 auf 6,2 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,4 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ²	in %
Versorgung	6,4	1,9	1,9	+ 0,02	+ 1,0
– Ziviler Bereich	2,3	0,6	0,6	– 0,01	– 1,2
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,1	1,3	1,2	+ 0,03	+ 2,2
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	23,6	5,6	5,4	+ 0,2	+ 3,8
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,3	1,6	1,3	+ 0,3	+ 23,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,0	1,4	1,2	+ 0,2	+ 16,4
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	0,5	0,4	+ 0,2	+ 48,4
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,2	0,2	+ 0,01	+ 6,9
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,7	0,3	0,3	+ 0,01	+ 2,8
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,1	1,0	0,9	+ 0,1	+ 7,7
– Zivildienst	0,6	0,1	0,1	– 0,01	– 5,9
Finanzverwaltung	2,6	0,5	0,6	– 0,1	– 9,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,9	0,7	0,6	+ 0,04	+ 6,8

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ²	in %
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,8	0,2	0,1	+ 0,1	+ 164,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,2	1,4	1,4	+ 0,01	+ 0,9
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,7	0,4	0,4	+ 0,01	+ 2,4
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,9	0,1	0,1	+ 0,05	+ 50,1
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,3	0,3	0,3	– 0,03	– 10,6
– Weltraumforschung	0,7	0,2	0,2	+ 0,001	+ 0,5
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,1	0,4	0,4	– 0,02	– 4,6
Hochschulen	2,0	0,4	0,3	+ 0,02	+ 7,0
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,2	0,2	+ 0,01	+ 7,0
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,2	0,1	+ 0,01	+ 3,8
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,02	0,01	+ 0,01	+ 143,5
Nachrichtlich: Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,5	0,4	0,3	+ 0,1	+ 22,9

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ²	in %
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,9	0,8	0,6	+ 0,1	+ 20,4
– Bundesautobahnen	3,2	0,6	0,5	+ 0,1	+ 25,6
– Bundesstraßen	2,3	0,2	0,2	+ 0,005	+ 3,1
Wasserstraßen und Häfen	1,4	0,2	0,2	+ 0,0005	+ 0,2
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1,7	0,2	0,2	– 0,02	– 12,8
Nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,5	0,3	0,2	+ 0,03	+ 10,8
Bundeseisenbahnvermögen	5,4	1,1	1,1	+ 0,004	+ 0,4

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ²	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,9³	0,1	0,2	– 0,1	– 30,6
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7	0,1	0,2	– 0,1	– 33,2
Förderung des Kohlenbergbaus	1,7	1,6	1,3	+ 0,3	+ 26,4
Mittelstandsförderung	1,0	0,1	0,1	– 0,02	– 24,6
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,04	0,04	– 0,001	– 3,3
Gewährleistungen	1,4	0,1	0,2	– 0,1	– 45,7
Landwirtschaft	1,0	0,1	0,1	+ 0,01	+ 7,0
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,6	0,05	0,04	+ 0,01	+ 12,3

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ²			in %	
Zinsen	38,0	15,3	15,5	- 0,2	- 1,3
Wohnungswesen	1,1	0,3	0,5	- 0,2	- 37,2
– Soziale Wohnraumförderung	0,3	0,1	0,1	+ 0,004	+ 3,7
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,7	0,1	0,3	- 0,2	- 65,2
Städtebauförderung	0,5	0,04	0,05	- 0,01	- 14,8
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,2	0,2	- 0,01	- 5,7
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,1	0,1	+ 0,001	+ 1,1

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

3 Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 (siehe S. 51) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 192,5 Mrd. € oder 73,6 % auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil am Gesamtsoll des Bundeshaushalts mit 261,7 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes sind mit 30,7 Mrd. € (11,7 %) und die Münzeinnahmen mit 0,2 Mrd. € veranschlagt. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen ist eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 38,3 Mrd. € (14,6 % des Gesamtsolls) vorgesehen.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Reg.-Entw. 2006 ¹	Januar bis März 2006	Januar bis März 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ²				in %
Einnahmen	223,2	47,3	40,6	+ 6,7	+ 16,4
darunter:					
Steuern	192,5	38,2	35,2	+ 3,0	+ 8,6
Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage	150,5	33,8	32,4	+ 1,4	+ 4,4
– Lohnsteuer	53,4	10,5	10,5	+ 0,02	+ 0,2
– Veranlagte Einkommensteuer	4,0	– 0,9	– 1,6	+ 0,7	– 44,7
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4,9	1,1	1,4	– 0,2	– 16,7
– Zinsabschlag	3,1	1,4	1,4	+ 0,0	+ 2,1
– Körperschaftsteuer	8,3	2,6	2,2	+ 0,4	+ 17,1
– Steuern vom Umsatz	75,5	19,0	18,5	+ 0,5	+ 2,6
– Gewerbesteuerumlage	1,3	0,1	0,1	+ 0,01	+ 21,1
Bundessteuern	83,9	15,9	15,2	+ 0,7	+ 4,5
– Mineralölsteuer	40,0	4,5	4,4	+ 0,1	+ 1,7
– Tabaksteuer	14,6	2,8	2,5	+ 0,3	+ 11,5
– Solidaritätszuschlag	10,3	2,6	2,5	+ 0,1	+ 3,4
– Versicherungssteuer	8,7	3,8	3,9	– 0,1	– 1,6
– Stromsteuer	6,6	1,5	1,2	+ 0,3	+ 24,3
– Branntweinsteuer	2,2	0,4	0,3	+ 0,1	+ 19,0
– Kaffeesteuer	1,0	0,2	0,3	– 0,1	– 19,7
– Schaumweinsteuer	0,4	0,1	0,1	+ 0,002	+ 2,4
– Sonstige Bundessteuern	0,002	0,0001	– 0,0001	+ 0,0001	– 208,8
Abzugsbeträge	– 41,9	– 11,5	– 12,4	+ 0,9	– 7,4
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,5	– 3,7	– 3,7	– 0,05	+ 1,3
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mine- ralölsteueraufkommen	– 7,2	– 1,8	– 1,8	– 0,03	+ 1,5
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,6	– 1,2	– 1,2	+ 0,02	– 1,9
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,6	– 4,8	– 5,8	+ 1,0	– 16,8
Sonstige Einnahmen	30,7	9,1	5,4	+ 3,6	+ 67,0
darunter:					
– Abführung Bundesbank	3,0	2,9	0,7	+ 2,2	+322,7
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,2	2,5	0,9	+ 1,6	+184,4
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	0,8	1,5	– 0,7	– 46,0

¹ Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

4 Ausblick

Der Haushaltsentwurf 2006 befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung und wird voraussichtlich im Laufe des Monats Juli im Bundesgesetzblatt verkündet.

Am 28. April 2006 fand eine Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung statt. Diese Daten bildeten eine wichtige Grundlage für die Steuer-

schätzung vom 8. bis 11. Mai 2006. Auf Basis dieser gesamtwirtschaftlichen Werte sowie der bis dahin aktuellen Steuergesetze wurden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für die Jahre 2006 bis 2010 geschätzt. Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind Grundlage sowohl des Bundeshaushalts 2006 als auch der Vorbereitung des Haushalts 2007 und der Finanzplanung bis 2010.



Steuerpolitik der großen Koalition – erstes Etappenziel ist erreicht

1	Der Koalitionsvertrag als konkrete Richtschnur der Steuerpolitik der Bundesregierung	53
2	Erste Phase der Umsetzung der steuerpolitischen Agenda der Bundesregierung bis Jahresende 2005	54
2.1	Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 22. Dezember 2005	54
2.2	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22. Dezember 2005	55
2.3	Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 22. Dezember 2005	55
3	Zweite Phase der Umsetzung der steuerpolitischen Agenda der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2006	56
3.1	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28. April 2006	56
3.2	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006 ...	58
4	Ausblick	61

1 Der Koalitionsvertrag als konkrete Richtschnur der Steuerpolitik der Bundes- regierung

Im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 haben CDU, CSU und SPD die Eckpunkte für die Politik der Bundesregierung der 16. Legislaturperiode festgelegt. Durch diese Vereinbarung zieht sich als roter Faden die Erkenntnis, dass ein wesentlicher Beitrag der Bundesregierung zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands sein muss, durch eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wieder finanzielle Handlungsspielräume für zentrale, in die Zukunft gerichtete Aufgaben (z. B. Ausgaben für Bildung und Forschung, Familienförderung) zu gewinnen. Ein wesentliches Ziel ist daher die Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, verbunden mit einer Verbesserung der Qualität der öffentlichen Ausgaben. Die größte Herausforderung der kommenden Jahre besteht dabei darin, die Ziele einer strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einerseits sowie eine Weichenstellung für mehr Wachstum und Beschäftigung andererseits

gleichermaßen zu erreichen. Aus diesem Grund verfolgt die Bundesregierung eine „Doppelstrategie“, die in einem ausgewogenen Gesamtpaket aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Konsolidierung und zur Unterstützung des Wachstums besteht. Die Steuerpolitik muss ihren Beitrag zum Erfolg dieser Strategie leisten und generell auch in dieser Legislaturperiode für die (Weiter-)Entwicklung eines Steuersystems Sorge tragen, das

- dem Staat auf allen Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – dauerhaft sichere Einnahmen garantiert und damit zur erforderlichen Stabilisierung des Haushalts beiträgt,
- wirtschaftsfördernde Impulse gibt und somit auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb spürbar steigert,
- eine verfassungskonforme, gerechte, gleichmäßige und transparente Besteuerung sicherstellt sowie eine sozial ausgewogene Verteilung der Lasten zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben gewährleistet und dabei – last, but not least –
- insbesondere auch europatauglich ausgestaltet ist, also mindestens den EU-rechtlichen Vorgaben Rechnung trägt.

Kernelemente eines an diesen Zielsetzungen orientierten Steuerkonzepts sind von den Regierungsparteien im Koalitionsvertrag selbst und zudem in den sog. Nebenabreden vereinbart worden, die überwiegend auch Hinweise für die zeitliche Umsetzung der vorgesehenen Regelungen enthalten.



2 Erste Phase der Umsetzung der steuerpolitischen Agenda der Bundesregierung bis Jahresende 2005

Bereits am 31. Dezember 2005 bzw. 1. Januar 2006 wurden drei Steuergesetze mit einer ganzen Reihe steuerlicher Maßnahmen in Kraft gesetzt, die der Stabilisierung der Steuerbasis dienen.

2.1 Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 22. Dezember 2005

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode sind mehrere parlamentarische Anläufe unternommen worden, die Eigenheimzulage, die die steuerliche Einzelsubvention mit dem höchsten Volumen im Bundeshaushalt darstellt, abzuschaffen. Die Eigenheimzulage hat sich mittlerweile endgültig überlebt, weil ihr Ziel, den Wohnungsbau in Deutschland nach dem Krieg zu fördern, längst erreicht ist. Die Wohnraumversorgung ist inzwischen so gut wie nie zuvor. Obwohl in der Öffentlichkeit durchaus umstritten, war diese Maßnahme nach Auffassung vieler Experten deshalb längst überfällig. Die mit der Abschaffung verbundenen Steuermehreinnahmen – fast 6 Mrd. € bei voller Jahreswirkung – sind zur Haushaltskonsolidierung außerdem unverzichtbar. Der Wegfall der Eigenheimzulage betrifft im Übrigen nur sog. „Neufälle“; in laufende Förderungen wurde also nicht eingegriffen.

2.2 Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22. Dezember 2005

Im Interesse der Steuergerechtigkeit und zur Stabilisierung der Einnahmenbasis war es geboten, die Attraktivität so genannter Steuerstundungsmodelle wirksam einzuschränken. Betroffen sind davon vor allem Medienfonds, „New Energy Fonds“ etc., die konzeptionell darauf abzielen, den Anlegern hohe Verluste zuzuweisen, die über die Verrechnung mit anderen Einkünften zu einer Minderung der Steuerlast führen. Mit dem Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen wurde dieser Steuervorteil effektiv beseitigt: Verluste können nur noch mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden. Bereits für das Jahr 2006 ist als Folge dieser Regelung mit Steuermehreinnahmen in Höhe von immerhin 550 Mio. € für Bund, Länder und Gemeinden zu rechnen.

2.3 Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 22. Dezember 2005

Das Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm enthält ebenfalls vor allem Maßnahmen, die der Verbreiterung bzw. Stabilisierung der Steuerbasis dienen. Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes sind mit mehr als 1,2 Mrd. € bei voller Jahreswirkung zu beziffern. Zu erwähnen sind insbesondere folgende Regelungen:

Abschaffung der begrenzten Steuerbefreiung für Abfindungen (§ 3 Nr. 9 EStG) sowie für Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen (§ 3 Nr. 10 EStG)

Abfindungen, die wegen einer vom Arbeitgeber veranlassten oder gerichtlich ausgesprochenen Auflösung des Dienstverhältnisses gezahlt wurden, waren bislang bis zu mindestens 7 200 € und

Übergangsgelder bzw. Übergangsbeihilfen aus öffentlichen Kassen bis maximal 10 800 € steuerfrei. Diese Steuervergünstigungen wurden im Interesse eines notwendigen Abbaus von Steuersubventionen gestrichen. Unzumutbare Härten entstehen dadurch nicht, insbesondere weil aus sozialen Gründen vor dem 1. Januar 2008 gezahlte Abfindungen und Übergangsgelder steuerfrei bleiben, wenn sie vor dem 1. Januar 2006 vereinbart oder gerichtlich festgestellt worden sind. Für Zeitsoldaten gilt sogar eine besondere Übergangsregelung mit dem Stichtag 1. Januar 2009.

Beseitigung der Möglichkeit, Mietwohngebäude degressiv abzuschreiben, für Neufälle (§ 7 Abs. 5 EStG)

Bei Gebäuden, die Wohnzwecken dienen, konnten die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bisher degressiv, d. h. mit einem im Laufe der Jahre fallenden Prozentsatz, abgeschrieben werden. Die Steuerersparnis im Falle einer degressiven Abschreibung war daher in den Anfangsjahren relativ höher als in den Folgejahren. Mit der Neuregelung wird für Neuinvestitionen auf die lineare Abschreibung mit einer im Zeitverlauf gleich bleibenden Abschreibungsrate von 2 % über 50 Jahre umgestellt. Damit wird – anders als bei der bisherigen Regelung – der tatsächliche Wertverschleiß widerspiegelt. Die beseitigte Abschreibungsvergünstigung war als Steuersubvention nicht länger zu rechtfertigen, weil die Wohnraumversorgung in Deutschland – wie oben bereits ausgeführt – inzwischen über dem eigentlichen Bedarf liegt.

Bestehende Investitionen genießen allerdings Bestandsschutz, d. h. Abschreibungsreihen werden fortgeführt.

Abschaffung des Sonderausgabenabzugs von Steuerberatkungskosten (§ 10 Abs. 1 EStG)

Bisher konnten private Steuerberatkungskosten in vollem Umfang als Sonderausgaben geltend gemacht werden, um die Steuerlast zu mindern. Dieser Sonderausgabenabzug wurde im Interesse einer Verbreiterung der Steuerbasis ersatzlos gestrichen. Die Geltendmachung von betrieblich

veranlassten Steuerberatungskosten (z.B. laufende Buchführungsarbeiten durch ein Steuerbüro) oder von Steuerberatungskosten, die im Zusammenhang mit der Erzielung von Einkünften anfallen, ist allerdings nach wie vor möglich.

Diese Neuregelung war insbesondere in Kreisen der steuerberatenden Berufe heftig umstritten. Es wurde vor allem darauf verwiesen, dass die nunmehr relevante Abgrenzung zu den Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben gerade auch bei den Finanzämtern zu erhöhtem Beratungsaufwand führen würde. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Streichung des Sonderausgabenabzugs von Steuerberatungskosten sich vor allem im Bereich der Arbeitnehmer auswirken wird, also vielfach bei einfach gelagerten Steuerfällen mit – wenn überhaupt – eher geringem Beratungsbedarf.

3 Zweite Phase der Umsetzung der steuerpolitischen Agenda der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2006

Anfang Mai dieses Jahres wurden mit dem Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen und dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung zwei weitere Steuergesetze im Bundesgesetzblatt verkündet, die die Abreden des Koalitionsvertrags umsetzen und grundsätzlich ab 1. Januar 2006 greifen, teilweise aber auch erst während des Jahres in Kraft treten.

3.1 Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28. April 2006

Das Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen soll vor allem dem Gestaltungsmissbrauch und der nicht gerechtfertigten Ausnutzung von Gesetzeslücken im Steuerrecht entgegenwirken. Zu erwartende Steuermehreinnahmen in Höhe von mehr als 800 Mio. € bei voller Jahreswirkung sollen zudem einen Beitrag zu einer weiteren Stabilisierung der Steuerbasis leisten. Das Gesetz umfasst u.a. folgende Maßnahmen:

Anpassung der Gewinnermittlung: Abzug der Anschaffungskosten für Wertpapiere und Grundstücke sowie Gebäude des Umlaufvermögens erst im Zeitpunkt der Veräußerung (§ 4 Abs. 3 EStG)

Wertpapiere und Immobilien gehören bei der Einnahme-/Überschussrechnung (Gewinnermittlung durch Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben) regelmäßig zu den nicht abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, für die ein sofortiger, den Gewinn mindernder Abzug von der Steuerschuld ausgeschlossen ist. Dies hat zur Folge, dass sich die entsprechenden Anschaffungs- und Herstellungskosten erst im

Falle der Veräußerung dieser Wirtschaftsgüter – bei der Ermittlung eines Veräußerungsgewinns oder Veräußerungsverlusts – steuerlich auswirken. Dagegen sind Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens, also regelmäßig zum Weiterverkauf oder zur Weiterverarbeitung eingekaufte Waren, sofort abziehbare und somit den Gewinn unmittelbar im laufenden Veranlagungsjahr mindernde Betriebsausgaben. Bei typischen Handelswaren oder Verbrauchsmaterialien, die z.B. für Handwerksbetriebe erworben werden, ist dies systemkonform und steuerlich unproblematisch. In bestimmten Branchen werden aber auch Wertpapiere und Immobilien dem Umlaufvermögen zugeordnet und „bei Einkauf“ sofort steuerwirksam geltend gemacht. Da außerdem bei der späteren Veräußerung in der Regel umgehend neue Zukäufe getätigt werden, wird ein – einmaliger – Steuerstundungseffekt erzeugt, der damit die bisherige Regelung für Steuergestaltungen attraktiv machte. Mit der Neuregelung sollen deshalb die genannten Wirtschaftsgüter steuerlich generell wie nicht abnutzbares Anlagevermögen behandelt und ihre Anschaffungs- oder Herstellungskosten erst im Zeitpunkt der Veräußerung berücksichtigt werden, womit diesem Steuergestaltungsmodell wirksam begegnet werden kann.



Bewertung von Wirtschaftsgütern: Beschränkung der Anwendung der sog. 1%-Regelung auf Fahrzeuge des notwendigen Betriebsvermögens (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG)

Nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG ist die private Nutzung eines Kraftfahrzeugs im Betriebsvermögen für jeden Kalendermonat mit pauschal 1 % des inländischen Listenpreises im Zeitpunkt der Erstzulassung (zuzüglich der Kosten für Sonderausstattungen einschließlich Umsatzsteuer) anzusetzen. Nur die danach als ganz überwie-

gend betrieblich unterstellte „Rest“-Nutzung kann steuermindernd geltend gemacht werden. Gehört ein Fahrzeug zum sog. gewillkürten Betriebsvermögen, d.h. wird es lediglich zu 10 % bis 50 % betrieblich genutzt, hat diese pauschale Regelung zu Mitnahmeeffekten geführt. Diese treten regelmäßig dann auf, wenn der Anteil der tatsächlichen betrieblichen Nutzung relativ gering und der Anteil der privaten Nutzung entsprechend hoch ist. Mit der Änderung des § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG wird die Anwendung der 1%-Regelung auf Fahrzeuge des notwendigen Betriebsvermögens beschränkt, die per definitionem zu über 50 % betrieblich genutzt werden. Die Neuregelung reduziert somit die Möglichkeiten nicht gerechtfertigter Steuergestaltungen.

Für Arbeitnehmer ändert sich hingegen nichts, denn die Besteuerung des geldwerten Vorteils (§ 8 Abs. 2 Satz 2 EStG) bleibt von der Regelung unberührt. Überlässt der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer einen Dienstwagen, so handelt es sich bei diesem Kraftfahrzeug um notwendiges Betriebsvermögen des Arbeitgebers.

Auch diese Maßnahme wurde in der interessierten Öffentlichkeit teilweise durchaus kritisch aufgenommen. Es wurde u.a. der Vorwurf erhoben, die Neuregelung zwingt zum Führen eines Fahrtenbuchs und hätte damit einen unverhältnismäßigen Mehraufwand für Steuerpflichtige und Verwaltung zur Folge. Tatsächlich hat aber eine Untersuchung einer Bund/Länder-Arbeitsgruppe ergeben, dass weder das Führen eines Fahrtenbuchs zwingend erforderlich sei, um die Zugehörigkeit zum notwendigen Betriebsvermögen darzulegen, noch ein signifikanter Mehraufwand für die Beteiligten zu erwarten sei.

Eröffnung einer Ahndungsmöglichkeit bei rechts- missbräuchlicher Weitergabe von Tankbelegen an Dritte (§ 379 AO)

Es wurde zunehmend die Praxis beobachtet, dass Tankbelege an Dritte veräußert werden, die diese dann zu Unrecht steuermindernd als Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten geltend machen. Durch Ergänzung des § 379 AO soll den Finanzbehörden die Möglichkeit eröffnet werden, die gezielte entgeltliche Weitergabe von

Belegen als Steuerordnungswidrigkeit zu verfolgen, um damit die Hemmschwelle für Geschäfte, die unmittelbar zum Steuerbetrug führen, zu erhöhen.

3.2 Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006

Im Rahmen der finanz- und steuerpolitischen „Doppelstrategie“ der Bundesregierung, sowohl die Staatsfinanzen nachhaltig zu sanieren als auch zur Stärkung der Wachstumskräfte in konjunkturschwachen Zeiten Investitionstätigkeit gezielt anzuregen, betont das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung die letztgenannte Komponente. Es ergänzt somit die bisher unternommenen und noch folgenden Konsolidierungsschritte um spezifisch wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die zu einer spürbaren Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung führen sollen.

Die bedeutsamsten Regelungen des Gesetzes seien im Folgenden kurz beschrieben:



Berücksichtigung erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten (§ 4f EStG [neu], § 9 Abs. 5 EStG, § 9a EStG, § 10 Abs. 1 Nr. 5 und Nr. 8 EStG, § 12 EStG, § 33c Abs. 1 EStG)

Bisher konnten erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten nach § 33c EStG für ein Kind, das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder das wegen einer vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetretenen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, bis zu einem Höchstbetrag von 1500 €/750 € (zusammenlebende/nicht zusammenlebende Eltern) als außergewöhnliche Belastung vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Bei zusammenlebenden Eltern war Voraussetzung, dass beide

Elternteile erwerbstätig sind. Abzuziehen waren jedoch nur Kosten, die 1548 €/774 € (zusammenlebende/nicht zusammenlebende Eltern) übersteigen. Damit sollte eine doppelte Berücksichtigung der Betreuungskosten vermieden werden, da der Betreuungsbedarf eines Kindes gemäß § 32 Abs. 6 EStG schon im Rahmen des Familienleistungsausgleichs ohne Nachweis von Aufwendungen steuerfrei gestellt wird.

Die Neuregelung sieht vor, dass für alle Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet, das sechste Lebensjahr aber noch nicht vollendet haben, Kinderbetreuungskosten in Höhe von zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4000 €, je Kind als Sonderausgaben geltend gemacht werden können (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG).

Für Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und für behinderte Kinder können erwerbsbedingte Aufwendungen für Kinderbetreuung in Höhe von zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4000 € je Kind, wie Betriebsausgaben/Werbungskosten geltend gemacht werden (§ 4f – neu – EStG und § 9 Abs. 5 EStG). Die Voraussetzung ist erfüllt, wenn ein allein erziehender Elternteil oder beide Elternteile erwerbstätig sind. Entsprechende Abzugsmöglichkeiten können aber auch in Konstellationen beansprucht werden, in denen ein Elternteil erwerbstätig und der andere Elternteil entweder dauerhaft krank oder behindert ist oder sich in Ausbildung befindet (gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG als Sonderausgabenabzug, da es sich dann um „gemischte Aufwendungen“ handelt). Erwerbstätig ist ein Elternteil, wenn er einer auf die Erzielung von Einkünften gerichteten Beschäftigung nachgeht. Aufwendungen für Unterricht oder Freizeitbetätigungen können wie bisher nicht angesetzt werden. Die erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten können bei nichtselbstständiger Tätigkeit neben dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag abgezogen werden (§ 9a EStG).

Die Neuregelung ist das Ergebnis der „Genshager Klausurtagung“ der Koalitionsparteien, in deren Rahmen Ende Januar 2006 die Inhalte des Wachstumspakets verbindlich festgelegt worden waren. Der ursprüngliche Regierungsentwurf des Gesetzes sah demgegenüber – entsprechend dem Koalitionsvertrag – eine gezielte Verbesserung der steuerlichen Geltendma-

chung nur der erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten vor, um vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wie sich in der anschließenden Diskussion erwies, war ein solches Modell jedoch nicht bei allen Regierungsparteien konsensfähig. Als Kompromiss ist daher die zusätzliche steuerliche Förderung von Familien teilweise auch auf nicht erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten ausgedehnt worden.

Befristete Erhöhung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (§ 7 Abs. 2 EStG)

Bereits nach bisher geltendem Recht konnten bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in fallenden Jahresbeträgen nach einem unveränderbaren Hundertsatz vom jeweiligen Buchwert (Restwert) abgeschrieben werden (degressive AfA). Der anzuwendende Hundertsatz durfte dabei höchstens das Doppelte des in Betracht kommenden Hundertsatzes bei einer Abschreibung in gleichen Jahresbeträgen (lineare AfA) betragen und 20 % nicht übersteigen. Die degressive AfA führt damit zu einer relativ höheren Steuerlastminderung in den Anfangsjahren nach der Anschaffung bzw. Herstellung des Wirtschaftsgutes und fördert so Investitionen.

Um kurzfristig noch stärkere Investitionsanreize zu schaffen und das Wachstum auf diese Weise zu beschleunigen, ist der anzuwendende Hundertsatz bei der degressiven AfA auf höchstens das Dreifache des Hundertsatzes der linearen AfA und maximal 30 % angehoben worden.

Diese Anhebung ist im Hinblick auf die gemäß Koalitionsvertrag für 2008 geplante Unternehmensteuerreform bis Ende 2007 befristet.

Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und zusätzliche Förderung privater Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen (§ 35a Abs. 2 EStG)

Bisher konnten von der tariflichen Einkommensteuer gemäß § 35a Abs. 2 Satz 1 20 % der Aufwendungen für sog. haushaltsnahe Dienst-

leistungen, jedoch höchstens 600 € abgezogen werden. Die haushaltsnahen Dienstleistungen müssen zudem im inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen erbracht werden. Zu den haushaltsnahen Dienstleistungen gehören alle Tätigkeiten, die auch Gegenstand eines haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnisses sein können und die gewöhnlich durch Mitglieder des privaten Haushalts erledigt werden und in regelmäßigen (kürzeren) Abständen anfallen, wie z.B. Wohnungsreinigung, Pflege von Angehörigen, Gartenpflege, Schönheitsreparaturen, kleine Ausbesserungsarbeiten.

Pflege- und Betreuungsleistungen

Mit der Neuregelung wird der bisherige Anwendungsbereich der Vorschrift auf die Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen für Personen, bei denen ein Schweregrad der Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 SGB XI besteht oder die Leistungen der Pflegeversicherung beziehen, ausgeweitet; in diesem Fall verdoppelt sich der Höchstbetrag auf 1200 €.

Die Steuerermäßigung steht auch den Angehörigen von Personen mit Pflege- oder Betreuungsbedarf zu, wenn sie für Pflege- oder Betreuungsleistungen aufkommen, die im inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen oder im Haushalt der gepflegten oder betreuten Person durchgeführt werden. Damit wird das Engagement von Angehörigen anerkannt, die durch die Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen dafür sorgen, dass gepflegte oder betreute Personen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Handwerkliche Tätigkeiten zu Erhaltungs- und Modernisierungszwecken

Nach bisher geltendem Recht konnten zudem handwerkliche Tätigkeiten, die Erhaltungs- und Modernisierungszwecken dienen und im Regelfall nur von Fachkräften durchgeführt werden, nicht nach § 35a Abs. 2 EStG abgesetzt werden. Jetzt wird die Steuerermäßigung, die sowohl von Mietern als auch von Eigentümern in Anspruch genommen werden kann, auch auf diese Tätigkeiten ausgedehnt. Bei allen Aufwendungen darf es sich allerdings – wie bisher – nicht um Betriebsausgaben, Werbungskosten oder solche für eine geringfügige Beschäftigung

handeln und sie dürfen nicht als Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastung berücksichtigt worden sein.

Im Übrigen gilt sowohl für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen als auch für haushaltsnahe Dienstleistungen, dass nur Arbeitskosten, aber keine Materialkosten als Aufwendungen anerkannt werden. Dabei ist die kumulative Inanspruchnahme der Regelungen beider Bereiche – haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen – für unterschiedliche Leistungen möglich, so dass insgesamt bis zu 1800 € von der Steuerschuld abgezogen werden können.

Mit diesen Neuregelungen soll – ebenso wie mit der dargestellten Verbesserung der Abzugsmöglichkeiten für Kinderbetreuungskosten – im Interesse von mehr Wachstum und Beschäftigung die Attraktivität des Privathaushalts als Feld für sozialversicherungspflichtige (neue) Beschäftigungsmöglichkeiten durch eine verstärkte steuerliche Förderung gesteigert werden.

Verdoppelung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung in den alten Bundesländern (§ 20 Abs. 1 UStG)

Grundsätzlich entsteht die Umsatzsteuer mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums, in dem die Leistung erbracht wird (sog. Soll-Versteuerung). Abweichend hiervon kann das Finanzamt gewerblichen Unternehmern, die im vorangegangenen Kalenderjahr eine bestimmte Umsatzgrenze nicht überschritten haben, die Berechnung der Steuer nach vereinnahmten Entgelten (sog. Ist-Versteuerung) gestatten. Diese Steuerpflichtigen müssen die Umsatzsteuer erst nach Bezahlung durch den Kunden an das Finanzamt abführen und mindern damit ihr finanzielles Risiko z.B. im Falle der Insolvenz des Leistungsempfängers. Da die Möglichkeit des sofortigen Vorsteuerabzugs – bei zeitlich späterer Entstehung der Umsatzsteuer – von dieser Regelung unberührt ist, verschafft die Ist-Versteuerung den Unternehmen Liquiditätsvorteile, die wiederum u.a. für Investitionen genutzt werden können.

Bisher galt in den alten Bundesländern eine Umsatzgrenze von 125 000 €. Zur Förderung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft

wurde diese Grenze zum 1. Juli 2006 auf 250 000 € verdoppelt.

Verlängerung der Sonderregelung zur Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung in den neuen Bundesländern (§ 20 Abs. 2 UStG)

In den neuen Bundesländern findet eine Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung von 500 000 € Anwendung, die bis zum 31. Dezember 2006 befristet war. Die im Vergleich mit den alten Bundesländern erhöhte Umsatzgrenze für die Ist-Versteuerung rechtfertigt sich aus der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen im Osten Deutschlands. Da abzusehen war, dass diese Sonderregelung für die neuen Bundesländer auch über das laufende Jahr hinaus nicht entbehrlich sein wird und gerade der „Aufbau Ost“ für die Bundesregierung höchste Priorität genießt, wird die Regelung bis Ende 2009 beibehalten. Dabei stellt die zeitliche Befristung sicher, dass die Notwendigkeit der Sonderregelung zeitnah überprüft werden kann.



4 Ausblick

Das steuerpolitische Programm, das der Koalitionsvertrag einschließlich der Nebenabreden vorgibt, wird planmäßig abgearbeitet. Weitere Gesetze sind bereits in Vorbereitung. Dazu zählen der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 mit den bekannten Elementen Erhöhung der Umsatz- und Versicherungsteuer um jeweils drei Prozentpunkte zum 1. Januar 2007 sowie der Entwurf des Steueränderungsgesetzes 2007, der u. a. die Beschränkung der Entfernungspauschale und die sog. Reichensteuer enthält. Auch die Vorarbeiten der laut Koalitionsvertrag zum 1. Januar 2008 geplanten Unternehmensteuerreform haben schon vor geraumer Zeit begonnen. Hier geht es vorrangig darum, den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs um Steuerstandorte besser gerecht zu werden und damit auch die Steuerbasis im Inland nachhaltig zu stabilisieren. Reformkonzeptionen aus der Wissenschaft liegen bereits vor. Die Entscheidungsfindung wird unter Leitung des Bundesministeriums der Finanzen unter Einbeziehung externer Fachleute aus Ländern, Kommunen und Wissenschaft vorbereitet.

Außerdem stehen Änderungen bei der Erbschaftsteuer auf der Agenda kurzfristig umzusetzender Maßnahmen. Die Koalitionsverein-

barung sieht vor, die Erbschaftsteuer spätestens zum 1. Januar 2007 unter Berücksichtigung des zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu reformieren. Um die Unternehmensnachfolge im Generationenwechsel zu erleichtern, soll über einen Zeitraum von zehn Jahren für jedes Jahr der Unternehmensfortführung die auf den Erwerb unternehmerischen Vermögens entfallende Erbschaftsteuerschuld reduziert werden und ganz entfallen, wenn der Erwerber das Unternehmen zehn Jahre nach Übergabe fortführt. Parallel sollen zum 1. Januar 2007 notwendige Änderungen des Bewertungsgesetzes im Bereich der Bedarfsbewertung des Grundvermögens umgesetzt werden. Das Gesetzgebungsverfahren wird derzeit auf Fachebene vorbereitet.

Etwas abseits dieser im politischen Fokus stehenden Gesetzgebungsprojekte werden derzeit weitere, teilweise eher technisch ausgeprägte, aber deshalb nicht weniger bedeutsame steuerpolitische Gesetzgebungsvorhaben vorangebracht. Dazu zählt z. B. der Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG). Noch in diesem Jahr sollen damit die nationalen steuerlichen Vorschriften zur Umstrukturierung von Unternehmen modernisiert und an die Vorgaben des europäischen Rechts – u. a. zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung der Fusionsrichtlinie – angepasst werden. Die erhöhte Flexibilität trägt zur Steigerung der Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland bei; gleichzeitig werden deutsche Besteuerungsrechte konsequent gesichert.



Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte

Finanzentwicklung bis 2005: Sinkende Einnahmequote und restriktive Ausgabenlinie

Die öffentlichen Haushalte haben seit dem Jahr 2003 erhebliche Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite erzielt. Infolge eines im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich unterproportionalen Wachstums der Staatsausgaben ist die Staatsquote von 48,4 % im Jahr 2003 auf nun 46,7 % des BIP gesunken. Die ausgabenseitigen Konsolidierungserfolge wurden vor allem beim Staatskonsum erreicht (insbesondere Personal- und Sachaufwand, vgl. Abbildung 1). Allerdings wurden auch die staatlichen Investitionen deutlich reduziert, sie sind seit dem Jahr 2001 jährlich um rd. 5 ½ % zurückgegangen. Die Zinsausgaben konnten infolge des niedrigen Zinsniveaus zum geringen Anstieg der Staatsausgaben beitragen. Demgegenüber war die Entwicklung der sozialen Transfers deutlich ungünstiger. Die geldlichen Sozialleistungen sind in der Vergangenheit im Vergleich zu den übrigen Ausgaben deutlich überproportional

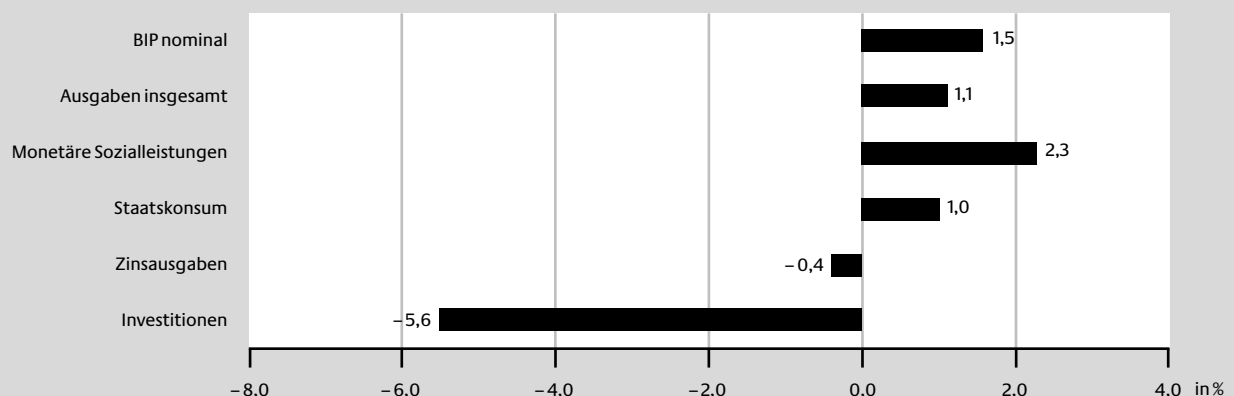
gestiegen. Seit dem Jahr 2001 haben sie jahresdurchschnittlich um +2,3 % zugenommen.

Die Konsolidierungswirkung dieser restriktiven Ausgabenlinie wurde allerdings zum Teil ausgeglichen durch ein Absinken der Einnahmequote im gleichen Zeitraum um einen Prozentpunkt des BIP. Wären die Staatseinnahmen auf dem Niveau des Jahres 2003 stabil geblieben, hätte das „übermäßige Defizit“ bereits 2004 beendet werden können, die Defizitquote läge heute bei –2 ½ % des BIP.

Perspektive 2006 bis 2009: Fortsetzung der ausgabenseitigen Konsolidierung bei gleichzeitiger Stabilisierung der Einnahmequote

Vor dem Hintergrund der zurückgehenden Einnahmequote hätte für den Staatshaushalt bis zum Jahr 2007 keine Perspektive bestanden, allein durch Fortsetzung der ausgabenseitigen Konsolidierungspolitik die bestehenden Begrenzungen bei der staatlichen Kreditaufnahme (Art. 115 GG, 3%-Grenze beim Maastricht-Defizit) einzuhalten.

Abbildung 1: Jahresdurchschnittliche Veränderung einzelner Ausgabenarten des Staates 2001 bis 2005 in %



Erst die von der Koalition beschlossenen und teilweise bereits umgesetzten Maßnahmen führen – zusätzlich zur Fortführung der restriktiven Ausgabenpolitik – ab dem Jahr 2007 zu einer deutlichen Verringerung der staatlichen Defizitquote. Entgegen zum Teil vertretenen Auffassungen wird die Absenkung des Staatsdefizits 2007 auf $-2\frac{1}{2}\%$ des BIP aber letztlich nicht durch einen Anstieg der staatlichen Einnahmequote, sondern durch eine ausgabenseitige Konsolidierung erreicht. Durch die Steuererhöhungen wird lediglich ein weiteres Absinken der gesamtstaatlichen Einnahmequote verhindert (vgl. Abbildung 2).

Anhebung der Umsatzsteuer stabilisiert die staatlichen Einnahmen

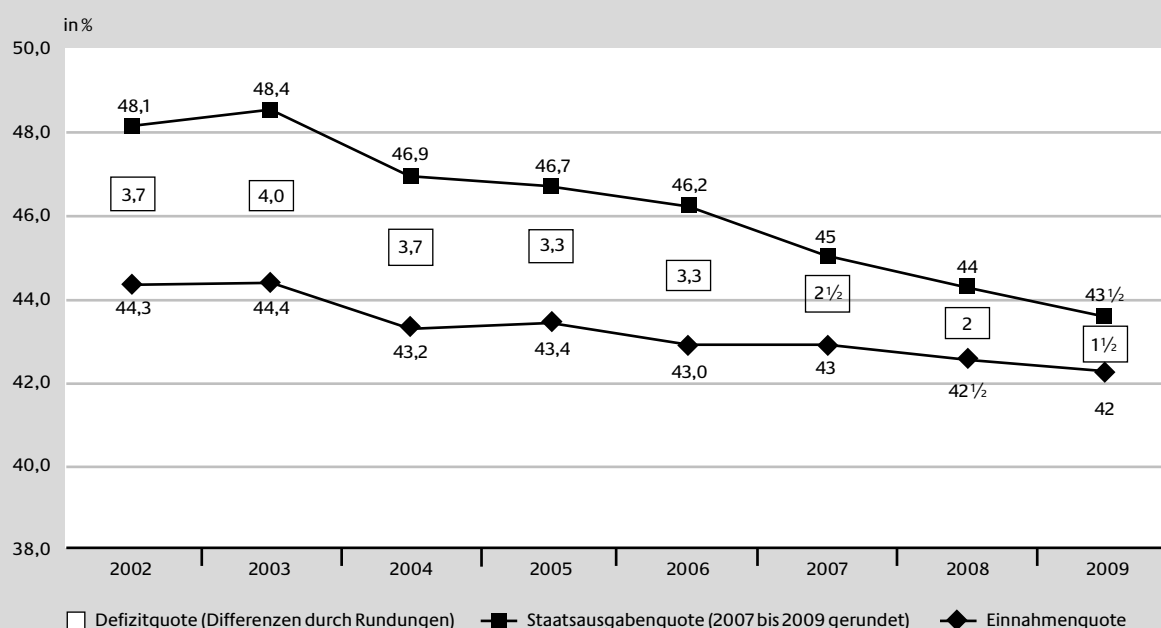
Ursache für die trotz steigender Steuereinnahmen weitgehend konstant bleibende Einnahmequote ist, dass die Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften beinahe vollständig durch Mindereinnahmen der Sozialversicherungen ausgeglichen werden. Dabei wirkt sich nicht allein die geplante Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um zwei

Prozentpunkte aus, sondern auch der – im Vergleich zum BIP – unterproportionale Zuwachs der Sozialbeiträge aufgrund eines nur langsamen Anstieges der Bruttolohnsumme. Die Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge in % des BIP) wird in der Folge im Jahr 2007 gegenüber dem Jahr 2006 nicht steigen, sondern auf dem Niveau von rd. $39\frac{1}{2}\%$ des BIP verbleiben. Durch das gleichzeitige Absinken sonstiger Einnahmen könnte der Anteil der gesamten staatlichen Einnahmen am BIP (rd. 43 % des BIP) sogar leicht sinken (vgl. Abbildung 2).

Ohne die eingeleiteten Maßnahmen der Regierungskoalition würde die Einnahmequote bis zum Jahr 2007 deutlich zurückgehen, der staatliche Finanzierungssaldo (Maastricht-Defizit) im Jahr 2007 läge bei rd. $-3\frac{1}{4}\%$ des BIP.

Vor dem Hintergrund der lediglich stabilisierten Einnahmequote können die Konsolidierungsziele 2007 in der aktuellen Projektion (d.h. bei gegebenen Einnahmen) trotz steigender Steuereinnahmen nur erreicht werden, wenn die geplante weitere Absenkung der Staatsquote auf 45 % im Jahr 2007 realisiert werden kann. Hierfür dürfen die Staatsausgaben in

Abbildung 2: Ausgaben, Einnahmen und Defizit des Staates 2002 bis 2009 in % des BIP



den Jahren 2006 und 2007 um nicht mehr als $\frac{1}{2}\%$ p.a. zunehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es vor allem notwendig, die im deutschen Stabilitätsprogramm enthaltene Absenkung der Sozialleistungsquote von derzeit $26\frac{1}{2}\%$ auf $25\frac{1}{2}\%$ des BIP umzusetzen. Dieses wird insbesondere durch Einsparungen bei den arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben realisiert. Darüber hinaus spielt eine wichtige Rolle, ob es gelingen wird, im Wege der Gesundheitsreform die strukturelle Situation der Gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu verbessern.

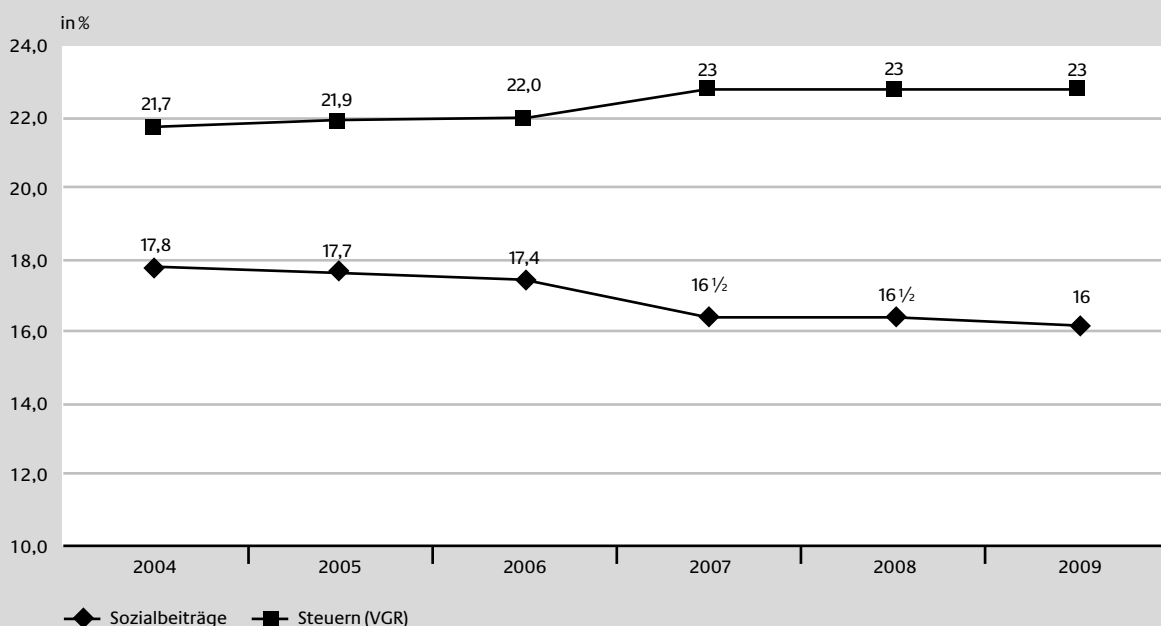
Mittelfristig wird das unterdurchschnittliche Wachstum der Beitragseinnahmen der Sozialversicherung jedoch zu einem weiteren Absinken der Sozialbeitragsquote und damit zu einem Rückgang der gesamtstaatlichen Einnahmequote führen. Bereits im Jahr 2009 könnte die stabilisierende Wirkung der Steuererhöhung des Jahres 2007 durch die weiter absinkende Sozialbeitragsquote aufgezehrt sein (vgl. Abbildungen 2 und 3).

Weitere Konsolidierung notwendig, um tragfähige Staatsfinanzen zu erreichen

Neben der kurzfristig anzustrebenden Wiedereinhaltung der Maastricht-Kriterien und der Vorgaben des Art. 115 GG kommt es bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte darauf an, eine dauerhaft tragfähige Haushaltsposition zu erreichen.

Hier zeigt ein Blick auf den Bundeshaushalt, dass die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Kreditgrenze nicht gleichzeitig zu einer tragfähigen Haushaltsposition führt. Ursache hierfür ist eine strukturelle Unterdeckung des Bundeshaushalts, die sich in dem hohen Defizit der laufenden Rechnung zeigt. Die laufenden Einnahmen des Bundes (= Einnahmen ohne Privatisierungserlöse, sonstige Vermögensverkäufe und Darlehensrückzahlungen) reichen nicht aus, um die laufenden Ausgaben im Sinne des „laufenden Betriebs“ (Personal, Sachaufwand, Zinsen, laufende Zuschüsse an Unternehmen, Sozialausgaben) zu finanzieren. Der Bund musste hierzu in der Vergangenheit in erheblichem

Abbildung 3: Steuereinnahmen und Sozialbeiträge 2004 bis 2009
in % des BIP



Umfang auf Einnahmen aus Vermögensveräußerungen zurückgreifen. Die Finanzsituation des Bundes stellt sich in der Folge auch im innerstaatlichen Vergleich besonders ungünstig dar. Der Bund muss derzeit über 70 % des gesamtstaatlichen Defizits tragen. Erst die Maßnahmen der Regierungskoalition bewirken in der aktuellen Finanzplanung einen allmählichen Abbau der strukturellen Unterdeckung des Bundeshaushalts.

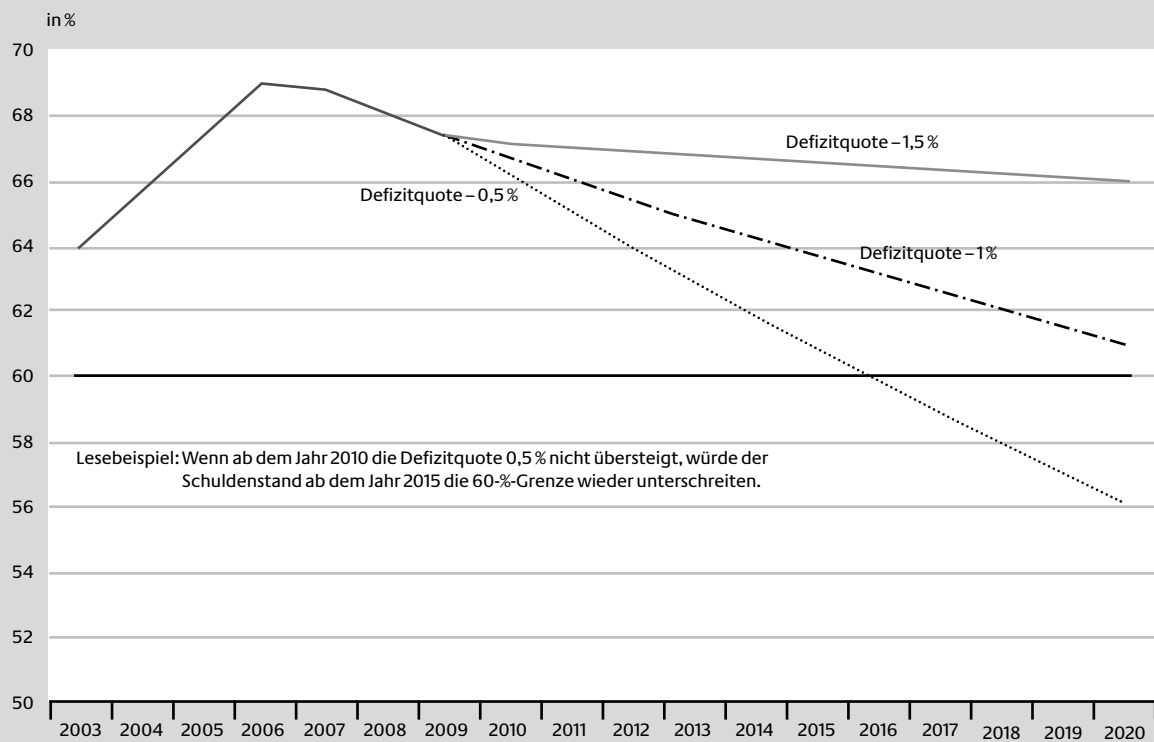
Schuldenstandstabilisierende Defizitquote derzeit bei 1 ½ % des BIP

Neben dem Abbau der strukturellen Unterdeckung des Bundeshaushalts ist die Stabilisierung des gesamtstaatlichen Schuldenstandes eine wesentliche Voraussetzung für einen tragfähigen Staatshaushalt. Die sog. schuldenstandstabilisierende Defizitquote gibt Auskunft darüber, wie hoch das Staatsdefizit maximal sein darf, um die Schuldenquote (Schulden in % des BIP) nicht weiter ansteigen zu lassen. Unter der Annahme eines langfristigen Zuwachses des nominalen BIP von + 2 ½ % pro Jahr liegt diese schuldenstandstabilisierende Defizitquote bei gut – 1 ½ % des BIP (vgl. Abbildung 4, S. 67). Nach

der derzeitigen Projektion wird diese tragfähige Haushaltsposition nicht vor dem Jahr 2009 erreicht.

Aufgrund der Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte durch die alternde Gesellschaft, ist jedoch davon auszugehen, dass eine tragfähige Haushaltsposition eine noch ambitioniertere Konsolidierung verlangt. Entsprechende Anforderungen sind im Europäischen Stabilitätspakt verankert. Danach reicht es nicht aus, die Schuldenquote allein auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren. Der Schuldenstand sollte sich zumindest hinreichend rasch wieder an den Referenzwert von 60 % des BIP annähern. Um z. B. bis zum Jahr 2020 wieder einen Schuldenstand von 60 % des BIP zu erreichen, dürfte die Defizitquote ab dem Jahr 2010 in jedem Jahr nicht höher als – 1 % des BIP sein (vgl. Abbildung 4, S. 67). Um die Schuldenquote substanziell zu senken, wäre ein dauerhaft nahezu ausgeglichener Staatshaushalt erforderlich. Die aktuelle Perspektive, ab dem Jahr 2007 sowohl die verfassungsrechtliche Kreditgrenze als auch die Defizitobergrenze des Maastricht-Vertrages einhalten zu können, ist damit kein Entspannungssignal für die Haushaltskonsolidierung.

Abbildung 4: Szenario für einen tragfähigen Staatshaushalt: Entwicklung des Schuldenstandes¹ in % des BIP in Abhängigkeit von der Defizitquote – Annahme im Szenario: nominaler BIP-Zuwachs von 2 ½ % p.a.



Lesebeispiel: Wenn ab dem Jahr 2010 die Defizitquote 0,5 % nicht übersteigt, würde der Schuldenstand ab dem Jahr 2015 die 60 %-Grenze wieder unterschreiten.

¹ Schuldenstand 2009 wie Stabilitätsprogramm Februar 2006, ab 2010 entsprechend Szenario.



Die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich: Ergebnisse einer aktuellen Studie der OECD

1	Fragestellung	69
2	Erläuterungen zur Methodik	69
3	Ergebnisse für das Jahr 2005	70
4	Entwicklungen im Zeitablauf	72
5	Fazit	73

1 Fragestellung

Neben der Frage nach der Steuerbelastung von Unternehmen im internationalen Vergleich steht häufig die Steuerbelastung von Arbeitnehmern im Mittelpunkt des steuerpolitischen Interesses. Die OECD veröffentlicht hierzu jährlich unter dem Titel „Taxing Wages“ eine Vergleichsstudie, in der die Steuer- und Abgabenbelastung typischer Arbeitnehmerhaushalte analysiert wird. Die erforderlichen Basisdaten und Berechnungen werden von den Finanzministerien der OECD-Staaten zugeliefert. Insgesamt 30 Staaten beteiligen sich an der Studie. Die kürzlich erschienene aktuelle Ausgabe¹ enthält Belastungsvergleiche für das Jahr 2005 und ein Sonderkapitel über die Besteuerung von Teilzeitbeschäftigten.

2 Erläuterungen zur Methodik

In der Studie „Taxing Wages“ werden insgesamt acht Haushaltstypen mit unterschiedlicher Zusammensetzung und unterschiedlich hohem Arbeitseinkommen betrachtet. Im Einzelnen handelt es sich dabei um

- Ledige ohne Kinder mit einem Arbeitseinkommen in Höhe von 67 %, 100 % und 167 % des Durchschnittsverdienstes,
- Alleinerziehende mit zwei Kindern und 67 % des Durchschnittsverdienstes,
- Ehepaare mit zwei Kindern und unterschiedlichem Arbeitseinkommen der Ehegatten (100 %/0 %; 100 %/33 %; 100 %/67 %; jeweils bezogen auf den Durchschnittsverdienst),
- Ehepaare ohne Kinder mit 100 %/33 % des Durchschnittsverdienstes.

Durch diese Differenzierung versucht die OECD, einen möglichst großen Kreis von Haushalten abzudecken.

Basis für die Berechnungen (= 100 %) ist für jedes Land der nationale durchschnittliche Jahresbruttolohn von erwachsenen, vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern (männlich und weiblich) über alle Wirtschaftssektoren mit Ausnahme von Landwirtschaft und Fischerei sowie öffentlichem Sektor.² Annahmegemäß haben die betrachteten Haushalte neben dem Arbeitseinkommen keinerlei weitere Einkünfte mit

¹ OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2004–2005, Paris, 2006.

² Technisch ausgedrückt: Kategorien C bis K der International Standard Industrial Classification of All Economic Activities (ISIC Revision 3.1, United Nations).

Ausnahme von kindbezogenen Transferzahlungen. Bei der Ermittlung der Einkommensteuer- bzw. Lohnsteuerbelastung werden nur standardmäßige Abzüge berücksichtigt.

Ermittelt wird die Belastung der betrachteten Haushalte mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen unter Gegenrechnung von Kindergeld. Dabei werden Durchschnittsbelastungen, aber auch Grenzbelastungen (Mehrbelastung bei einem um 1 € höheren Bruttoverdienst) errechnet. Außerdem weist die OECD den Steuerkeil („tax wedge“) aus, der etwas über die Gesamtbelastung der Arbeitskosten aussagt. Hier werden die lohnbezogenen Abgaben von Arbeitnehmern (Lohnsteuer und Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung) und Arbeitgebern (Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung) ins Verhältnis gesetzt zu den Lohnkosten (Bruttolohn + Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung).

In der Publikation der OECD werden die verwendeten Daten und die Ergebnisse der Berechnungen für jeden Mitgliedstaat ausführlich in Länderkapiteln dokumentiert.

3 Ergebnisse für das Jahr 2005

Insgesamt ergibt sich bei einem Blick auf die unterschiedlichen Indikatoren und die deutsche Position im internationalen Vergleich ein differenziertes Bild. Aus der Fülle der in der OECD-Publikation enthaltenen Ergebnisse sollen nachstehend beispielhaft die Durchschnittsbelastungen von ledigen Durchschnittsverdienern ohne Kinder und von Ehepaaren mit zwei Kindern, bei denen ein Elternteil 100 % und der andere 33 % des Durchschnittsverdienstes erzielt, herausgegriffen werden.

Im Fall der Alleinstehenden ohne Kinder zählt Deutschland (41,7 %) mit Dänemark (41,0 %) und Belgien (41,9 %) zu den drei Ländern, in denen der Anteil der Bruttoeinkommen, der 2005 in Form von Steuern und Sozialabgaben an den Staat floss, bei über 40 % lag (vgl. Abbildung 1, S. 71).

Im Falle des Ehepaares (100 %/33 %) mit zwei Kindern stellt sich die Situation für Deutschland etwas günstiger dar: Neben Dänemark (33,9 %) haben auch Polen (30,7 %) und die Türkei (29,8 %) höhere Abgabenbelastungen als Deutschland (28,5 %) zu verzeichnen. Die Belastung in Belgien (25,6 %) übersteigt ebenfalls die 25 %-Marke, Schweden (23,7 %) und die Niederlande (23,8 %) liegen nur wenig darunter (vgl. Abbildung 2, S. 72).

Die Position Deutschlands verbessert sich im Falle des hier nicht betrachteten Alleinverdiener-Ehepaares mit zwei Kindern, weil der Einkommensteuertarif hier die volle Splitting-Wirkung entfaltet.

Am anderen Ende des Spektrums gibt es Länder, die selbst dem „Single“ in der Summe aus Lohnsteuer und Sozialbeiträgen weniger als 20 % des Bruttoverdienstes abverlangen (Japan, Irland, Korea und Mexiko). Bei dem betrachteten Ehepaar mit zwei Kindern (Hauptverdiener und Nebenverdiener) weisen etliche Staaten – unter Einrechnung des Kindergeldes – Abgabenbelastungen von unter 15 % aus.

In den Abbildungen 1 und 2 ist nachrichtlich der Anteil der Einkommen-/Lohnsteuerbelastung an der Gesamtbelastung ausgewiesen. Es wird deutlich, dass Deutschland hier erheblich besser abschneidet als bei der Gesamtbelastung.

Abbildung 1: Belastung typischer Arbeitnehmerhaushalte mit Einkommen-/Lohnsteuer und Sozialabgaben abzüglich Kindergeld im internationalen Vergleich – 2005 –
Alleinstehend, kein Kind, Durchschnittseinkommen

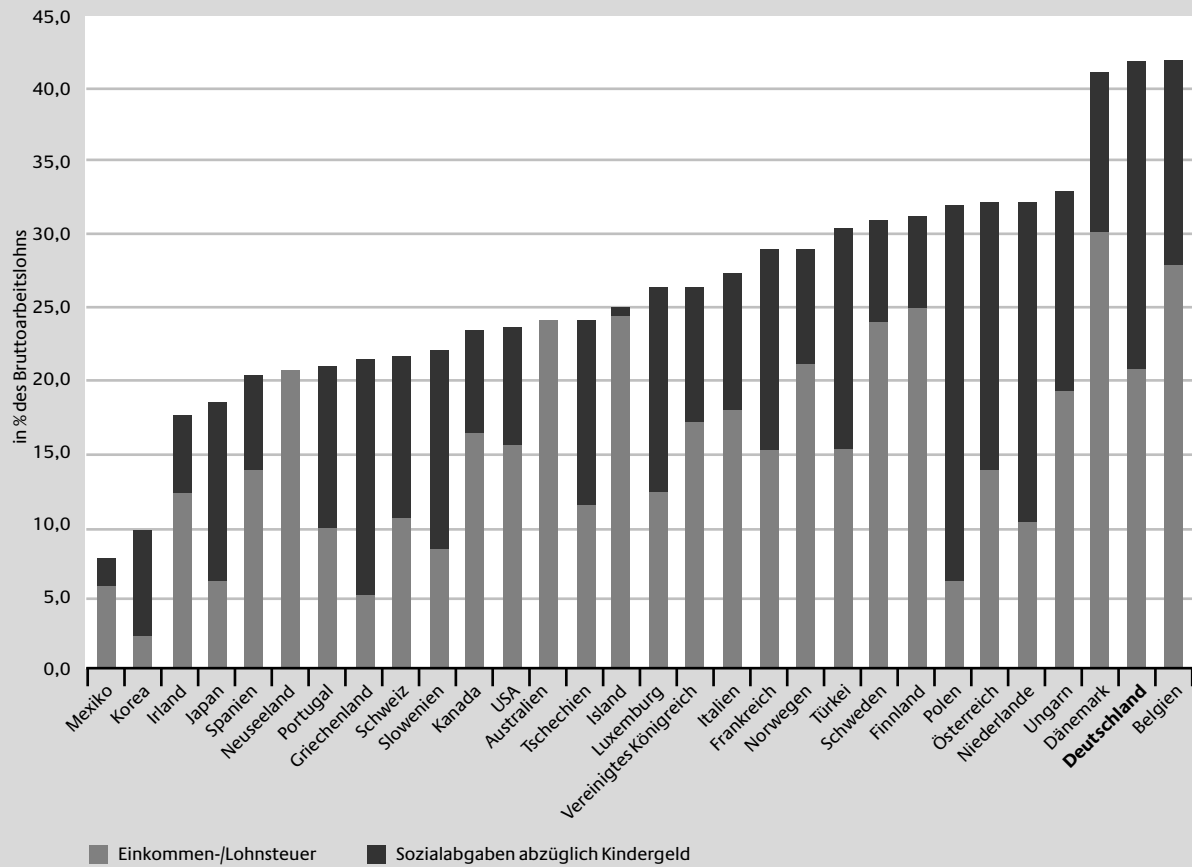
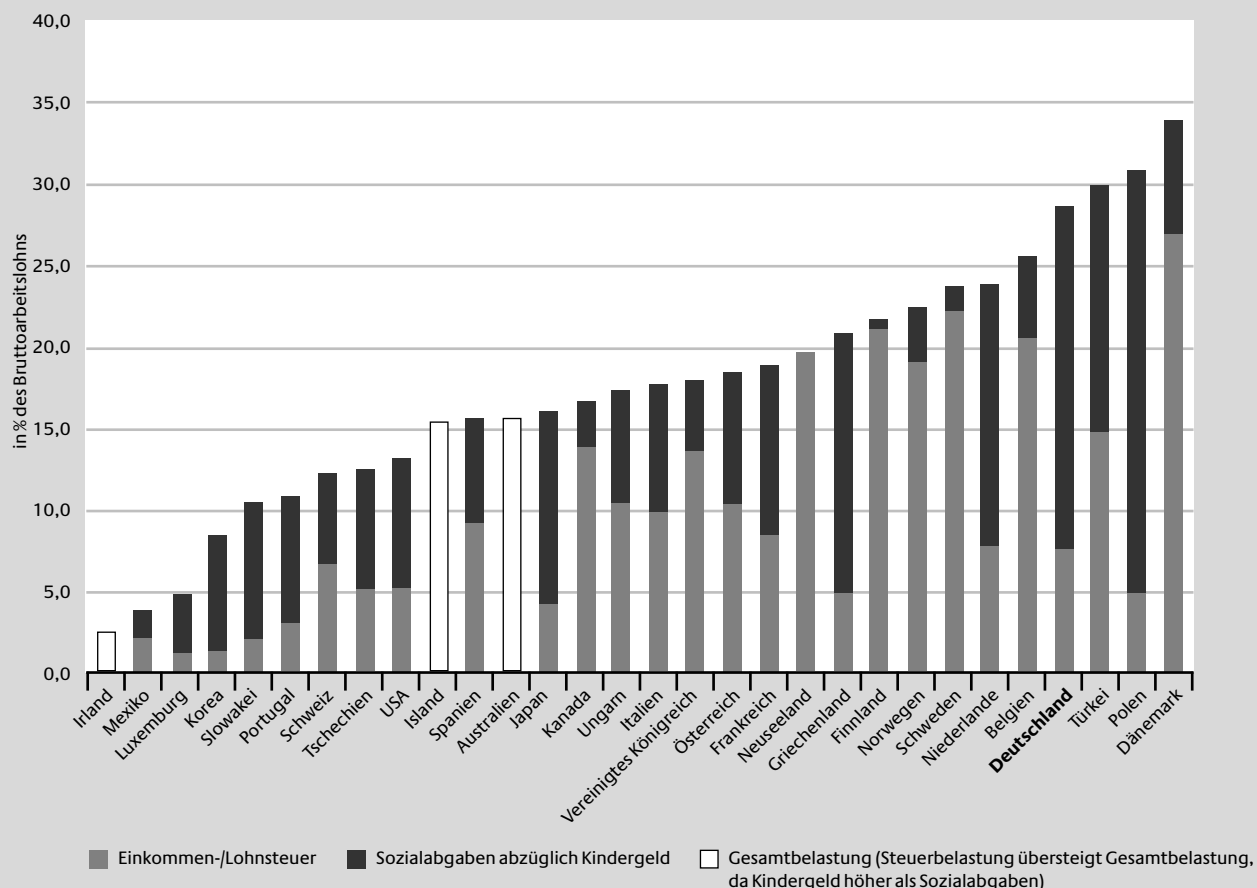


Abbildung 2: Belastung typischer Arbeitnehmerhaushalte mit Einkommen-/Lohnsteuer und Sozialabgaben abzüglich Kindergeld im internationalen Vergleich – 2005 –
 Verheiratet, 2 Kinder, ein Durchschnittseinkommen + 33 % eines Durchschnittseinkommens



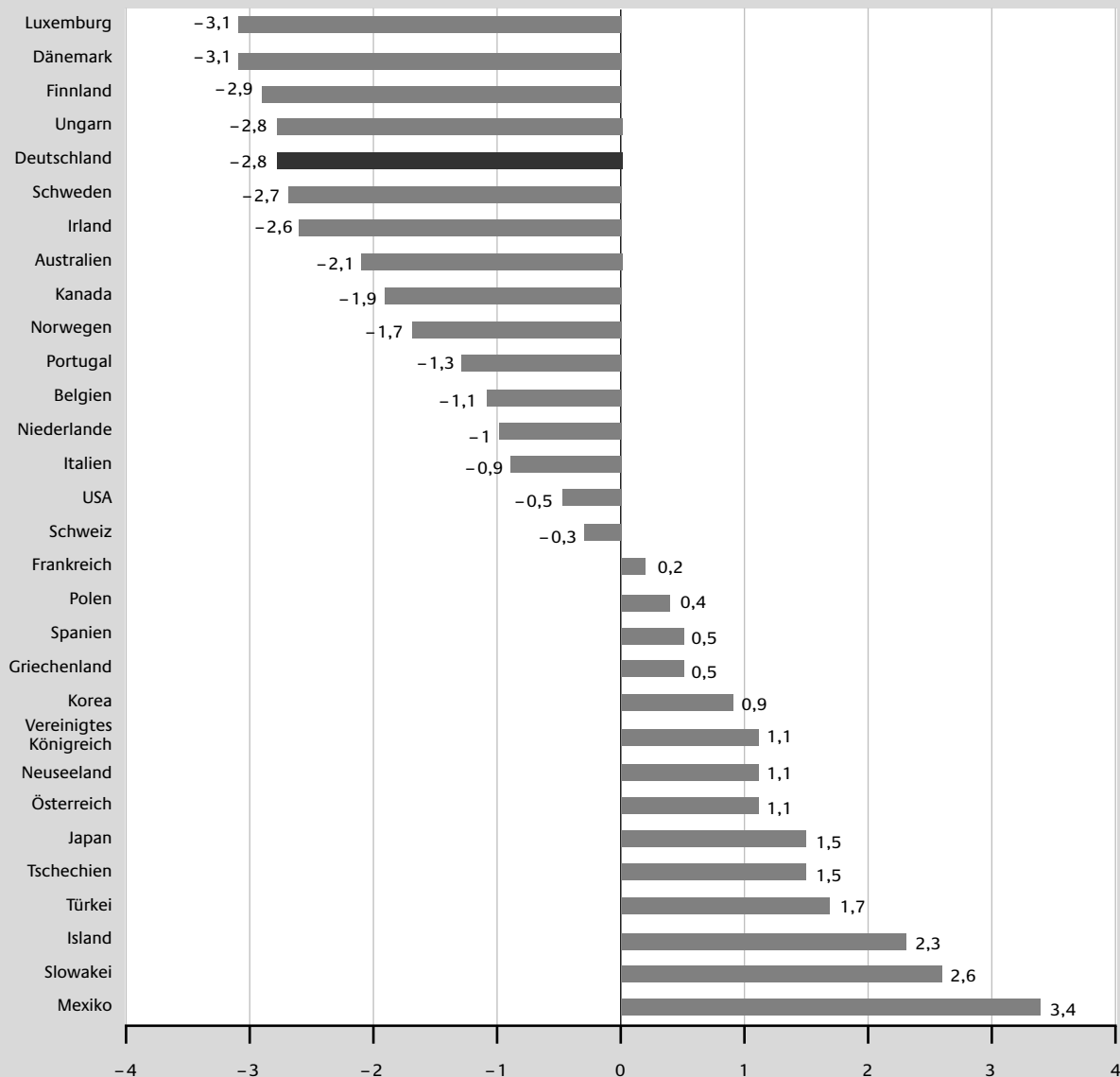
4 Entwicklungen im Zeitablauf

Eine angemessene Beurteilung erfordert nicht nur einen Blick auf das aktuelle Berichtsjahr, sondern auch eine Betrachtung der Entwicklung in den letzten Jahren. Die Abbildungen 3 und 4 (siehe S. 73 und S. 74) zeigen, dass Deutschland zu den Ländern gehört, denen es gelungen ist, die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern in jüngerer

Zeit deutlich zu senken. Im Falle des ledigen Durchschnittsverdieners ohne Kinder wurde die Belastung seit dem Jahr 2000 um 2,8 Prozentpunkte reduziert. Auch die Belastung des hier betrachteten Ehepaares mit zwei Kindern reduzierte sich in Deutschland um 2,5 Prozentpunkte. Aus dem Rahmen fällt Irland, das seine ohnehin schon sehr niedrige Belastung von 11,4% bis zum Jahr 2005 um 8,9 Prozentpunkte auf lediglich 2,5% senken konnte.

Abbildung 3: Veränderung der Abgabenbelastung in den Jahren 2000 bis 2005

Haushaltstyp: Alleinstehend, kein Kind, Durchschnittseinkommen
Verringerung (-) bzw. Erhöhung (+) in Prozentpunkten



5 Fazit

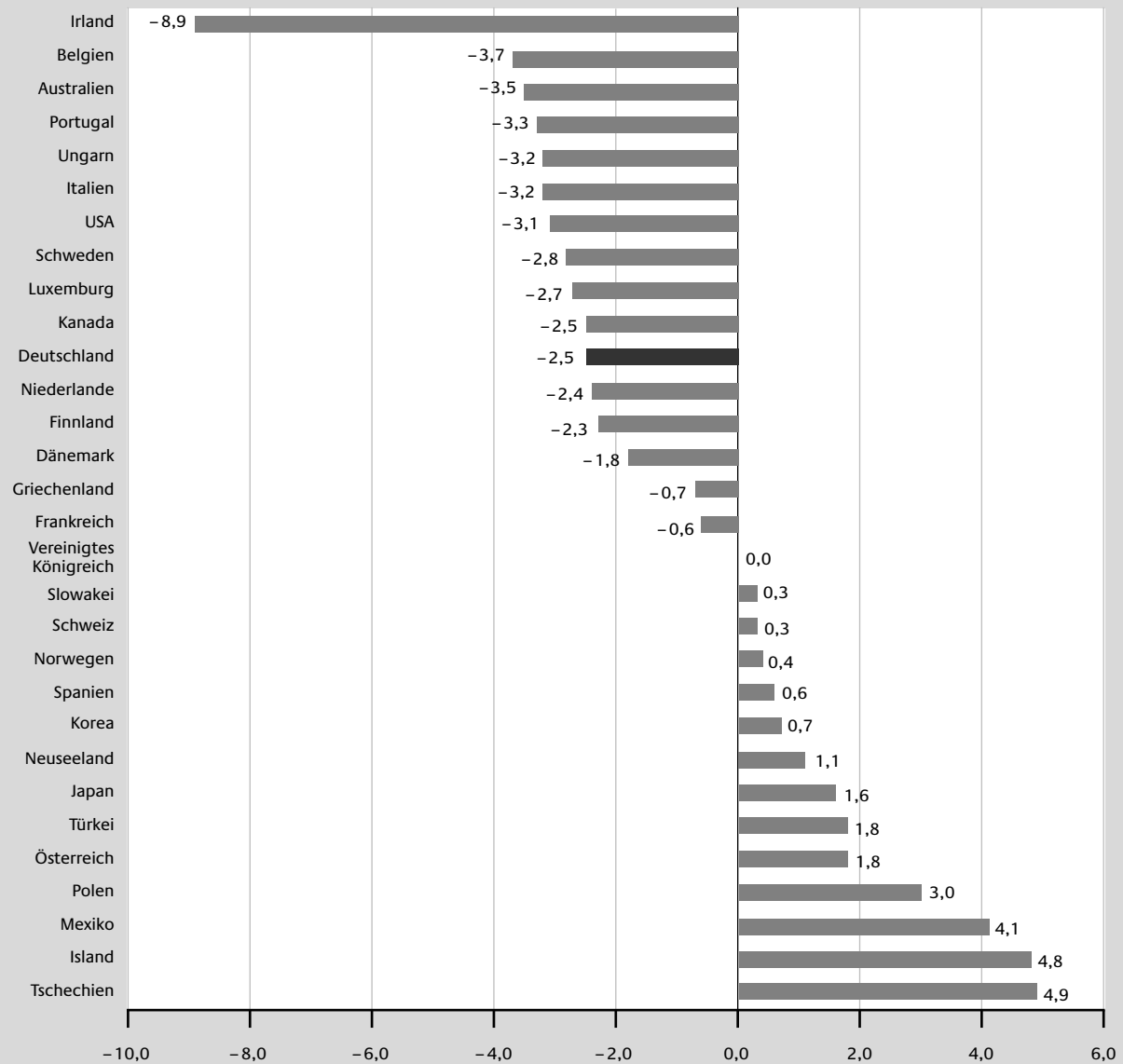
Für internationale Belastungsanalysen stellt die Publikation „Taxing Wages“ der OECD auch in ihrer neuesten Auflage wertvolle Daten bereit. Sie kann für die Beurteilung der Situation in Deutschland durch die Wissenschaft und bei der Politikberatung den geeigneten Hintergrund

liefern. Hinsichtlich der Abgabenbelastung von Arbeitnehmerhaushalten in Deutschland ist festzuhalten, dass diese zwar – speziell bei Ledigen ohne Kinder – nach wie vor hoch ist, dass die Tarifenkungen der vergangenen Jahre aber zu einer signifikanten Verringerung der Belastung geführt haben.

Abbildung 4: Veränderung der Abgabenbelastung in den Jahren 2000 bis 2005

Haushaltstyp: Verheiratet, 2 Kinder, Durchschnittseinkommen + 33 % eines weiteren Durchschnittseinkommens

Verringerung (-) bzw. Erhöhung (+) in Prozentpunkten



G 7-Treffen und Frühjahrstagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank

Vom 21. bis 23. April 2006 fanden das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 7 sowie die Frühjahrstagungen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Washington, D.C., statt. Am 21. April 2006 begannen die Treffen mit einer Konferenz des IWF zu globalen Ungleichgewichten, an der viele Finanzminister und Notenbankgouverneure sowie namhafte Wissenschaftler teilnahmen. Danach tagte die G 7, gefolgt von einem Treffen der G 7 mit bedeutenden Schwellenländern und Ölproduzenten. Am 22. April 2006 traf sich der Ministerausschuss des IWF (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss), am 23. April 2006 der Ministerausschuss der Weltbank (Entwicklungsausschuss). Die deutsche Delegation wurde vom Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, geleitet. Er wurde begleitet vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Axel Weber. An der Sitzung des Entwicklungsausschusses nahm die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul, teil.

Die Treffen fanden vor dem Hintergrund des anhaltend starken Wachstums der Weltwirtschaft statt. Der Aufschwung soll nach Einschätzung des IWF auch 2007 anhalten¹, wobei die Konjunkturbelebung in Europa und Japan ein ausgewogeneres Wachstum verspreche. Der IWF erwartet, dass die weltweite Inflation trotz stark gestiegener Ölpreise unter Kontrolle bleibt. Die Finanzierungsbedingungen auf den Weltfinanzmärkten seien trotz gestiegener kurzfristiger Zinsen weiter sehr günstig. Nach Einschätzung von IWF und G 7² überwiegen allerdings die Risiken, vor allem durch hohe und volatile Ölpreise aufgrund niedriger Reservekapazitäten bei weiter hoher Nachfrage, insbesondere aus Asien und Nordamerika. Die G 7 hat die Ölprodu-

zenten daher aufgefordert, mehr zu investieren und verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren sicherzustellen. Darüber hinaus hat die G 7 ihre Forderung nach mehr Transparenz auf den Ölmärkten bekräftigt.

Nach Einschätzung des IWF haben die globalen Ungleichgewichte zugenommen, auch wegen der hohen Ölpreise. Das Leistungsbilanzdefizit der USA ist im letzten Jahr auf das Rekordhoch von 6,4 % des BIP gestiegen, während Chinas Währungsreserven, überwiegend US-Anleihen, auf den Rekordstand von 850 Mrd. US-Dollar gestiegen sind. Viele Schwellenländer Asiens haben hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Dies birgt Risiken, insbesondere durch einen weiter zunehmenden Protektionismus sowie durch nicht auszuschließende ungeordnete Anpassungen mit starker Dollarabwertung und kräftigen Zinserhöhungen. Beides könnte das Wachstum der Weltwirtschaft erheblich beeinträchtigen.

Der IWF fordert daher von allen Ländern umfassende, vorbeugende Maßnahmen. Die Wechselkurse asiatischer Schwellenländer sollen flexibler werden, vor allem dort, wo erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse bestehen. Defizitländer, insbesondere die USA, sollen mehr sparen, wobei hier sowohl die privaten Haushalte als auch der Staat gefordert sind. Die Überschussländer in Asien, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten und dem Mittleren Osten sollen mehr investieren und konsumieren. Zudem fordert der IWF Strukturreformen für mehr Wachstum der Binnennachfrage in Europa und Japan. Die G 7 teilt grundsätzlich die Auffassung, dass alle wesentlichen Akteure dazu beitragen müssen, die Ungleichgewichte abzubauen. In ihrem Kommuniqué hat die G 7 Schwellenländer mit großen Überschüssen, insbesondere China,

¹ World Economic Outlook, April 2006: Globalization and Inflation, www.imf.org.

² Statement by G 7 Finance Ministers and Central Bank Governors April 21, 2006, www.ustreas.gov/press/releases/js4199.htm.

aufgefordert, den Wechselkurs stärker zu flexibilisieren.³

Ein weiteres Thema der Treffen war die Reform des IWF, die von vielen Seiten gefordert wird. Der Geschäftsführende Direktor des IWF, Rodrigo de Rato, hat nach 1 ½-jährigen Beratungen einen Bericht zur Neuausrichtung des IWF vorgelegt.⁴ Nach de Ratos Ansicht muss der IWF vor dem Hintergrund neuer Wirtschaftsmächte, stärker verflochtener Finanzmärkte und beispiellos hoher Kapitalflüsse neue Prioritäten setzen. De Rato fordert eine effektivere wirtschaftspolitische Überwachung des IWF, vor allem bei Wechselkursen und bei Finanzmärkten.

Zudem regt de Rato an, die bisherigen Finanzierungsinstrumente für Schwellenländer durch eine neue Versicherungsfazilität zu ergänzen, auf die Länder mit guter Wirtschaftspolitik bereits vor Ausbruch einer Krise zurückgreifen können. Auch will de Rato die technische Hilfeleistung des IWF an Entwicklungs- und Schwellenländer stärken. Schließlich möchte er die internen Verfahrensabläufe straffen und den Haushalt des IWF wegen der rückläufigen Einnahmen aus Krediten konsolidieren.

De Ratos Vorschläge wurden von den Anteilseignern des IWF im Grundsatz begrüßt⁵ und sollen im Einzelnen geprüft werden, so auch der Vorschlag eines neuen Finanzierungsinstruments. Auch Minister Steinbrück hat den Bericht von de Rato grundsätzlich befürwortet, hat sich jedoch zu neuen Finanzierungsinstrumenten zurückhaltend geäußert, da diese Fehlanreize setzen können.⁶ Der Ministerausschuss befürwortet de Ratos Vorschlag für einen neuen multilateralen Konsultationsmechanismus, mit dem die wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen großen, systemisch wichtigen Volkswirtschaften verbessert werden soll.

Die größte politische Bedeutung hat die Quotenreform des IWF. Die Quote regelt Finanzierung, Stimmrechte und Möglichkeiten zur Kreditaufnahme im IWF. Rasch wachsende Schwellenländer, vor allem aus Asien, sehen sich beim IWF zunehmend unterrepräsentiert. Der Ministerausschuss des IWF hat de Rato aufgefordert, bis zur Jahrestagung des IWF im September 2006 in Singapur konkrete Vorschläge vorzulegen. Deutschland hat sich für eine beschränkte Quotenerhöhung zugunsten einiger weniger Länder, u.a. China, Südkorea, Mexiko und Türkei, ausgesprochen.

Die Anteilseigner der Weltbank haben jetzt dem multilateralen Schuldenerlass zugunsten armer, hoch verschuldeter Länder (HIPC) zum 1. Juli 2006 im Gesamtvolumen von 37 Mrd. US-Dollar über 40 Jahre zugestimmt.⁷ Der IWF hat erste Erlasse bereits gewährt.⁸ IWF und Weltbank haben zudem sechs weiteren Ländern die Möglichkeit eröffnet, an der HIPC-Initiative teilzunehmen (Bhutan, Eritrea, Haiti, Kirgisien, Nepal, Sri Lanka). Die durch den Schuldenerlass geschaffenen finanziellen Freiräume müssen von den begünstigten Ländern jetzt für Entwicklung und Armutsbekämpfung eingesetzt werden. IWF und Weltbank sollen gemäß dem vereinbarten Rahmenwerk für Schuldentragfähigkeit überwachen, dass die begünstigten Länder keine neuen, nicht tragfähigen Schulden anhäufen.

Die G 7 hat Weltbankpräsident Wolfowitz ermutigt, den Kampf gegen die Korruption fortzusetzen. Der Entwicklungsausschuss der Weltbank fordert bis zur Jahrestagung im September 2006 ein Konzept für eine breit angelegte Strategie, darüber hinaus einen Fortschrittsbericht für ein Energy Investment Framework, um die Energieversorgung und Energieeinsparungen in Entwicklungsländern zu verbessern.

³ Statement by G-7 Finance Ministers and Central Bank Governors April 21, 2006, www.ustreas.gov/press/releases/js4199.htm.

⁴ Implementing the Fund's Medium-Term Strategy, www.imf.org.

⁵ Communiqué of the International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund, April 22, 2006, www.imf.org.

⁶ IMFC Statement by H.E. Peer Steinbrück Minister of Finance, Germany; April 22, 2006, www.imf.org.

⁷ Full Debt Cancellation Approved For Some Of The World's Poorest Countries, web.worldbank.org.

⁸ Debt Relief Under the Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative, <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/hipc.htm>.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	103
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	80
2 Gewährleistungen	81
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009	81
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009	82
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – gem. Reg.-Entw. 2006	84
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006	88
7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	90
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	92
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	93
10 Entwicklung der Staatsquote	94
11 Entwicklung der öffentlichen Schulden	95
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	96
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	97
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	98
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	99
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	100
17 Staatsquote im internationalen Vergleich	101
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	102
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	103
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	103
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006	103
3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2006	104
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2006	105
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2 Preisentwicklung	107
3 Außenwirtschaft	108
4 Einkommensverteilung	108
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	109
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	110
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	111
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	112
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	113
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	114
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	115
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	118

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. März 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. April 2006 ² Mio. €
Anleihen	538 300	0	7 250	531 050
Bundesobligationen	172 199	6 000	0	178 199
Bundesschatzbriefe	10 882	264	506	10 640
Bundesschatzanweisungen	113 000	7 000	0	120 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 773	5 915	5 938	35 749
Finanzierungsschätze	1 486	242	72	1 656
Schuldscheindarlehen	26 411	48	34	26 425
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
Gesamte umlaufende Schuld	898 316			903 984

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. März 2006 Mio. €	Stand: 30. April 2006 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	160 537	153 320
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	283 081	306 833
langfristig (mehr als 4 Jahre)	454 699	443 831
Gesamte umlaufende Schuld	898 316	903 984

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	106,9	104,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	31,2	29,4
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,3	60,4

3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.- Entwurf	Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	251,6	259,8	261,7	269,1	272,5	275,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,0	3,3	0,7	2,8	1,3	1,0
2. Einnahmen	211,8	228,4	223,2	246,9	251,0	255,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,6	7,8	– 2,3	10,6	1,7	1,6
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	192,5	212,3	221,1	228,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,5	1,7	1,2	10,3	4,1	3,3
3. Finanzierungsdefizit	– 39,8	– 31,4	– 38,5	– 22,2	– 21,5	– 20,2
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (–)	199,6	224,2	234,8	238,1	242,3	241,0
5. Tilgungen (+)	160,0	193,0	196,5	216,2	221,2	221,0
6. Nettokreditaufnahme	– 39,5	– 31,2	– 38,3	– 22,0	– 21,3	– 20,0
7. Münzeinnahmen	– 0,3	– 0,2	– 0,2	– 0,2	– 0,2	– 0,2
8. Finanzierungssaldo	– 39,8	– 31,4	– 38,5	– 22,2	– 21,5	– 20,2
in % der Ausgaben	15,8	12,1	14,7	8,2	7,9	7,3
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	23,2	23,3	23,3	23,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 13,0	6,2	– 2,3	0,3	– 0,2	0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	3,0	3,0	3,0	3,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 758	26 372	26 245	26 246	26 269	26 240
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 827	19 800	19 799	19 742
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 530	8 587	8 657	8 658
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 297	11 212	11 142	11 084
Versorgung	6 426	6 481	6 418	6 446	6 469	6 498
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 337	2 295	2 269	2 243
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 081	4 151	4 201	4 255
Laufender Sachaufwand	16 878	17 712	18 068	18 414	18 606	18 905
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 475	1 484	1 493	1 505
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 426	8 744	9 230	9 626
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 167	8 185	7 883	7 773
Zinsausgaben	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
Sonstige	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 947	39 708	41 162	42 574
an Ausland	3	3	2	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	148 950	154 274	156 970	160 379	162 845	163 077
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 764	12 187	12 391	12 772
Länder	6 735	8 381	8 294	6 579	6 571	6 571
Gemeinden	238	66	39	28	26	24
Sondervermögen	7 823	5 473	5 430	5 580	5 793	6 175
Zweckverbände	1	2	1	1	1	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	143 206	148 192	150 453	150 305
Unternehmen	15 062	13 474	16 716	20 027	23 700	23 851
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	25 396	32 747	30 386	27 296	25 884	24 436
an Sozialversicherung	90 079	90 219	92 089	96 908	96 922	98 091
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	797	805	796	789
an Ausland	2 828	3 140	3 212	3 151	3 146	3 133
an Sonstige	5	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	228 860	235 728	239 274	244 792	248 925	250 839
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	6 891	7 246	6 967	6 780	6 823	6 848
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 495	5 271	5 343	5 395
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	936	1 002	975	959
Grunderwerb	503	506	536	507	505	493
Vermögensübertragungen	12 912	12 977	13 142	13 481	13 497	13 012
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 748	13 113	13 150	12 680
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 540	5 567	5 171	5 142
Länder	5 516	5 527	5 459	5 497	5 094	5 064
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	74	70	76	79
Sondervermögen	0	0	6	0	0	0
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 209	7 546	7 979	7 538
Sonstige – Inland	0	0	0	0	0	0
Ausland	4 931	4 933	5 047	5 311	5 655	5 171
Sonstige Vermögensübertragungen	2 018	2 096	2 162	2 235	2 324	2 367
an andere Bereiche	356	360	394	368	347	332
Unternehmen – Inland	356	360	394	368	347	332
Sonstige – Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	153	160	174	171	162	157

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung	2 932	3 899	3 501	3 400	3 282	3 898
an Verwaltungen	2 383	3 340	2 913	2 766	2 524	3 086
Länder	68	53	38	26	21	15
Gemeinden	68	53	38	26	21	15
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 874	2 740	2 503	3 071
Sozialversicherungen	0	900	0	0	0	0
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 891	1 753	1 509	2 007
Ausland	931	882	984	987	993	1 064
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	588	634	758	812
Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	547	558	588	634	758	812
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	22 734	24 121	23 610	23 662	23 601	23 758
¹ Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	23 216	23 294	23 254	23 426
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	– 1 183	647	– 27	702
Ausgaben zusammen	251 594	259 849	261 700	269 100	272 500	275 300

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 006	43 548	23 810	13 800	–	5 938
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 672	7 396	3 749	1 184	–	2 463
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 032	2 858	445	134	–	2 279
03 Verteidigung	27 712	27 343	15 377	11 165	–	801
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 872	2 554	1 801	717	–	36
05 Rechtsschutz	326	308	221	72	–	15
06 Finanzverwaltung	3 390	3 089	2 217	528	–	344
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	12 445	8 906	443	656	–	7 807
13 Hochschulen	2 029	1 103	6	4	–	1 093
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 488	1 488	–	–	–	1 488
15 Sonstiges Bildungswesen	481	424	9	55	–	361
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 237	5 588	427	594	–	4 567
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 209	304	1	4	–	299
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 442	133 537	196	588	–	132 753
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	86 130	86 130	35	0	–	86 095
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 430	4 429	–	–	–	4 429
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 756	3 524	–	153	–	3 371
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	38 732	38 598	45	372	–	38 181
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 289	751	116	62	–	572
3 Gesundheit und Sport	914	690	220	249	–	222
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	337	307	121	136	–	50
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	337	307	121	136	–	50
32 Sport	127	101	–	21	–	80
33 Umwelt- und Naturschutz	186	147	63	41	–	43
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	264	136	36	50	–	49
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 650	737	2	4	–	731
41 Wohnungswesen	1 131	734	–	3	–	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	7	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	512	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 009	551	27	143	–	382
52 Verbesserung der Agrarstruktur	651	251	–	1	–	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	127	127	–	56	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	127	127	–	56	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	230	173	27	85	–	61

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	971	1 732	1 755	4 458	4 421
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	274	2	0	276	276
02 Auswärtige Angelegenheiten	53	1 550	1 572	3 174	3 172
03 Verteidigung	259	100	10	369	334
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	239	79	–	318	318
05 Rechtsschutz	18	–	–	18	18
06 Finanzverwaltung	127	1	174	302	302
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	129	3 409	–	3 539	3 539
13 Hochschulen	2	925	–	927	927
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	57	–	57	57
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	127	1 522	–	1 649	1 649
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	905	–	906	906
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	893	1	905	552
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	229	1	232	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	129	–	134	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	0	538	538
3 Gesundheit und Sport	149	75	–	223	220
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	30	30
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	30	30
32 Sport	–	26	–	26	26
33 Umwelt- und Naturschutz	6	34	–	40	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	122	6	–	128	128
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	873	40	913	913
41 Wohnungswesen	–	357	40	396	396
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	5
44 Städtebauförderung	–	512	–	512	512
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	25	431	1	457	457
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	400	–	400	400
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	25	31	1	57	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 184	3 010	47	352	–	2 611
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	436	412	–	204	–	207
621 Kernenergie	207	207	–	–	–	207
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	204	–	204	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 876	1 856	–	5	–	1 851
64 Handel	94	94	–	56	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	868	141	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 910	508	47	85	–	376
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 854	3 475	970	1 878	–	627
72 Straßen	7 200	923	–	824	–	100
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 450	773	468	241	–	64
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	184	184	43	11	–	130
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 685	1 594	459	802	–	333
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 438	5 915	–	16	–	5 899
81 Wirtschaftsunternehmen	3 946	424	–	16	–	408
832 Eisenbahnen	3 453	84	–	3	–	80
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	493	341	–	13	–	328
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 492	5 491	–	–	–	5 491
873 Sondervermögen	5 430	5 430	–	–	–	5 430
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	62	61	–	–	–	61
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 759	38 904	531	381	37 991	1
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38 026	38 026	–	35	37 991	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 306	878	531	346	–	1
Summe aller Hauptfunktionen	261 700	239 274	26 245	18 068	37 991	156 970

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	772	1 400	2 174	2 174
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	21	–	21	21
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	727	–	727	727
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	1 400	1 402	1 402
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 629	1 751	0	7 379	7 379
72 Straßen	4 870	1 407	–	6 277	6 277
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	678	–	0	678	678
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	80	12	0	92	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	51	3 168	303	3 523	3 523
81 Wirtschaftsunternehmen	50	3 168	303	3 522	3 522
832 Eisenbahnen	–	3 092	277	3 369	3 369
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	50	76	27	153	153
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	–	–	1	1
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	1	–	–	1	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 967	13 142	3 501	23 610	23 216

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1997	1998
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	225,9	233,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 3,0	3,4
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	193,5	204,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	0,4	5,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 32,5	- 28,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 32,6	- 28,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,8	26,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,9	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,2	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	27,3	28,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	4,9	5,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,1	12,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	40,6	42,1
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,8	29,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 7,6	1,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,8	12,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,2	35,5
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	169,3	174,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 2,2	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,9	74,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	87,5	85,3
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,5	41,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 32,6	- 28,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	14,4	12,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	113,0	98,8
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	64,3	88,6
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1119,1	1153,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	459,7	488,0

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Ist-Ergebnisse							Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7
Einnahmen	Mrd.€	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	38,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,4	58,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	23,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,9	36,9
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	192,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	73,6
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	165,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	57,8	64,4
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4	1 509 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	911

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006	2007
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	603,5	609,5	618,3	613,7	626	627 ½	638 ½
Einnahmen	556,3	552,4	549,8	547,2	572	568 ½	600
Finanzierungssaldo	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 66,5	- 54	- 59 ½	- 38 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261 ½	269
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	247
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 ½	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,6	256,1	259,3	256 ½	258 ½
Einnahmen	229,4	227,7	227,0	231,7	235,3	234 ½	243 ½
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 24,4	- 24,1	- 22	- 15
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,8	149,2	153	155	155
Einnahmen	144,0	144,6	141,4	145,3	150	151 ½	153
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 3,8	- 3	- 3	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,7	1,0	1,4	- 0,7	2	½	1 ½
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- 0,5	4½	- ½	5 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	½	3
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 ½	10 ½
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,6	- 1,0	1,3	- 1	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2,1	1,6	- ½	4
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,4	- 0,4	2½	1	0
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,8	3	1	1

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006	2007
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,2	- 3,0	- 2½	- 2½	- 1½
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1½	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 1	- ½
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 10,8	- 8½	- 9½	- 6
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 14½	- 8½
Länder	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 9,5	- 9,3	- 8½	- 6
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 2,5	- 2	- 2	- 1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,7	28	27½	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11½	11½
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	7	7	6½
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,4	20,0	20	20	21

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 ²	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.

Stand: November 2005.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 ³	21,9	39,5	20,1	36,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,3	21,7
2003 ⁵	48,4	26,4	22,0
2004 ⁵	46,9	25,7	21,2
2005 ⁵	46,7	25,9	20,8

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2002	2003	2004	2005 ³
	in Mrd. €¹			
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4
darunter:				
Bund	719,4	760,5	803,0	872,7
Länder	384,8	415,0	442,9	468,3
Gemeinden	82,7	84,1	84,3	83,5
Sonderrechnungen des Bundes	59,2	58,8	57,3	15,4
	in % der Gesamtschulden			
Bund	57,4	57,4	57,6	60,3
Länder	30,7	31,3	31,8	32,4
Gemeinden	6,6	6,3	6,0	5,8
Sonderrechnungen des Bundes	4,7	4,4	4,1	1,1
	in % des BIP			
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	58,4	61,3	63,0	64,5
darunter				
Bund	33,5	35,2	36,2	39,5
Länder	17,9	19,2	20,0	20,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,7	2,6	0,7
nachrichtlich	in % des BIP			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,3	63,8	65,5	67,7

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 ⁵	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 ⁵	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 66,5	- 3,0
2005 ⁵	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 54	- 2 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,5
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	- 0,3	- 0,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,2	1,0	2,7	4,9	3,9	4,0
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 4,9	- 5,8	- 6,9	- 4,5	- 3,0	- 3,6
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	1,1	0,9	0,4
Frankreich	0,0	- 2,9	- 2,1	- 5,5	- 1,5	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 3,0	- 3,1
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,5	1,0	0,1	- 0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 1,9	- 2,9	- 3,4	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 4,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,3	5,9	2,0	0,2	- 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5
Niederlande	- 3,8	- 3,4	- 5,1	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2	- 0,7
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 0,5	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,9
Finnland	3,9	3,5	5,4	- 6,2	7,0	4,1	2,5	2,3	2,6	2,8	2,5
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	- 0,2	0,1	1,8	2,9	2,2	2,3
Vereinigtes Königreich	-	-	- 1,6	- 5,8	1,3	- 1,6	- 3,3	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,3	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,2
Estland	-	-	-	0,4	- 0,4	1,0	2,4	1,5	1,6	1,4	0,8
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	0,2	- 1,0	- 1,0
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,6	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 5,6	-10,2	- 5,1	- 3,3	- 2,9	- 3,2
Polen	-	-	-	- 2,2	- 1,5	- 3,2	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 3,0	- 3,0
Slowakei	-	-	-	- 0,8	-12,2	- 7,7	- 3,7	- 3,0	- 2,9	- 2,7	- 2,1
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,2	- 3,6	- 6,8	- 6,6	- 2,9	- 2,6	- 3,2	- 3,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 8,4	- 6,4	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,4	- 2,1	- 2,0
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 2,2
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,2	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,8	- 5,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,8	- 4,1	- 4,4

- = keine Angaben

¹ Angaben für 2000 und 2002 ohne Erlöse aus den Versteigerungen der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,5	59,2	60,3	63,8	65,5	67,7	68,9	69,2
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	103,2	98,5	94,7	93,3	89,8	87,0
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	46,8	44,4	42,6	35,8	30,0	26,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	110,7	107,8	108,5	107,5	105,0	102,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,5	59,2	52,5	48,9	46,4	43,2	40,0	37,9
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	58,2	62,4	64,4	66,8	66,9	67,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	32,1	31,1	29,4	27,6	27,2	27,0
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,2	105,5	104,2	103,8	106,4	107,4	107,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	5,8	5,3	6,5	6,3	6,6	6,2	7,9	8,2
Niederlande	44,0	67,5	73,7	74,0	53,6	50,5	51,9	52,6	52,9	51,2	50,3
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,8	66,0	64,4	63,6	62,9	62,4	61,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	55,5	57,0	58,7	63,9	68,4	70,6
Finnland	11,4	16,1	14,1	56,5	44,3	41,3	44,3	44,3	41,1	39,7	38,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	52,0	51,8	50,5	50,3	47,6	44,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,0	41,2	37,6	39,0	40,8	42,8	44,1	44,7
Euroraum	33,7	50,6	57,0	72,2	69,2	68,1	69,3	69,8	70,8	70,5	70,1
EU-15	–	–	–	69,5	63,0	61,5	63,1	63,4	64,6	64,4	64,0
Estland	–	–	–	–	5,1	5,5	6,0	5,4	4,8	3,6	3,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	13,5	14,4	14,6	11,9	11,3	10,9
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,3	21,2	19,5	18,7	18,9	19,7
Malta	–	–	–	–	56,0	61,2	71,3	76,2	74,7	74,0	74,0
Polen	–	–	–	–	35,9	39,8	43,9	41,9	42,5	45,5	46,7
Slowakei	–	–	–	–	50,0	43,3	42,7	41,6	34,5	34,3	34,7
Slowenien	–	–	–	–	27,6	29,7	29,1	29,5	29,1	29,9	29,7
Tschechien	–	–	–	–	19,1	28,8	30,0	30,6	30,5	31,5	32,4
Ungarn	–	–	–	–	54,3	55,0	56,7	57,1	58,4	59,9	62,0
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,7	71,7	70,3	69,1	67,8
EU-25	–	–	–	–	61,9	60,5	62,0	62,4	63,4	63,2	62,9
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	136,8	152,0	156,3	157,3	158,9	161,1	162,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	60,6	64,2	64,8	65,0	66,0	67,1

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	21,1	20,4
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,4	35,5	34,6
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,5	45,1	48,3	47,0	46,8	45,7	45,0
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	–	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	–	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	–	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	–	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

¹ 1970–1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Outlook.
Stand: Dezember 2005.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1–8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

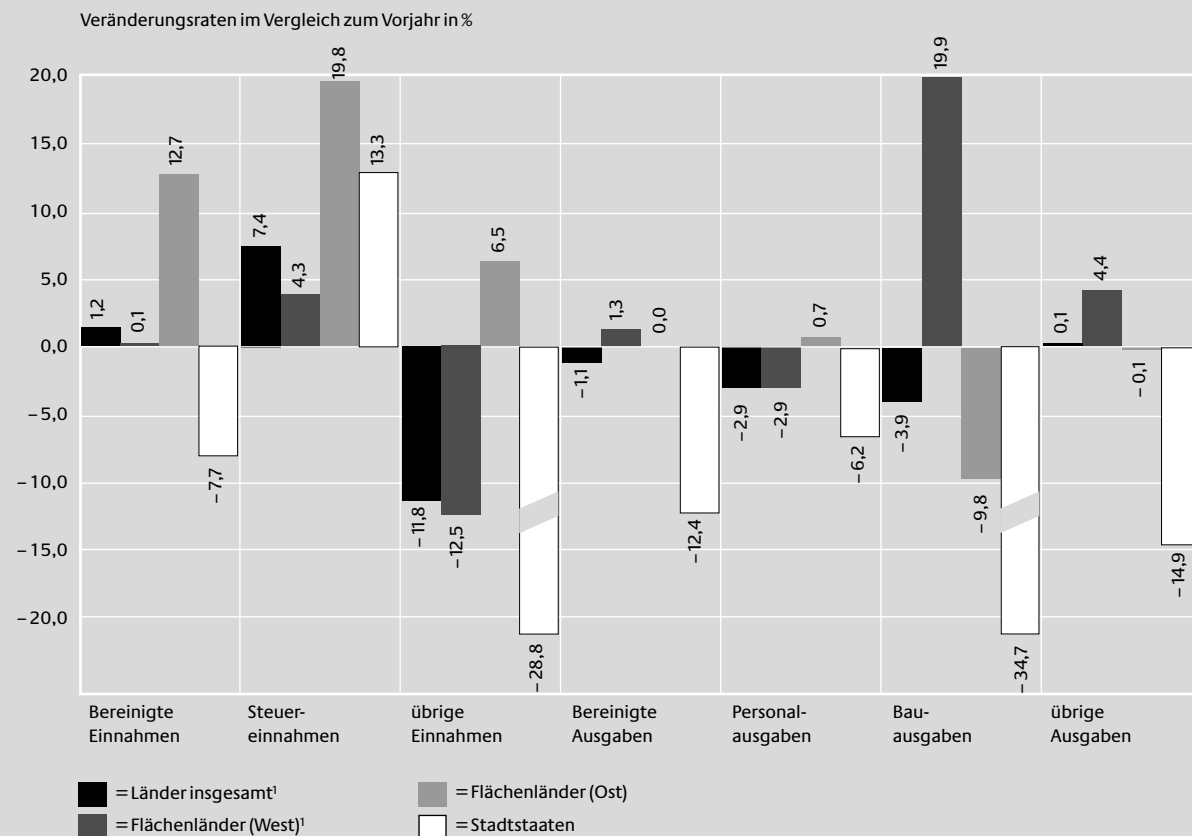
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West ¹)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen ¹	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	162 765	38 349	48 736	12 171	29 105	7 644	235 157	56 715
darunter:								
Steuereinnahmen	126 122	29 937	23 519	6 060	17 783	4 702	167 424	40 699
übrige Einnahmen	36 643	8 412	25 217	6 111	11 322	2 942	67 733	16 016
Bereinigte Ausgaben	178 106	46 996	51 799	12 497	33 982	8 686	258 437	66 729
darunter:								
Personalausgaben	71 675	19 242	12 901	3 270	11 100	2 955	95 676	25 468
Bauausgaben	2 556	273	1 423	141	834	95	4 813	509
übrige Ausgaben	103 875	27 480	37 474	9 086	22 048	5 636	157 948	40 752
Finanzierungssaldo	- 15 336	- 8 646	- 3 063	- 327	- 4 861	- 1 042	- 23 261	- 10 015

¹ Ohne Saarland.

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2006



¹ Ohne Saarland.

3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	März 2005			Februar 2006			März 2006		
		Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder ⁵	Ins-gesamt ⁵	Bund	Länder ⁵	Ins-gesamt ⁵
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	40 593	56 056	93 025	29 343	34 797	61 871	47 258	56 715	100 198
111	darunter: Steuereinnahmen	35 168	37 903	73 071	24 969	27 777	52 746	38 198	40 699	78 897
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	58 810 ³	24 255	83 064	45 258 ³	15 725	60 983	66 192 ³	21 668	87 860
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	75 422	67 460	139 259	57 148	44 904	99 783	74 599	66 729	137 553
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	6 943	26 223	33 167	4 951	18 135	23 086	7 009	25 468	32 476
122	Bausubventionen	509	530	1 039	371	272	643	621	509	1 130
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	– 192	– 192	–	– 154	– 154	–	– 135	– 135
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	47 002	16 296	63 298	43 938	13 529	57 467	65 552	19 065	84 617
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 34 829	– 11 404	– 46 234	– 27 806	– 10 107	– 37 913	– 27 341	– 10 015	– 37 356
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	338	338	–	324	324	–	324	324
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	41	41	–	52	52	–	52	52
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	296	296	–	272	272	–	272	272
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	11 878	7 838	19 716	1 376	2 476	3 851	744	2 914	3 657
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 1 866	– 1 866	–	– 17	– 17	–	52	52
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 173	– 1 173	–	– 942	– 942	–	– 942	– 942
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	5 847	5 871	11 718	7 422	8 037	15 459	11 611	7 568	19 179
32	Vorschüsse	–	9 038	9 038	–	11 891	11 891	–	12 485	12 485
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 658	3 658	–	4 832	4 832	–	5 068	5 068
34	Saldo (31–32+33)	5 847	491	6 337	7 422	978	8 401	11 611	151	11 762
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 17 105	– 5 819	– 22 923	– 19 008	– 7 340	– 26 347	– 14 986	– 7 569	– 22 555
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	17 105	3 518	20 623	19 008	3 703	22 710	14 986	4 616	19 602
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	50	50	–	252	252
56	Zusammen	17 105	3 518	20 623	19 008	3 753	22 760	14 986	4 868	19 854
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 2 301	– 2 300	0	– 3 587	– 3 587	0	– 2 700	– 2 700
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	614	614	–	530	530	–	938	938
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	947	947	–	1 797	1 797	–	1 971	1 971

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen bis einschließlich März melden. Stand: Mai 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁸
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	7 097,9	7 938,5	2 148,1	4 428,0	1 506,1	4 731,3	10 128,0	2 510,0	.
111	darunter: Steuereinnahmen	5 355,0	6 270,9	1 132,6	3 692,1	699,5	3 202,1	8 361,2 ⁶	1 795,6	.
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	143,3	–	103,8	59,0	–	65,1	.
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 376,5	2 583,0	227,8	–	300,0	1 500,0	4 600,4	2 564,0	.
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	8 812,3	9 171,1	2 310,6	4 783,2	1 763,9	5 268,0	13 530,6	3 544,4	.
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 968,6	4 482,1	614,4	1 715,9	374,2	2 106,2 ³	4 588,0 ³	1 453,9	.
122	Bausubstanz	59,2	108,8	28,0	54,6	18,0	8,9	19,5	7,6	.
123	Länderfinanzausgleich ¹	604,3	473,5	–	384,4	–	–	12,8	–	.
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 581,0	358,7	573,6	1 251,4	341,5	1 524,6	4 937,5	2 864,8	.
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 1 714,4	– 1 232,6	– 162,5	– 355,2	– 257,8	– 536,7	– 3 402,6	– 1 034,3	.
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	154,4	–	–	–	–	–	–	.
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	– 24,9	–	–	–	–	–	–	.
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	179,3	–	–	–	–	–	–	.
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	812,6	2 266,2	– 126,4	– 1 252,8	– 43,1	– 26,6	– 339,1	– 352,1	.
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,2	857,1	–	–	–	–	–	–	.
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 762,1	–	–	–	–	–	–	.
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 387,0	1 555,5	417,0	1 396,5	112,1	214,0	1 661,9	548,9	.
32	Vorschüsse	753,2	5 161,3	4,4	53,7	0,6	695,1	– 1,4	13,7	.
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	130,0	2 297,9	0,0	177,9	146,5	737,2	381,5	1,6	.
34	Saldo (31–32+33)	763,8	– 1 307,9	412,6	1 520,7	258,0	256,1	2 044,8	536,8	.
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 137,8	0,0	123,7	– 87,3	– 42,9	– 307,2	– 1 696,9	– 849,7	.
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	7,5	400,0	7,0	574,0	1 738,0	850,0	.
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	.
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	.
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	.
55	Sonstige	–	–	–	–	–	252,0	–	–	.
56	Zusammen	0,0	0,0	7,5	400,0	7,0	826,0	1 738,0	850,0	.
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 137,8	0,0	131,2	312,7	– 35,9	518,8	41,1	0,3	.
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	503,7	–	–	.
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	737,2	380,0	–	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne April-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 47,91 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland für März keine Zahlen melden.
Stand: Mai 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen ⁸
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 343,5	2 216,9	1 675,8	1 955,9	4 533,7	760,2	2 477,4	56 714,6
111	darunter: Steuereinnahmen	2 097,3	1 193,5	1 260,1	936,8	2 260,0	482,7	1 959,4	40 698,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	277,7	149,7	36,0	143,0	687,6	71,5	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	303,9	2 592,9	1 407,3	437,4	1 891,9	685,3	197,6	21 668,0
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 511,0	2 572,7	2 046,0	2 338,9	5 306,4	1 049,6	2 457,4	66 729,4
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 134,4	547,4	927,4	600,0	1 856,4	320,8	778,1	25 467,8
122	Bausausgaben	67,5	7,6	14,4	19,7	20,7	17,9	56,8	509,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	127,0	– 134,7
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	484,9	1 557,3	1 106,3	96,1	1 806,4	580,6	–	19 064,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	832,5	– 355,8	– 370,2	– 383,0	– 772,7	– 289,4	20,0	– 10 014,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	169,4	–	323,8
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	76,4	–	51,5
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	93,0	–	272,3
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 104,9	1 034,9	302,6	343,0	94,1	102,7	202,7	2 913,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	– 22,7	–	– 527,5	– 255,3	51,8
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 180,1	–	–	–	– 942,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	389,5	111,8	–	– 247,7	214,2	119,1	– 312,3	7 567,5
32	Vorschüsse	1 424,8	862,6	–	11,9	–	– 32,1	3 536,8	12 484,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	229,4	38,6	–	3,0	267,2	222,5	434,6	5 067,9
34	Saldo (31–32+33)	– 805,9	– 712,2	– ⁵	– 256,6	481,4	373,7	– 3 414,5	150,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 78,3	– 33,1	– 67,6	– 499,4	– 197,2	– 247,7	– 3 447,1	– 7 568,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	473,0	212,0	293,6	61,0	4 616,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	252,0
56	Zusammen	–	–	–	473,0	212,0	293,6	61,0	4 868,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 78,3	– 33,1	– 67,6	– 26,4	14,8	45,9	– 3 386,1	– 2 700,4
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	434,6	938,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,8	267,2	151,5	434,6	1 971,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne April-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 47,91 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland für März keine Zahlen melden.

Stand: Mai 2006.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁵			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				in %	Mio.	in %		gesamt ⁴	je Erwerbs- tätigen	je Stunde
										Veränderung in % p. a.		
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2			
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6			
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5			
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6			
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9			
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3			
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0			
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1			
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3			
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5			
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0			
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3			
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8			
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4			
2005	38,8	– 0,2	51,6	3,9	9,1	1,0	1,1	1,5	17,1			
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3			
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7			

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Rechenstand: 11. Mai 2006. ⁵ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal) ¹	Bruttoinlands- produkt (Deflator) ¹	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ²	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ³
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
2005	1,4	0,5	– 1,5	1,0	1,4	2,0	– 0,9
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,1

¹ Rechenstand: 11. Mai 2006. ² Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005	7,0	7,7	112,07	88,44	40,2	35,2	5,0	3,9
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,0	39,4	36,3	32,8	3,5	1,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
				in %			
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005	1,5	6,0	-0,5	67,0	68,7	0,4	- 0,8
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	2,0	5,5	0,5	70,2	71,4	1,0	0,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	0,1	- 0,2	1,6	0,9	1,7	1,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,2	2,3	2,1
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,7	1,9	3,1	3,2	2,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,8	4,7	3,6	3,5	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	2,7	3,0	3,1	3,4	3,1	2,8
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,4	1,9	2,0
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,3	0,0	1,1	0,0	1,3	1,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	3,6	2,0	4,2	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	1,1	2,6	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,9	2,5	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	0,8	- 1,1	1,1	0,3	0,9	1,1
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	2,1	3,6	2,9
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	2,0	1,7	3,7	2,7	3,4	3,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,1	1,8	2,4	2,8
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,8	0,9	0,7	2,0	1,3	2,1	1,8
EU-15	2,5	3,0	2,6	3,9	1,1	1,1	2,3	1,5	2,2	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	9,8	8,9	7,9
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,5	7,2	8,5	10,2	8,5	7,6
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,5	6,5	6,2
Malta	-	-	6,2	6,4	1,5	- 2,5	- 1,5	2,5	1,7	1,9
Polen	-	-	7,0	4,2	1,4	3,8	5,3	3,2	4,5	4,6
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	6,0	6,1	6,5
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,9	4,3	4,1
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,7	6,0	5,3	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,4	4,6	4,1	4,6	4,2
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,2	1,2	2,4	1,6	2,3	2,2
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	0,1	1,8	2,3	2,7	2,8	2,4
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

- = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,9	1,4	1,0	1,8	1,9	1,7	2,3
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	2,1
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,1	2,0
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	3,1
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,8
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,4	2,3
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8	4,1	3,4
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5	1,8	2,1
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,6
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	2,7	2,4
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8	1,4	1,4
Schweden	2,7	1,9	2,3	1,0	0,8	1,1	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1	2,0	2,0
Euroraum	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2
Estland	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1	3,6	2,9
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,6
Litauen	1,6	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,5	3,3
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	1,0	2,0
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8	4,4	2,7
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,7	2,5	2,4	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5	2,3	3,3
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,2
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,7	1,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,4	2,9	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.
Stand: Mai 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	8,2	9,0	9,5	9,5	9,4	9,2
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,5	8,2	8,4	8,4	8,0	7,6
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,6	5,4	5,5	4,8	4,0	3,8
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	9,8	9,5	9,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	11,1	10,6	9,2	8,7	8,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,5	9,4	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,7	4,5	4,3	4,4	4,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,7	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,7	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	4,7	4,3	3,9
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	5,0	6,3	6,7	7,6	8,1	8,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,9	7,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	7,8	7,0	6,7
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,7	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,2
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	7,6	8,0	8,1	7,9	7,8	7,6
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,3	10,0	9,7	7,9	7,0	6,3
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,2	10,5	10,4	9,0	8,4	7,9
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,4	11,4	8,2	7,1	6,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,5	7,6	7,3	7,3	7,4	7,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,9	19,6	19,0	17,7	16,2	15,2
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,7	17,6	18,2	16,4	15,5	14,8
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,7	6,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,7	7,6
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,8	5,9	6,1	7,2	7,7	7,6
Zypern	–	–	3,5	4,8	3,6	4,1	4,7	5,3	5,4	5,4
EU-25	–	–	10,4	8,6	8,8	9,0	9,1	8,7	8,5	8,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	4,8	5,1

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,0	6,1	10,3	12,3	10,4	9,7	8,1	9,1	9,6 ↓	8,1
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,0	5,8	10,9	12,6	10,4	9,5	9,9	11,3	11,8	9,5
Ukraine	12,1	2,6	2,3	4,3	9,0	13,5	13,0	12,5	10,5	2,7	1,2	– 2,1
Asien	8,4	8,2	7,9	7,6	4,0	3,5	3,8	3,4	3,9	4,5	4,1	4,0
darunter												
China	10,1	9,9	9,5	9,0	3,9	1,8	2,0	2,2	3,6	7,1	6,9 ↑	6,7 ↑
Indien	8,1	8,3	7,3	7,0	3,8	4,2	4,8	4,9	0,2	– 2,5	– 3,1	– 3,1
Indonesien	5,1	5,6	5,0 ↑	6,0	6,1	10,5	14,2	6,6	1,2	1,1	0,4	0,0
Korea	4,6	4,0	5,5	4,5	3,6	2,7	2,5	3,0	4,1	2,1	1,8	1,7
Thailand	6,2	4,4	5,0	5,4	2,8	4,5	3,6	2,2	4,2	– 2,3	– 2,0	– 2,1
Türkei ²	8,9	7,4 ↑	6,0 ↑	5,0	8,6	8,2	6,5	4,4	– 5,2	– 6,3	– 6,5 ↓	– 6,1 ↓
Lateinamerika	5,6	4,3	4,3	3,6	6,5	6,3	5,8	5,6	0,9	1,2	0,8	0,2 ↓
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	7,3	4,0	4,4	9,6	12,9	15,0	2,2	1,8	1,2	0,5
Brasilien	4,9	2,3	3,5	3,5	6,6	6,9	4,9	4,4	1,9	1,8	1,0	0,2
Chile	6,1	6,3	5,5	5,2	1,1	3,1	3,8	3,0	1,5	– 0,4	0,5	– 1,2
Mexiko	4,2	3,0	3,5	3,1	4,7	4,0	3,5	3,0	– 1,1	– 0,7	– 0,6	– 0,8
Venezuela	17,9	9,3	6,0	3,0	21,7	15,9	11,7	17,3	12,5	19,1	14,1	13,4

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2006.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 12. Mai 2006)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Schlussstände 15.5.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	11 429	10 718	6,64	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 443	3 349	2,79	2 763	3 364
Dax	5 857	5 408	8,30	4 258	5 459
CAC 40	5 065	4 715	7,41	3 816	4 773
Nikkei	16 487	16 111	2,33	10 012	16 344

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 15.5.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	5,16	4,40	–	3,89	4,66
Bund	4,03	3,30	– 1,13	3,02	3,78
Japan	2,00	1,47	– 3,17	1,17	1,78
Brasilien	–	6,90	–	6,90	9,43

Währungen

	Schlussstände 15.5.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,28	1,18	8,07	1,17	1,36
Yen/Dollar	110,50	117,92	– 6,29	102,05	121,00
Yen/Euro	141,40	139,32	1,49	131,00	143,19
Pfund/Euro	0,68	0,69	– 1,03	0,66	0,71

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	1,6	0,9	1,7	1,0	1,8	1,9	1,7	2,3	9,5	9,5	9,4	9,2
OECD	1,1	1,1	1,8	1,7	1,8	2,0	1,7	1,3	9,2	9,3	9,1	8,7
IWF	1,6	0,9	1,3	1,0	1,8	1,9	1,8	2,5	9,2	9,1	8,7	8,8
USA												
EU-KOM	4,2	3,5	3,2	2,7	2,7	3,4	2,9	1,6	5,5	5,1	4,8	5,1
OECD	4,2	3,6	3,5	3,3	2,7	3,4	2,8	2,5	5,5	5,1	4,8	4,7
IWF	4,2	3,5	3,4	3,3	2,7	3,4	3,2	2,5	5,5	5,1	4,9	5,1
Japan												
EU-KOM	2,3	2,7	2,8	2,4	0,0	-0,3	0,7	1,0	4,7	4,4	4,3	4,3
OECD	2,7	2,4	2,0	2,0	0,0	-0,4	0,1	0,8	4,7	4,4	3,9	3,5
IWF	2,3	2,7	2,8	2,1	-	-0,3	0,3	0,6	4,7	4,4	4,1	4,0
Frankreich												
EU-KOM	2,3	1,4	1,9	2,0	2,3	1,9	1,9	1,8	9,6	9,5	9,4	9,3
OECD	2,1	1,6	2,1	2,2	2,3	1,9	1,7	1,1	10,0	10,0	9,6	9,0
IWF	2,1	1,4	2,0	2,1	2,3	1,9	1,7	1,8	9,5	9,6	9,6	9,1
Italien												
EU-KOM	1,1	0,0	1,3	1,2	2,3	2,2	2,2	2,0	8,0	7,7	7,7	7,7
OECD	1,0	0,2	1,1	1,5	2,3	2,1	2,7	2,2	8,1	7,7	7,5	7,4
IWF	0,9	0,1	1,2	1,4	2,3	2,3	2,5	2,1	8,3	8,1	7,8	7,6
Großbritannien												
EU-KOM	3,1	1,8	2,4	2,8	1,3	2,1	2,0	2,0	4,7	4,7	5,0	4,8
OECD	3,2	1,7	2,4	2,7	1,3	2,1	2,1	1,6	4,7	4,8	5,1	5,6
IWF	3,1	1,8	2,5	2,7	1,3	2,1	1,9	1,9	4,8	4,8	4,9	4,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,9	3,0	3,2	3,1	1,8	2,4	2,4	1,7	7,2	6,8	6,6	6,6
IWF	2,9	2,9	3,1	3,0	1,8	2,2	1,8	2,0	7,2	6,8	6,6	6,6
Euroraum												
EU-KOM	2,0	1,3	2,1	1,8	2,1	2,2	2,2	2,2	8,9	8,6	8,4	8,2
OECD	1,8	1,4	2,1	2,2	2,1	2,2	2,1	1,6	8,8	8,7	8,4	8,1
IWF	2,1	1,3	2,0	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2	8,9	8,6	8,3	8,1
EU-15												
EU-KOM	2,3	1,5	2,2	2,2	2,0	2,1	2,1	2,2	8,1	7,9	7,8	7,6
EU-25												
EU-KOM	2,4	1,6	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	9,1	8,7	8,5	8,2

- = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für D, F, I, GB und Euroraum; Verbraucherpreisindex für USA, J, CDN.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 9. Mai 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	2,6	1,2	2,3	2,1	1,9	2,5	2,4	2,1	8,4	8,4	8,0	7,6
OECD	2,4	1,4	2,0	2,2	1,9	2,6	2,4	1,7	7,9	8,4	8,5	8,4
IWF	2,4	1,5	2,1	2,4	1,9	2,5	2,4	1,8	8,4	8,4	8,3	8,2
Finnland												
EU-KOM	3,6	2,1	3,6	2,9	0,1	0,8	1,4	1,4	8,8	8,4	7,9	7,6
OECD	3,5	1,3	3,3	2,8	0,1	0,8	1,3	1,7	8,9	8,6	7,9	7,3
IWF	3,6	2,1	3,5	2,7	0,1	0,9	1,1	1,3	8,8	8,4	7,9	7,8
Griechenland												
EU-KOM	4,7	3,6	3,5	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	10,5	9,8	9,5	9,1
OECD	4,7	3,5	3,3	3,5	3,0	3,6	3,4	3,0	11,0	10,6	10,5	10,3
IWF	4,7	3,7	3,3	3,2	3,0	3,5	3,3	3,0	10,5	9,9	9,5	9,5
Irland												
EU-KOM	4,5	4,7	4,9	5,1	2,3	2,2	2,4	2,3	4,5	4,3	4,4	4,4
OECD	4,5	5,1	5,0	5,0	2,3	2,3	2,5	2,6	4,4	4,3	4,2	4,2
IWF	4,5	4,7	5,0	5,2	2,3	2,2	2,3	2,5	4,5	4,3	4,1	4,0
Luxemburg												
EU-KOM	4,2	4,2	4,4	4,5	3,2	3,8	4,1	3,4	4,8	5,3	5,7	5,8
OECD	4,5	3,5	3,7	4,5	3,2	3,9	3,2	2,0	4,2	4,6	5,1	5,6
IWF	4,5	4,3	4,0	3,8	2,2	2,5	2,3	2,2	3,9	4,2	4,5	4,7
Niederlande												
EU-KOM	1,7	1,1	2,6	2,6	1,4	1,5	1,8	2,1	4,6	4,7	4,3	3,9
OECD	1,7	0,7	2,2	2,5	1,4	1,5	1,7	0,8	4,9	6,2	5,9	5,0
IWF	1,7	1,1	2,5	2,4	1,4	1,5	1,5	1,6	4,6	4,9	4,5	4,3
Österreich												
EU-KOM	2,4	1,9	2,5	2,2	2,0	2,1	1,7	1,6	4,8	5,2	5,2	5,2
OECD	2,4	1,8	2,1	2,3	2,0	2,2	1,8	1,4	5,7	5,8	5,8	5,7
IWF	2,4	1,9	2,2	2,1	2,0	2,1	1,8	1,7	4,8	5,2	4,8	4,5
Portugal												
EU-KOM	1,1	0,3	0,9	1,1	2,5	2,1	2,7	2,4	6,7	7,6	8,1	8,3
OECD	1,2	0,8	1,0	1,8	2,5	2,1	2,4	–	6,7	7,5	7,8	7,7
IWF	1,1	0,3	0,8	1,5	2,5	2,1	2,1	2,1	6,7	7,6	7,7	7,6
Spanien												
EU-KOM	3,1	3,4	3,1	2,8	3,1	3,4	3,6	3,1	10,6	9,2	8,7	8,3
OECD	3,1	3,4	3,2	3,3	3,1	3,4	3,0	2,8	10,5	9,1	8,7	8,7
IWF	3,1	3,4	3,3	3,2	3,1	3,4	3,4	3,1	11,0	9,2	8,6	8,5

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für B, FIN, GR, IRL, L, NL, A, P u. E.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 9. Mai 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	1,9	3,1	3,2	2,3	0,9	1,7	2,1	2,0	5,5	4,8	4,0	3,8
OECD	2,1	3,0	2,7	2,4	1,2	1,8	1,7	2,4	5,4	4,9	4,6	4,4
IWF	1,9	3,4	2,7	2,3	1,2	1,8	1,8	2,0	6,4	5,7	5,1	5,3
Estland												
EU-KOM	7,8	9,8	8,9	7,9	3,0	4,1	3,6	2,9	9,7	7,9	7,0	6,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,8	9,8	7,9	7,1	3,0	4,1	3,6	3,2	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	8,5	10,2	8,5	7,6	6,2	6,9	6,7	5,6	10,4	9,0	8,4	7,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	8,5	10,2	9,0	7,0	6,3	6,7	6,4	5,5	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,0	7,5	6,5	6,2	1,2	2,7	3,5	3,3	11,4	8,2	7,1	6,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,0	7,3	6,5	6,0	1,2	2,6	3,2	2,7	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	–1,5	2,5	1,7	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7	7,3	7,3	7,4	7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	1,0	1,0	1,3	1,5	2,7	3,1	2,8	2,4	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	5,3	3,2	4,5	4,6	3,6	2,2	1,0	2,0	19,0	17,7	16,2	15,2
OECD	5,4	3,2	3,7	4,3	3,4	2,2	1,9	2,1	19,0	17,8	16,9	15,6
IWF	5,3	3,2	4,2	3,8	3,5	2,1	1,3	2,3	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	3,7	2,7	3,4	3,0	1,0	0,8	1,1	1,8	6,3	7,8	7,0	6,7
OECD	3,1	2,4	3,5	3,0	0,4	0,4	1,6	2,0	5,5	5,6	4,5	4,2
IWF	3,7	2,7	3,5	2,4	1,1	0,8	1,5	1,8	5,5	5,6	4,5	4,2
Slowakei												
EU-KOM	5,5	6,0	6,1	6,5	7,5	2,8	4,4	2,7	18,2	16,4	15,5	14,8
OECD	5,5	5,3	5,6	6,2	7,5	2,8	4,3	2,8	18,1	16,4	15,8	15,2
IWF	5,5	6,0	6,3	6,7	7,5	2,8	3,6	2,5	–	–	–	–
Slowenien												
EU-KOM	4,2	3,9	4,3	4,1	3,7	2,5	2,4	2,5	6,3	6,3	6,3	6,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,2	3,9	4,0	4,0	3,6	2,5	2,4	2,4	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	4,7	6,0	5,3	4,7	2,6	1,6	2,5	2,7	8,3	7,9	7,7	7,6
OECD	4,4	4,8	4,5	4,5	2,8	1,9	2,8	3,0	8,3	8,0	7,8	7,6
IWF	4,7	6,0	5,5	4,5	2,8	1,8	2,8	3,0	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,6	4,1	4,6	4,2	6,8	3,5	2,3	3,3	6,1	7,2	7,7	7,6
OECD	4,6	4,2	4,5	4,3	6,7	3,7	2,0	2,7	6,2	7,1	7,0	6,7
IWF	4,6	4,1	4,4	4,2	6,7	3,5	2,0	2,7	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,9	3,8	3,8	3,8	1,9	2,0	2,4	2,2	4,7	5,3	5,4	5,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,9	3,7	4,0	4,0	2,3	2,6	2,0	2,0	3,6	3,3	3,0	3,0

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Verbraucherpreisindex für DK, PL, S, CZ und H.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 9. Mai 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	-3,7	-3,3	-3,1	-2,5	65,5	67,7	68,9	69,2	3,7	3,9	3,3	4,1
OECD	-3,7	-3,9	-3,6	-2,6	65,7	67,7	69,2	70,2	3,8	4,1	4,6	5,2
IWF	-3,7	-3,3	-3,3	-2,4	64,5	67,5	69,0	68,7	3,7	4,1	3,6	4,3
USA												
EU-KOM	-4,7	-3,8	-4,1	-4,4	-	-	-	-	-5,6	-6,3	-7,0	-6,9
OECD	-4,7	-3,7	-4,2	-3,9	64,0	63,8	64,6	65,3	-5,7	-6,5	-6,7	-7,0
IWF	-4,7	-4,1	-4,3	-4,0	62,5	62,9	64,2	65,9	-5,7	-6,4	-6,5	-6,5
Japan												
EU-KOM	-6,3	-6,5	-5,8	-5,4	-	-	-	-	4,0	3,6	3,6	3,4
OECD	-6,5	-6,5	-6,0	-6,0	156,3	158,9	160,5	161,5	3,7	3,4	3,9	4,7
IWF	-6,6	-5,8	-5,7	-5,4	172,1	175,5	176,2	177,2	3,8	3,6	3,2	2,9
Frankreich												
EU-KOM	-3,7	-2,9	-3,0	-3,1	64,4	66,8	66,9	67,0	-0,7	-1,2	-1,7	-1,6
OECD	-3,6	-3,2	-3,2	-3,0	64,8	66,9	67,7	68,3	-0,4	-1,6	-1,4	-1,1
IWF	-3,7	-2,9	-2,9	-3,0	65,0	67,3	67,0	67,0	-0,4	-1,3	-1,9	-2,1
Italien												
EU-KOM	-3,4	-4,1	-4,1	-4,5	103,8	106,4	107,4	107,7	-0,5	-1,1	-1,5	-1,4
OECD	-3,3	-4,3	-4,2	-4,8	106,7	108,8	110,4	112,1	-0,9	-1,5	-1,9	-2,3
IWF	-3,4	-4,1	-4,0	-4,3	103,9	106,3	106,9	107,6	-0,9	-1,5	-1,1	-0,7
Großbritannien												
EU-KOM	-3,3	-3,5	-3,0	-2,8	40,8	42,8	44,1	44,7	-2,0	-2,6	-3,3	-3,2
OECD	-3,2	-3,1	-3,0	-3,2	41,5	44,1	46,4	48,3	-2,0	-1,8	-2,3	-2,7
IWF	-3,2	-3,6	-3,1	-2,8	41,2	43,3	44,1	45,1	-2,0	-2,6	-2,7	-2,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,7	1,3	0,9	0,6	72,2	69,3	64,6	60,7	2,2	1,8	2,5	3,0
IWF	0,7	1,7	1,3	1,1	87,9	85,0	78,8	74,2	2,2	2,2	3,1	2,9
Euroraum												
EU-KOM	-2,8	-2,4	-2,4	-2,3	69,8	70,8	70,5	70,1	0,5	0,1	-0,5	-0,3
OECD	-2,7	-2,9	-2,7	-2,5	70,4	71,5	72,0	72,2	0,5	-0,2	-0,2	-0,1
IWF	-2,7	-2,3	-2,3	-2,1	70,2	71,2	70,8	70,1	0,8	-	-0,2	-
EU-15												
EU-KOM	-2,6	-2,3	-2,2	-2,2	63,4	64,6	64,4	64,0	0,4	-0,1	-0,7	-0,5
EU-25												
EU-KOM	-2,6	-2,3	-2,3	-2,2	62,4	63,4	63,2	62,9	0,0	-0,3	-0,9	-0,7

- = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 9. Mai 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	0,0	0,1	-0,3	-0,9	94,7	93,3	89,8	87,0	3,5	2,2	2,3	2,4
OECD	0,0	0,0	-0,4	-0,7	94,5	94,3	91,6	89,5	3,3	1,4	0,8	1,0
IWF	-	-	-0,4	-1,1	-	-	-	-	3,3	4,5	4,8	4,8
Finnland												
EU-KOM	2,3	2,6	2,8	2,5	44,3	41,1	39,7	38,3	4,1	2,4	2,4	2,0
OECD	1,9	2,1	1,8	1,5	45,1	45,8	47,5	47,7	5,3	3,5	3,2	3,6
IWF	1,9	2,4	2,5	2,4	-	-	-	-	5,0	2,4	2,8	2,7
Griechenland												
EU-KOM	-6,9	-4,5	-3,0	-3,6	108,5	107,5	105,0	102,1	-9,5	-9,2	-7,8	-7,8
OECD	-6,5	-4,5	-3,2	-3,6	109,3	108,1	106,1	104,2	-6,3	-7,0	-6,7	-6,5
IWF	-6,6	-4,6	-2,8	-3,2	-	-	-	-	-6,3	-7,9	-7,9	-7,9
Irland												
EU-KOM	1,5	1,0	0,1	-0,4	29,4	27,6	27,2	27,0	-0,8	-1,9	-2,6	-3,1
OECD	1,4	-0,9	-0,6	-0,6	29,4	29,9	29,8	29,5	-0,8	-1,5	-1,7	-1,0
IWF	1,5	0,3	-0,3	-0,5	-	-	-	-	-0,8	-1,9	-2,9	-3,3
Luxemburg												
EU-KOM	-1,1	-1,9	-1,8	-1,5	6,6	6,2	7,9	8,2	10,5	8,4	9,2	9,9
OECD	-0,6	-2,3	-2,1	-1,9	6,6	8,6	10,2	11,4	11,1	5,0	6,0	6,0
IWF	-1,2	-2,3	-2,2	-2,1	-	-	-	-	11,1	7,9	7,3	7,3
Niederlande												
EU-KOM	-1,9	-0,3	-1,2	-0,7	52,6	52,9	51,2	50,3	6,2	7,1	6,5	6,7
OECD	-2,1	-1,6	-1,8	-1,5	52,5	53,9	54,9	55,3	3,3	5,8	6,8	8,0
IWF	-2,1	-0,6	-1,0	-0,7	-	-	-	-	8,9	6,4	6,9	7,9
Österreich												
EU-KOM	-1,1	-1,5	-1,9	-1,4	63,6	62,9	62,4	61,6	2,7	2,9	3,7	4,0
OECD	-1,1	-2,0	-2,0	-1,5	63,6	63,9	64,4	64,3	0,3	-0,4	-0,1	0,3
IWF	-1,1	-1,8	-1,8	-0,9	-	-	-	-	0,2	0,7	0,9	0,9
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-6,0	-5,0	-4,9	58,7	63,9	68,4	70,6	-7,8	-9,5	-9,8	-9,6
OECD	-3,0	-6,0	-4,9	-4,6	59,4	66,3	69,8	72,6	-7,5	-9,3	-9,4	-9,1
IWF	-3,2	-6,0	-4,6	-3,8	-	-	-	-	-7,3	-9,2	-9,5	-9,4
Spanien												
EU-KOM	-0,1	1,1	0,9	0,4	46,4	43,2	40,0	37,9	-5,8	-7,4	-8,7	-9,2
OECD	-0,2	0,3	0,3	0,2	46,6	43,7	41,1	39,0	-5,3	-7,7	-8,9	-9,8
IWF	-0,1	1,1	0,9	0,7	-	-	-	-	-5,3	-7,6	-8,1	-8,5

– = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 9. Mai 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	2,7	4,9	3,9	4,0	42,6	35,8	30,0	26,5	2,3	2,9	3,4	3,4
OECD	1,7	2,8	2,4	1,9	42,8	39,7	37,1	35,1	2,5	3,0	2,2	2,7
IWF	1,7	2,5	2,4	2,2	–	–	–	–	2,1	2,4	2,4	2,6
Estland												
EU-KOM	1,5	1,6	1,4	0,8	5,4	4,8	3,6	3,0	–12,7	–10,6	–9,8	–9,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–12,7	–10,5	–10,1	–9,6
Lettland												
EU-KOM	–0,9	0,2	–1,0	–1,0	14,6	11,9	11,3	10,9	–12,9	–12,4	–13,1	–12,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–12,9	–12,5	–12,8	–12,0
Litauen												
EU-KOM	–1,5	–0,5	–0,6	–0,9	19,5	18,7	18,9	19,7	–7,9	–7,0	–7,3	–7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–7,7	–7,5	–7,5	–7,3
Malta												
EU-KOM	–5,1	–3,3	–2,9	–3,2	76,2	74,7	74,0	74,0	–9,6	–12,9	–12,6	–12,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–10,4	–6,7	–6,5	–6,3
Polen												
EU-KOM	–3,9	–2,5	–3,0	–3,0	41,9	42,5	45,5	46,7	–4,2	–1,5	–2,0	–2,5
OECD	–3,9	–3,4	–3,6	–3,3	43,6	46,7	50,4	53,3	–4,3	–1,5	–0,9	–0,3
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–4,1	–1,6	–2,5	–3,1
Schweden												
EU-KOM	1,8	2,9	2,2	2,3	50,5	50,3	47,6	44,8	6,6	5,9	5,8	6,0
OECD	1,4	1,2	0,9	1,3	51,1	49,9	49,4	48,4	8,2	7,1	6,8	6,5
IWF	1,0	1,4	0,7	1,1	–	–	–	–	6,8	6,1	5,1	4,5
Slowakei												
EU-KOM	–3,0	–2,9	–2,7	–2,1	41,6	34,5	34,3	34,7	–3,4	–8,5	–5,7	–3,4
OECD	–3,2	–4,1	–4,2	–3,5	42,6	46,4	50,1	52,8	–3,6	–6,7	–6,6	–2,9
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–3,5	–7,2	–6,4	–5,5
Slowenien												
EU-KOM	–2,3	–1,8	–1,9	–1,6	29,5	29,1	29,9	29,7	–2,0	–1,1	–1,6	–1,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–2,1	–0,9	–0,3	0,1
Tschechien												
EU-KOM	–2,9	–2,6	–3,2	–3,4	30,6	30,5	31,5	32,4	–6,0	–2,3	–2,6	–2,0
OECD	–3,0	–4,0	–3,6	–3,2	36,8	35,0	35,0	34,9	–5,2	–4,0	–2,8	–2,1
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–6,0	–2,1	–2,3	–2,3
Ungarn												
EU-KOM	–5,4	–6,1	–6,7	–7,0	57,1	58,4	59,9	62,0	–8,4	–7,4	–8,3	–8,5
OECD	–5,4	–6,1	–5,9	–5,9	57,2	58,8	60,7	62,3	–8,8	–8,4	–8,7	–8,5
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–8,8	–7,9	–8,2	–7,5
Zypern												
EU-KOM	–4,1	–2,4	–2,1	–2,0	71,7	70,3	69,1	67,8	–5,3	–5,7	–6,1	–6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–4,1	–2,7	–2,1	–1,9	–	–	–	–	–5,7	–5,1	–5,6	–4,6

– = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2006.

Stand: 9. Mai 2006.



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, MAI 2006

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800

(0,12 €/MIN.)

PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800

(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.